

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungspreisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Geschäfts-Nachricht außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Krupp-Panik.

Im allgemeinen weiß man im voraus, wie die bürgerliche Presse „socialdemokratische Fälle“ erörtern wird, aber wie sich die rasende Presse in den Ausgängen der Krupp-Affäre finden werde, darauf waren wir doch ein wenig gespannt. Man kann vielerlei Methoden des Ausredens und Verwirrens unterscheiden. Einzelne Blätter, wie „Kreuz-Zeitung“ und „Germania“, sind geschickter gewis, zu schweigenden liberalen Organen, die vordem weder in der „Vorwärts“-Beilage mitgehört, vollziehen den üblichen Umschwung und treten beinahe auf unsere Seite. Die dritte Kategorie, die Pöbel-Pressen, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ und die „Post“, heben noch einmal zu einem letzten Geleif gegen die Verleumdung gewaltig an und scheinen nicht übel Lust zu haben, die Staatsanwaltschaft ähnlich zu behandeln wie uns. Die vierte Art endlich ist die sentimentale: man begreift es, daß man das Andenken des Toten nicht länger durch die Öffentlichkeit zerren wolle. Gemeinam aber ist allen die bis zur völligen Bewußtlosigkeit sich steigende Ueberraschung, die vergeblich nach Gründen sucht; es ist eine förmliche Panik. Daneben ist man wieder, daß ihnen das Schauspiel der Hinrichtung des verhafteten Gegners bereitet worden ist.

Die sentimentale Erklärung wählt das Direktorium der Krupp'schen Werke, die den gewis höchlichst erstaunten Arbeitern und Beamten das Folgende durch Anschlag zu entziffern und zu enträtseln aufgielb:

„Bei Fortsetzung des Verfahrens würde sich nach dem einstimmigen Urteil Rechtskundiger ein langwieriger, erbitterter Kampf vor den Gerichten entsponnen haben, bei dem die von Parteilichkeit und Haß erfüllten Gegner alles aufzubieten hätten, das Andenken des Verstorbenen weiter zu verunglimpfen. Nach Lage der Gesetzgebung war es nicht möglich zu verhindern, daß das Verfahren durch fortgesetzte Weichenanträge in die Länge gezogen, über den eigentlichen Gegenstand hinaus ausgedehnt und in sensationeller Weise ausgedeutet worden wäre. Es kommt hinzu, daß mit dem Tode des Herrn Krupp die Prozeßakten eine wesentlich unangenehmere geworden ist; das Wort und das eidliche Zeugnis des Verstorbenen können nicht mehr in die Wagschale geworfen werden, um wahrheitswidrige Behauptungen zu widerlegen; das Gesetz, welches dem Verlebten bei seinen Lebzeiten das Recht der Reklamation oder der Privatklage giebt, läßt diese Klage beim Tode erlöschen und verlagert sie den Hinterbliebenen, die damit jede Möglichkeit einer Beteiligung an dem Verfahren verlieren.“

Das Andenken des Verstorbenen steht für Frau Krupp, deren Verfall sich gegen die Fortsetzung eines langwierigen gehässigen Kampfes über den Tod hinaus streut, und für uns alle so hoch und rein da, daß es keiner gerichtlichen Ehrenklärung bedarf. Die erhebenden Kundgebungen für die Ehre des Verstorbenen und nicht zum mindesten die einmütigen Erklärungen seiner Beamten und Arbeiter und derjenigen, die ihm sonst in seinem Leben und Wirken nahe standen, haben Frau Krupp bewiesen, daß bei allen, auf deren Urteil sie Wert legt, die Verdächtigungen wirkungslos und das Vertrauen und die Achtung, die der Verstorbenen besaß, unerschütterlich geblieben sind.

Frau Krupp hat unter diesen Umständen der kgl. Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß sie einen Wunsch auf Fortsetzung des Verfahrens nicht aussprechen wolle und die Entscheidung der Staatsanwaltschaft anheimgebe.“

Zu dem Anschlag findet sich zunächst ein kleiner Widerspruch mit der Darlegung der Staatsanwaltschaft. Das Direktorium behauptet, Frau Krupp habe nur den Wunsch auf Weiterführung des Verfahrens nicht geäußert, die Staatsanwaltschaft spricht von einem Wunsch auf Einstellung des Verfahrens, dem ja übrigens gesetzlich nicht entprochen zu werden braucht.

Es ist immer ein erhabenes Schauspiel, wenn der Kapitalismus, dessen ehrene Gewaltthätigkeit kein Recht, keine Moral, keine Menschlichkeit kennt, plötzlich wehleidig wird und mit seiner Gefühlswelt prunkt. Man ist plötzlich zu der Erkenntnis gekommen, daß man das Andenken an Krupp am besten dadurch rein hält, wenn man die Affäre begräbt. Wer würde so barbarisch sein, daß er an so viel Feinsinn und Edelmut nicht glauben möchte. In diesen Kanonengießern der Welt wohnt die Seele unmenschlicher Jungfräulichkeit. Schade nur, daß die Herren auch so wahrheitsliebend sind. Nicht die Rücksicht auf den Toten, sondern die Rücksicht auf Lebende machte den Wunsch nach Einstellung des Verfahrens zur absoluten Notwendigkeit. Krupp selbst hatte in seiner letzten Zeit schwerere Erschütterungen durchzumachen, als daß ihn der „Vorwärts“-Artikel sonderlich hätte aufregen können. Es blüht ein Schimmer der thatsächlichen Wahrheit durch, wenn das Direktorium unter den Gründen auch den angiebt, daß die Gefahr bestanden hätte, das Verfahren über den eigentlichen Gegenstand hinaus auszudehnen. Dazu hätte der Fall Krupp naturnotwendig geführt, und das durfte nicht sein.

Im Chor der enttäuschten Mäde entwickelt die „Post“, die uns nicht liebt, weil sie uns so viele Qualen und Enttärdungen verdankt, das hüßigste Geschrei. Im Kronsbrennhaus geht's selbstverständlich ohne Gestank nicht ab. Man rieche:

Nicht nur die engeren Freunde des durch gewerkschaftliche Ehrabschneider und Verleumder zu Tode gepeinigten größten deutschen Industriellen und edlen Menschenfreundes Friedrich Alfred Krupp, sondern alle deutschen Männer, welche es empören muß, wenn eine derart verabscheuungswürdige Frevelthat dauernd ungesühnt zum Himmel schreien soll, werden nur mit tiefstem Bedauern die Kunde vernommen haben, daß das Verfahren gegen die Verleumder der Ehre eines deutschen Namens, der seit den Ruhmestagen unserer großen, zur Reichseinheit führenden Kriege in Deutschland populär ward wie selten einer und somit unzerrenlich ist von unseren großen nationalen Erinnerungen, eingestrichelt wurde.“

Und weiter:
 „Besonders schmerzlich berührt dieser betäubende Ausgange einer der nichtswürdigsten Verleumdungs- und Ehrabschneiderlampagnen, die je inszeniert wurden, weil sie ein neues Symptom für die Schwäche gegenüber der Socialdemokratie ist. Mit Rücksicht auf die politische Seite des Falles kann die Staatsanwaltschaft nicht gut ohne Einverständnis mit der Regierung ihre Entschließung gefaßt haben. Und darin werden alle national denkenden Kreise mit uns einer Meinung sein, die Regierung hätte alles thun müssen, dahin zu wirken, daß der Socialdemokratie das Brandmal der Schande ehrabschneiderischer Verleumder, das der Kaiser ihr in seiner Essener Rede anheftete, auch durch Gerichtsurteil öffentlich aufgedrückt werde. Wir verstehen nicht, weshalb hier der Umsturzpartei aufs neue zu einem billigen Triumph verholten wurde. Wäre es nicht unbedingt geboten gewesen, dieser Camorra der Ehrabschneider und Verleumder, die mit den Dolchen erregener Gemeinheiten ihre Opfer meuchelt, gleich im Entstehen den Kopf zu zerretzen?“

Werk die „Post“ gar nicht, wie polizeiwidrig dumm sie ist. Denn je schlimmer sie unser Verbrechen malt, um so nachdenklicher muß doch die öffentliche Meinung sein, wenn trotzdem der Scheiterhaufen wieder ausgeblasen wurde.

Der „Reichsbote“ der orthodoxen Pastoren ist nicht minder trostlos:

„Wir sehen voraus, daß heute der „Vorwärts“ wieder auf allen Plätzen und Straßen von Berlin ausgebrüllt wird - ohne daß die Polizei es verhindert. Der „Vorwärts“ dreht nun den Spieß um, er will reden und anlagen! Wir können nach alledem es nur bedauern, daß man die Anklage zurückgezogen hat, nachdem die Sache ein so großes öffentliches Interesse erhalten hatte. Wenn die revolutionäre Partei diese Presse-Guillotinen der persönlichen Verdächtigung mit Geschick gegen die im öffentlichen Vertrauen stehenden höchsten Persönlichkeiten benützt, dann kann sie unerwartete revolutionäre Erfolge erzielen.“

Weshalb der „Reichsbote“ so kompromittierendes über die im öffentlichen Vertrauen stehenden höchsten Persönlichkeiten? Auffällige Betrachtungen widmet die „Tägliche Rundschau“ der Affäre:

„Uns behagt mancherlei an dieser Wendung der Dinge nicht. Nicht das Verhalten der Staatsanwaltschaft, die - nachdem sie überhaupt erst das Vorliegen eines öffentlichen Interesses bei der Beleidigung des unbekanntesten Privatmannes angenommen hatte - so nun plötzlich für erloschen erklärt; in einem Augenblick für erloschen, wo der ganze Fall durch mancherlei Begebenisse, an die zu erinnern kaum nötig ist, erst recht öffentliche und politische Bedeutung gewonnen hatte. Als, wie wir schon einmal betonten, vor Monaten dem Reichslandgraf Grafen Walow persönlich und politisch ehrenrührige Dinge in öffentlicher Prozedur nachgelagt wurden, bestritt die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse, und einen schwer angegriffenen, weitbekannteren und verdienstvollen Privatmann, der von der Regierung in ein Ehrenamt berufen worden ist, wies sie lastschuldig auf den Weg der Privatklage. Für Krupp aber war sie da - trotz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze. Und nun, nachdem im Deutschen Reich mit einem selbstsam Eifer beschlagnahmen worden war, was nur immer den Fall Krupp betraf, nun zieht sie plötzlich, nachdem kaum eine ordentliche Untersuchung im Gange sein konnte, Klage und Beschlagnahme zurück. Das kann vom Volke nicht anders als ein Sieg des „Vorwärts“ aufgefaßt werden und rüttelt an der Stimmung, die nach der Kaiserrede in Offen die allgemeine geworden war.“

Schließlich seien noch Ausführungen des „Berliner Tageblatts“ wiedergegeben, das wie folgt Ruhe thut:

„Man vergegenwärtige sich nur noch einmal, wie unheimlich rasch die Einzelheiten in dieser Krupp-Affäre aufeinander folgten. Jetzt vor einem Monat erschien der Aufsicht erregende „Vorwärts“-Artikel. Zwei Tage darauf wurde die betreffende Zeitungsummer auf Gerichtsbeschluss beschlagnahmt. Schon dieser Umstand war geeignet, die Bogen der Erregung in der öffentlichen Meinung recht hoch gehen zu lassen. Hinf weitere Tage darauf stand der besagte Mann auf der Villa Hügel. Hieran knüpften sich die erdruhmig gewordenen kaiserlichen Kundgebungen an der Bahre des Verstorbenen, die demonstrative Form, welche der Kaiser seiner Beteiligung bei der Beerdigungsfähigkeit gab. Es folgten die verschiedenen Kaiserreden in Offen, in Breslau, in Görlitz. . . . Damals wie heute fragte sich die in Erfahren gefetzte Welt, ob der Sache der Monarchie mit derartigen Kundgebungen gedient sei. Damals wie heute mußten gerade die besonnenen und ehrlichen Anhänger des monarchischen Gedankens sich von der Notwendigkeit überzeugen, daß ein eruptives Eingreifen des obersten Trägers der Staatsgewalt in den Gang der Ereignisse gerade in unseren Tagen nicht erwünscht sein könne. Damals wie heute wurde den Mätern in der unmittelbaren Nähe des Herrschers der schwere aber nicht unberechtigte Vorwurf gemacht, daß es ihrem Gefühl für die Verantwortlichkeit ihrer Stellungen an der erforderlichen Lebendigkeit fehle. . . . Will man aber andererseits leugnen, daß aus der auf Veranlassung der Witwe Krupp veranlaßten Einstellung des Anklageverfahrens gegen den „Vorwärts“ beinahe so etwas wie eine Desabonierung jener kaiserlichen Kundgebungen gemutmaßt werden könnte?“

III die Behauptungen sind weit von der Lösung des Rätsels dieser Affäre entfernt, die eine geschichtliche, weitreichende Bedeutung gewonnen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember.

Eine Fälschung.

Die Majoritätspresse liegt in die Welt, daß nur die Obstruktion der Socialdemokratie bezw. die achtstündige Rede des Genossen Antrid die Vertagung der Reichstags-Sitzung am Sonnabend auf Montag verhindert habe.

Demgegenüber sei festgestellt, daß die Zusammenstellung des Zolltarif-Gesetzes, die am 14. morgens kurz vor 1/5 Uhr zur Gesamtstimmung verteilt wurde, anfangs das Datum des 13. Dezember trug. Als aber die Sitzung in die Frühstunden des 14. Dezember sich hinein erstreckte, wurde auf dem Bureau des Reichstags die gedruckte Ziffer 13 durch Handschrift mit Tinte in eine 14 verwandelt.

Aus dieser einen Thatsache ergibt sich, daß die Behauptung, man habe die Sitzung am 13. auf den 15. vertagen wollen, eine grobe Lüge ist, wie so viele andre Behauptungen, die in diesen Tagen die Zollpresse verbreitet.

Für die Richtigkeit unserer Angaben sprechen auch noch andre Thatsachen. Am 13. Dezember vormittags, kurz nach Beginn der Sitzung kam der Abg. Trimborn zu dem Abg. Bebel und zwar wie er äußerte, im Auftrag des Abg. Spahn, um mitzuteilen, daß die Mehrheit beabsichtige, den § 1 des Tarifgesetzes mit den dazu gestellten Anträgen besonders zu behandeln, daß sie aber nachher beabsichtige, die übrigen Paragraphen des Gesetzes zusammen zu gemeinsamer Beratung zu stellen. Herr Trimborn fragte an, ob die socialdemokratische Fraktion zu dieser Geschäftsbehandlung ihre Zustimmung geben werde. Bebel erklärte, daß die Fraktion gegen die Zusammenziehung sämtlicher Paragraphen des Gesetzes von §§ 2-12 entschieden Einspruch erheben werde. Der Abg. Trimborn begab sich darauf wieder zum Abg. Spahn und kam nach kurzer Zeit zurück mit der Erklärung: man sei bereit, von einer gemeinsamen Beratung der §§ 2-12 abzusehen und nur diejenigen Paragraphen zusammen zu beraten, zu denen keine Anträge gestellt seien. So weit wir aber zu einzelnen Paragraphen Anträge gestellt hätten, solle zu jedem derselben ein Redner von uns das Wort erhalten.

Dieser Vorschlag wurde acceptiert und so wandte sich Bebel an die einzelnen Fraktionsgenossen, die zu den betreffenden Anträgen sprechen sollten, und unterrichtete sie, damit diese zu rechter Zeit sich zum Wort meldeten.

Aber im Laufe der Sitzung schlug der Wind um. Fest steht, daß es Genosse Antrid nur dem Zufall zu verdanken hatte, daß er zum Wort kam. An seiner Stelle sollte der Abg. August (libidemische Volkspartei) das Wort erhalten und sollte unmittelbar hinter diesem die Debatte über § 1 geschlossen werden. Durch einen Irrtum gab Vizepräsident Graf Stolberg dem Genossen Antrid das Wort, worüber allgemeines Entsetzen bei der Mehrheit entstand.

Genosse Antrid begann 1/5 Uhr seine Rede, um 1/5 Uhr kam der Abg. Trimborn wieder zu Bebel und fragte, wie lange wohl Antrid sprechen werde. Bebel antwortete, er könne bis 7 oder 8, er könne aber auch bis 10 Uhr sprechen. Wollte aber die Mehrheit die Sitzung auf Montag vertagen und werde für diese Absicht der christliche Beweis erbracht, so würde man Genosse Antrid zu veranlassen suchen, daß er gegen 8 Uhr seine Rede schliesse. Zugleich fragte Bebel, wie es denn mit den Abmachungen von heute vormittag stehe. Der Abg. Trimborn wich jetzt einer positiven Antwort aus, was verriet, daß die Mehrheit zu einer andren Entschließung gekommen war. Der Abg. Trimborn entfernte sich darauf und kam nicht mehr wieder. Damit war entschieden, daß die Mehrheit um jeden Preis die Beratung zu Ende führen wollte, eine Auffassung, die auch bestätigt wurde durch die private Mitteilung, daß der Präsident Graf Vallestem auf keine Vertagung eingehen werde.

Auch diese Darlegung zeigt also, daß die Zollpresse sagt, wenn sie die Vorgänge in der letzten Sitzung anders darzustellen sucht. —

Oesterreichische Sorgen.

— Wien, 14. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Vorgänge im Reichstag haben in Oesterreich die schmerzhafteste Ueberraschung hervorgerufen. Es ist selbstverständlich, daß auf die inneren Angelegenheiten eines Staates das Ausland keinen Einfluß hat, aber daß dem Auslande das Recht zusieht, in Dingen, die mittelbar sein Interesse berühren, den korrekten, normalen Gang zu gewärtigen, ist nicht zu bestreiten. Nun war man in Oesterreich-Ungarn der Meinung, der Zolltarif werde im Reichstage so beraten werden, wie Gesetzentwürfe überhaupt beraten werden; man war darauf nicht eingerichtet und konnte darauf nicht eingerichtet sein, daß der autonome Zolltarif im Deutschen Reich durch einen Staatsstreich so unheimlich „beschleunigt“ werden wird. Verwirrt ist man in Oesterreich, wo man Gesetze mit dem § 14 nach Tausenden fabriziert, sicherlich nicht; aber groß ist die Differenz zwischen der Gefügigkeit der Rotverordnungen und jenes „Rotgesetzes“ wirklich nicht mehr. Nun schafft aber die Hay, mit der man im Reichstage „arbeitet“, dem verhandelten Oesterreich die größte Verlegenheit: Der Handelsvertrag kann jeden Tag gekündigt werden, aber der Zolltarif ist in Oesterreich noch gar nicht vorgelegt.

Oesterreich-Ungarn ist für Deutschland ebenso wichtig als Desterant wie als Käufer; es ist also nicht gleichgültig, wie weit für die Unterhandlungen die Vorbereitungen hierzulande gediehen sind. Die Dinge stehen folgendermaßen: Ueber den Zolltarif sind die beiden Regierungen einig geworden und die Vorlage könnte sowohl in Wien als in Budapest jeden Augenblick eingebracht werden. Mit dem Zolltarif ist aber noch nichts gehen; das dualistische Verhältnis bedingt es, daß vorher, bevor die Verhandlungen über die Handelsverträge beginnen können, die in Unordnung geratene Verbindung zwischen Oesterreich und Ungarn bereinigt werden muß. Oesterreich und Ungarn sind zu einem einheitlichen Zollgebiet durch das Zoll- und Handelsabnähnis gemacht, das durch identische Gesetze beider Parlamente zu stande kommt. Es müssen Gesetze sein, denn die ungarische Verfassung macht den Bestand der Verfassungsmäßigkeit auch in Oesterreich zur Bedingung; nur mit einem konstitutionellen Oesterreich kann Ungarn „in Verbindung treten“. Diese Gesetze wurden von zehn zu zehn Jahren erneuert, die letzte

Erneuerung erfolgt Ende 1897, in welchem Schicksalsjahre auch das österreichische Parlament zu Grunde ging. Seither gibt es zwischen Oesterreich und Ungarn kein Bündnis mehr, sondern die Einheitspolitik des Zoll- und Handelsgebietes beruht auf selbständigen Verfügungen beider Staaten — welche Verfügung in Ungarn ein Gesetz, in Oesterreich aber eben der § 14 ist. Man nennt das den „Zustand der Reciprocität“: jeder Staat verfügt einseitig, bedingt sich aber, daß der andre gleichmäßig verfüge. Dieser Zustand der Reciprocität ist bis Ende 1897 verbürgt, aber nur bis dahin. Kommt bis dahin kein neues Bündnis zu Stande, so ist die wirtschaftliche Trennung beider Staaten ziemlich wahrscheinlich. Nun bestimmt das betreffende ungarische Gesetz, daß internationale Handelsverträge nicht über das Jahr 1907 geschlossen werden dürfen, wenn vorher nicht ein Zoll- und Handelsbündnis zu Stande kommt, was zur Folge hat, daß vor Eintritt in diese Verhandlungen das Bündnis perfekturirt sein muß oder daß Oesterreich-Ungarn überhaupt keinen Handelsvertrag mehr abschließen kann — denn auf vierjährige Verträge dürfte sich wohl kein Staat einlassen. Ueber den Inhalt dieses neuen „Bündnisses“ ist eine Einigung zwischen Koerber und Szell noch nicht zu Stande gekommen, aber an ihr wird nun rasch und eifrig gearbeitet werden. Von den Vorarbeiten zu Vertragsverhandlungen ist also in Oesterreich der Zolltarif nur eine und zwar die kleinere Schwierigkeit.

Wenn sich aber die Regierungen einigen, wenn Zolltarif und Ausgleichsgesetz an den Reichsrat gelangt: was wird ihr Schicksal sein? Da fängt nun wieder der alte, unerschöpfliche Hammer des österreichischen Parlaments an. Es ist dem armen österreichischen Abgeordnetenhaus in dieser Session nicht besser ergangen als sonst. Seit dem 16. Oktober, dem Tage seines Zusammentritts, werden unausgesetzt die berühmten Dringlichkeitsanträge verhandelt — weil man sich gar zu sehr schämt, nahm man die letzten Tage eine Regierungsvorlage über den Haufierhandel im Wege eines Dringlichkeitsantrages vor — und ein Ende ist nicht abzusehen. Um die hochgestiegene Rot zu bannen, haben sich die Deutschen bereit erklärt, mit den Czechen über deren schredliche Forderungen zu verhandeln. In einem von deutschböhmischen Abgeordneten angearbeiteten Elaborat wird den Czechen die innere zehnjährige Amtsdauer unter gewissen Bedingungen angeboten; was die Deutschen als Entgelt fordern, ist nichts als die sprachliche Abgrenzung der böhmischen Verwaltung. Die Czechen haben beschloffen, das Angebot mit Gegenvorschlägen zu beantworten; ihr Wortlaut soll diese Woche bekannt werden. Mittlerweile rückt aber das Ende der Session immer näher — schon am Donnerstag soll das Haus in Ferien gehen — und die Regierung hat noch nicht einmal ihr Budgetprovisorium (die Ermächtigung, Steuern einzuhoben und die Ausgaben zu leisten) zu erhalten vermocht. Bringt das Haus den Ernst auch im letzten Momente nicht auf, so wird nichts übrig bleiben als die formelle Vertagung „auf Grund“ des § 14. Die Unzulänglichkeit des österreichischen Parlamentarismus würde dadurch wieder einmal offenkundig werden.

Deutsches Reich.

Die Ausbeutung der Leibe.

Ein jähres Ende wird der schamlosen Ausbeutung des toten Krupp zu Kundgebungen gegen den „Anführer“ durch die Kunde von der Niederschlagung des Projektes gegen den „Vornarr“ bereitet. Aber noch bis zur letzten Stunde feierte dieser niederträchtige Unfug seine Orgien. Nicht nur, daß man die Arbeitercharen der Kruppischen Werke zu den unglücklichsten Kundgebungen zwang; nicht nur, daß man die laienhaften Reden zum Fall Krupp als öffentliche Belästigung in den Fabriken ansah; nicht nur, daß man ganz neuerdings dieselben Reden auch als Waffenspiegel zu vertheilen begann; — man geht jetzt sogar dazu über, dem erhabenen Götzen Kruppischen Industriediktatorismus wie einer personifizierten Majestät Adressen zu fabricieren. Der Plan dazu ist in Jugenieurkreisen ausgedacht worden, die offenbar mit Inbrunst die für Ingenieure so verhältnismäßig seltene Gelegenheit ergriffen haben, hier einmal die Geigen an der öffentlichen Spitze zu sein. Aber die Ausführung dieses Planes soll sich durch die „weitesten“ Kreise vollziehen. Seit einigen Tagen hängen in einer Anzahl von Geschäften (wir sahen z. B. einen solchen Auszug im Schaufenster einer Buchhandlung der Köhrensstraße) Vogen mit dem gedruckten Wortlaut einer Beseitigungsadresse an das „Werk“ Krupp und dazu die Aufforderung an die Vorübergehenden aus, einzutreten und zu unterzeichnen. Noch ausdringlicher und struppelloser sammelte man für dieselbe Adresse Unterschriften in den Bureaus verschiedener Behörden. So wird nun berichtet, daß in den Bureaus von Eisenbahnbehörden sieben Listen zur Unterschrift einer Adresse an das „Werk“ Krupp herumgeben, aber ohne den Wortlaut dieser Adresse selbst. Man müßte also den Beamten, auch denen mittleren und höheren Ranges zu, ihren Namen auf Blanks herzugeben. Sie sollen unterschreiben, ohne zu wissen was. Und diese Adresse demütigt man dann wieder zu neuen politischen Kundgebungen!

All diesem staatsverachtenden Ueberfluthung ist nun plötzlich ein furchtbarer Wandel bereitet! —

Die fast neunzehnjährige Sitzung des Reichstages vom letzten Samstag und Sonntag fällt in dem amtlichen Protokoll nicht weniger als 104 Seiten oder 208 Spalten. Die Rede Antritts umfaßt allein 86 Spalten.

Ueber den letzten Volkstakt fällt die „Frankfurter Zeitung“ dieses Urtheil: „Es giebt Blätter, und auch im Reichstage ist es geschehen, die den Socialdemokraten und ihrem Dönerredner Vorkastungen und Bortwille machen und sich womöglich moralisch entziehen. Spricht doch die „Germania“ von unethischer Verästelung, Menschenschänderei und Rücksichtslosigkeit und droht schon mit einer neuen Verberung der Geschäftsordnung, um standalösen Verhöhnungen des Reichstages einen Stempel vorzuziehen.“

Das alles ist Heuchelei und Pharisäertum. Gewiß, die Dauerrede und die Ostraktion hatten keine Aussicht auf Erfolg und keinen unmittelbar praktischen Zweck mehr, aber seit wann gilt es denn für unmännlich oder unaufrichtig, das Recht, das man versteht glaubt und das in vielen Fällen wirklich verletzt war, bis aufs äußerste zu wahren und zu verteidigen zum Zwecke des Protheses, auch ohne Aussicht auf unmittelbaren Erfolg? Das hat die Linke und das haben speziell die Socialdemokraten und ihr Dauerredner gethan, und eine Mehrheit, die fortgesetzt Gewalt braudt und Rechtsbrüche begangen hat, hat jeden Anspruch verwirkt, sich über Maßlosigkeit und dergleichen zu beschweren. Einige verfallene Schlafwagen-Billetts wiegen geringer als gewaltsame Durchbrechungen der Geschäftsordnung, und solche Durchbrechungen sind auch in dieser Nacht und Morgenstimmung verübt worden, und durch sie ist in der fünften Stunde das Ende ermöglicht worden. Der Präsident Graf Ballesström hat zuletzt selbst einseitige Resolutionen zur Geschäftsordnung nicht mehr beschuldigt, es herrschte die Diktatur. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Herr Antritt in seiner achtstündigen Rede nicht etwa All getrieben, nicht die Zeit verdröbelt hat, sondern daß er über die wichtigsten Teile des Volkstakts, über die ja Blätter geschrieben sind und sich Tage lang reden läßt, durchaus sachlich, sogar mit einer Sachkenntnis gesprochen hat, die selbst den Gegnern Achtung abzwang. Ein Abgeordneter aus Hamburg, der sich auf die Position Reichspräsidenten verstanden, daß Herr Antritt eine Stunde lang über Reichsoll und Reichsbankes auf Grund eines Materials gesprochen habe, wie es Denigen zu Gebote stehe.

Und an anderer Stelle sagt der Berliner Korrespondent der „Fr. Ztg.“ seine Darstellung von dem Verfahren des Reichstages-Präsidenten in das Endurtheil zusammen:

„Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß die lex Kröber den Präsidenten degradirt, so wurde er durch diese Verhandlung erbracht, in der der Präsident des deutschen Reichstages in dem Kampf der Mehrheit gegen die Minderheit die Führung übernahm und in unerschütterlicher Parteilichkeit für die Mehrheit die Opposition mundtot machte.“

Humoristisches von Lehmann.

Man schreibt uns aus Kiel: Als nach Erledigung des Jaksobenschen Mandats die Freisinnigen des dritten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises in Kappeln, einem Landstädtchen des Kreises, eine Konferenz abhielten, um ihren Kandidaten zu nominieren, da fand sich uneingeladen ein Mann in Kappeln ein, der der Reihe nach die Konferenzmitglieder anging, ihm die Kandidatur zu übertragen. Die Offerte wurde von der Konferenz mit ungeheurer Heftigkeit aufgenommen und höflich aber entschieden abgelehnt. Dieser Mann, der sich als Kandidat anbot, war der Professor Lehmann-Hohenberg aus Kiel. Herr Professor Lehmann, im Hauptberuf Professor der Mineralogie an der Universität, im Nebenamt unter anderem Socialpolitiker, hat der Stadt Kiel und der Provinz schon verschiedentlich Anwesenheit bereitet. Als im Sommer die große Bauhauendruckerperrung die gesamte Einwohnerschaft Kiels schon seit 15 Wochen in der größten Aufregung gehalten hatte und den einzigen Gesprächsgegenstand in den Wirtschaften, auf der Straße, ja selbst unter den Schulkindern bildete, da wurde von gewisser Seite versucht, den Professor Lehmann zur Vermittlung zwischen den Gesellen und der Bauinnung zu veranlassen. Der Herr Professor war dazu sofort bereit, setzte aber seine Besucher in die größte Verblüffung, als er hinzusetzte: „Ja, ich habe längst gemerkt, daß was los ist. Auf dem Bau nebenan arbeiten ja Italiener. Aber, sagen Sie mir, was ist eigentlich los?“ Aus dieser kleinen Probe kann man sich mit Leichtigkeit den ganzen Professor Lehmann konstruieren.

Die Witzmache in Kappeln aber scheint den Herrn sehr geübt zu haben, denn er ging hin und proklamirte sich selbst zum Kandidaten. Seine Kandidatenrede, die er in Ederförde hielt und in Friedrichsdorf wiederholte, war denn auch gleich ein Schlagers erster Ranges. Er erklärte, er beansprache als seine Partei: 1. alle Techniker und Ingenieure, 2. den deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, 3. eine Million Arbeiter, die von der Socialdemokratie zu ihm übergehen würden. Sein Programm sei ein technisch-biologisches. Da niemand nach der Rede eine Äußerung hatte, was darunter zu verstehen sei, interpellirte ein Arbeiter den Herrn Professor, wie er sich denn eigentlich zu den elementarsten politischen Fragen, wie Reichstagswahlrecht, Koalitionsfreiheit ufm. stelle. Der Herr Professor antwortete, das wisse er selbst noch nicht, er sei noch Reuling in der Politik und habe über diese Fragen noch nicht nachgedacht. Man sieht, der Mann war die berufsmäßige Persönlichkeit, den Protest der Kruppischen Arbeiter gegen den „Vorwärts“ zu inscenieren.

Seinen eigenen Ausruf als Politiker aber hat Professor Lehmann in einem Ausruf, „bestimmt in erster Linie für die Wähler des 3. schlesw.-holst. Wahlkreises, aber auch für weitere Kreise des deutschen Reiches“ geschlagen. Ein ulkiges Wahlmanifest mag in Deutschland noch nie losgelassen worden sein. Nebenbei sei bemerkt, daß der erste Teil des Ausrufs von groben Beschimpfungen der Socialdemokratie im allgemeinen und des „Vorwärts“ im speziellen nur so strukt. Nach den vorstehenden Lehmannausweis wird man uns eine Wiedergabe oder gar eine Zurückweisung dieses Abschnitts des Lehmannschen Manifestes nicht erwarten. Dann heißt es:

„Von Kiel aus wird unter allen Umständen das Nötige geschehen, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß die socialdemokratische Parteileitung nicht befähigt ist, ihr die richtigen Wege zu weisen.“

Diese fürchterliche Drohung findet ihren Kommentar in einer Aeußerung des Herrn Lehmann zu Studenten, im Frühjahr werde man ein Wasser erleben, da werde er an die Spitze einer großen Arbeiterpartei treten und auf deren Schultern in den Reichstag einzugehen. — Wer die Führer seien, die an Stelle der socialdemokratischen Parteileitung zu treten haben, fährt er im Manifest fort, habe er bereits vor Jahren in einer socialdemokratischen Versammlung, in Abwesenheit der Agitatoren, den Arbeitern auseinandergesetzt.

„Ich wies darauf hin, daß nur Männer des tieferen Wissens, wie es an den Hochschulen hervorgebracht würde, ihre Führer sein könnten. Leider hätten diese Männer allermeist keine Zeit, in die Volksversammlungen zu gehen, aber es würde doch wohl noch einmal so werden, daß auch die Hochschullehrer wieder in engere Berührung mit dem Volke kämen, das wäre für beide Teile erprießlich...“

Notabene, dieser selbe Bekannter ließ die von ihm vorzige Woche einberufene Volksversammlung, wie nunmehr feststeht, selbst durch die Polizei auflösen, weil die Arbeiter die Mehrheit bildeten — dieser selbe Bekannter machte den Versuch, sich zu seiner zweiten Versammlung die Werkarbeiter durch die Direktionen zureiben zu lassen, wobei durch ein niederträchtiges Kontrollsystem mittels Namensunter-schrift dafür gesorgt sein sollte, daß den Vertretungen jeder einzelne Besucher im voraus bekannt sei und sie nachträglich sogar feststellen könnten (die vom Besucher unterschriebene Eintrittsliste wurde am Eingang zur Versammlung abgefordert), wer in der Versammlung gewesen — dieser selbe Bekannter lehnte es ab, in einer Volksversammlung, in der über seine blöden Schimpfereien verhandelt werden soll, persönlich zu erscheinen!

Die Protest-Versammlung fand freilich unter ganzlichem Ausschluß der Arbeiterschaft statt. Die Werkleistungen — zu ihrer Ehre sei es gesagt — hatten die Zustimmung, Herrn Lehmann „ihre“ Arbeiter mit geschwungener Hungerpeitsche zuzutreiben, entschieden abgelehnt, wenn auch verschiedene Weiser auf der Kaiserlichen und der Kruppischen Werk auf eigene Faust den Versuch gemacht hatten, Eintrittslisten loszuwerden.

Und nun nehme man seinen Mut zusammen, denn nun folgt Schlag auf Schlag in dem „Manifest“:

„So mag denn das Laugleben zwischen mir und der Socialdemokratie losgehen. Wir wollen doch einmal sehen, wer fester steht: ein deutscher Professor oder die international angetrunkene Socialdemokratie? Treten noch andre zu mir, wie ich dies bestimmt annehme und wie es auch bereits der Fall ist, dann dürfte von den 2 Millionen Stimmen der Socialdemokratie die eine Million bald abdröckeln und die andre auf der Kasse liegen...“

„Wähler und Wähler, hier und im ganzen Reich, helft mir, daß ich das Reichstagsmandat für Schleswig-Holstein-Ederförde erhalte, bin ich erst einmal im Reichstag, dann werde ich schon wissen, den Hebel an der richtigen Stelle anzusetzen, um das deutsche Volk aus seiner wirtschaftlichen und geistigen Noth zu befreien.“

Lehmann seines Amtes entthoen. In dem Disciplinarverfahren gegen Professor Lehmann-Hohenberg wegen Verletzung des preussischen Kriegsministeriums anlässlich seines Eintretens für den blutiggeschossenen Hauptmann Zukamer sowie wegen seiner Angriffe gegen den preussischen Justizminister und gegen das bestehende Reichswesen wurde in der Hauptverhandlung des Disciplinarhofes auf Entlassung aus dem Amte erkannt. Sämtliche Beweisurtheile wurden abgelehnt, da sie Einzelfälle darstellten. Der Angeklundigte habe sich schwerer Verleumdungen schuldig gemacht und den ganzen Juristenstand angegriffen, auch beweise sein Schreiben an den Reichstagskanzler, daß er die Massen habe aufzureiben wollen. Professoren seien aber Beamte und hätten sich aller Angriffe gegen die Regierung zu enthalten; die objektive Kritik von Einzelfällen sei ihnen nicht verwehrt.

Das Socialal Lehmanns ist ein tragikomisches. In dem Augen-blick, wo er durch eine groteske politische Aktion all seine früheren Sünden zu sühnen sich ansieht, erweist ihn das Verhängnis der disciplinarischen Antienthebung! Der Mann, der sich durch seine samahischen Kruppischen doppelrehabilitirt hat, wird seines Amtes entthoen wegen des Verdachts, daß er die „Massen habe aufzureiben“ wollen! Und er wollte die socialdemokratischen Massen doch nur in die Arme der Reaktion zurückführen! Warum hat Lehmann auch so lange gewartet? Hätte er seine letzten Aktionen etwas früher veranfaßt, so hätte er für sich die unüberwindliche Nothwendigkeit des Pöbels anführen können: Unverfälschten Patriotismus und unbezweifelbare Unzurechnungsfähigkeit.

Trotzdem bleibt das Urtheil selbst spottalös. Nach der lapidaren Erklärung, daß Professoren als Beamte sich aller An-griffe gegen die Regierung zu enthalten hätten, müßte von Rechts wegen jeder politisch anständig empfindende und es mit der akademischen Verkehrtheit ernsthaft nehmende Unberufliche sein Amt niederlegen! —

Uegen die Politik der Reichsregierung — oder besser, was sich so nennt — hat unsere Fraktion im Landtage von Schwarz-burg-Rudolstadt drei bemerkenswerthe Anträge gestellt.

Der erste beschäftigt sich mit dem Gesuchwerden des Sucheriaris und lautet:

Falls der im deutschen Reichstag zur Verhandlung stehende Entwurf eines neuen Zolltarifs angenommen wird und eine Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel, Rohmaterialien und sonstige Bedarfsartikel enthält, wolle unsere Staatsregierung demselben im Bundesrat ihre Zustimmung versagen und darauf hinwirken, daß mindestens wieder Handelsverträge auf Grund des zur Zeit geltenden Zolltarifs zu Stande kommen.

Der zweite Antrag unternimmt einen erneuten Vorstoß gegen die Reichsfinanzwirtschaft und für eine Reichseinkommensteuer; er lautet:

Um die auf die Dauer unholzbaren finanziellen Zustände der Einzelstaaten, die in den letzten Jahren durch die Mindereinnahmen aus den Ueberweisungen des Reichs gegenüber den Reichskassenbeiträgen immer schwerer fühlbar geworden sind, zu beseitigen, wolle unsere Regierung im Bundesrat dafür eintreten, daß zunächst eine besondere Reichs-Einkommensteuer für alle Einkommen über 2500 M. geschaffen und die Reichsverschuldung dementsprechend geändert wird. Die Steuer kann eventuell nach Terminen erhoben werden, um die Verschiedenheit der Deficits des Reichs auszugleichen.

Der dritte Antrag fordert energisch die Diäten für die Reichstagsabgeordneten:

Um die schwerempfundene Beschlussunfähigkeit des Reichstags zu beseitigen und zu ermöglichen, daß auch Reichstagsabgeordnete aus minder bemittelten Kreisen gewählt werden können, wolle unsere Regierung, sobald wieder ein Antrag oder Beschluß des Reichstags um Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten im Bundesrat zur Verhandlung steht, demselben ihre Zustimmung geben, eventuell selbst einen dahingehenden Antrag stellen.

Sozialparteilicher Wahlhacker. Von den 27 Reichstags-Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei ist in der Hauptwahl 1898 nur ein Abgeordneter gewählt, alle übrigen wurden erst in der Stichwahl mit Unterstützung anderer Parteien gewählt. Der einzige in der Hauptwahl gewählte freisinnige Abgeordnete ist Schmidt (Eberfeld). Er wurde im Wahlkreis Pingen-Mey mit 7287 St. (gegen 4278 Nationalliberalen, 1871 Socialdemokr., 1088 Antisemiten) gewählt. Dieser Sieg war aber nur dadurch möglich, daß das Centrum, für das bei der Wahl von 1893 4474 Wähler stimmten, auf die Auffstellung eines eignen Kandidaten verzichtete und seine Anhänger bereits bei der Hauptwahl für den Freisinnigen eintreten ließ. Auch der Abgeordnete Schmidt (Eberfeld) ist also auf den Rücken einer andern Partei in den Reichstag geschmipft. Ein Verzicht des Freisinnigen Partei erfolgte noch in zwei weiteren Wahlkreisen: in Erfurt 3 und in Vennep-Rettmann-Remscheid. Dort gelangte Eichhoff, hier Zischbeck lediglich durch diese Entfallensheit zur Stichwahl; in Erfurt 3 hatten das Centrum im Jahre 1893 2093, der Freisinn 3063, der Socialdemokrat 4807, die Reichspartei 8531 Stimmen erhalten. Im Jahre 1898 stimmte das Centrum bereits im ersten Wahlgange für den freisinnigen Kandidaten. Daher gelangte dieser mit 5138 Stimmen gegen 7743 der Reichspartei (7473 stießen auf den Socialdemokraten) zur Stichwahl und dann infolge der socialdemokratischen Unterstützung mit 10388 gegen 9004 Stimmen zum Siege. In dem Zischbeck'schen Wahlkreis wurden im Jahre 1893 für das Centrum 3649 Stimmen abgegeben. Im Jahre 1898 wurden diese Stimmen für den Freisinnigen Häbed kommandirt, so daß dieser mit 10760 (statt des Nationalliberalen, der 1007 Stimmen erhielt) gegen den Socialdemokraten zur Stichwahl gelangte.

Durch Unterstützung des Centrums wurden bei den Stich-wahlen u. a. folgende freisinnige Mandate gewonnen: Wiesbaden 2 (Cräger), Biegnitz 7 (Herme), Biegnitz 5 (Kosch), Altena-Jerlsow (Leuzmann). Auch Eugen Richter ist im Hagener Wahlkreis auf Unterstützung des Centrums und der andern bürgerlichen Parteien im wachsenden Maße angewiesen. Bei der Wahl im Jahre 1893 war die Spannung zwischen freisinnigen und socialdemokratischen Stimmen 7245 (3650 freisinnig, 3594 socialdemokratisch), im Jahre 1898 sank sie auf 1154 (1024 frei, 9080 soc.). Das Centrum (mit 3712) und die National-liberalen (mit 6862 Stimmen bei der Hauptwahl) gaben in der Stichwahl zu Gunsten Eugen Richters den Ausschlag; er regte mit 17446 gegen 9907 socialdemokratische Stimmen.

Der Freisinn ist auch in andern Wahlkreisen auf Unterstützung der bürgerlichen Kreise angewiesen, so in allen Kreisen, in denen er mit der Socialdemokratie in Stichwahl stand. Hierbei kamen im Jahre 1898 folgende Kreise in Betracht: Koburg-Gotha 1 (Wsch), Berlin 1 (Vangerhans), Biegnitz 9 (Liders), Oldenburg 2 (Träger), ebenso in Berlin V. (Zwid). Hier erhielt der Freisinnige in der Hauptwahl 7085, die deutsche Volkspartei 243, die Antisemiten und Konserwativen 3296, das Centrum 330, der Socialdemokrat 10225. Trotz dieses großen Vorsprungs verlor der Socialdemokrat bei der Stichwahl mit 10957 Stimmen. Diese knappe Mehrheit von 38 Stimmen beweist, daß wohl auch hier das Centrum für den Ausgang der Wahl nicht ganz einflußlos war.

In den ferneren 14 Wahlkreisen, die jetzt durch freisinnige Abgeordnete vertreten sind, gaben die Socialdemokraten zu Gunsten des Freisinnigen den Ausschlag. Diese Wahlkreise sind: Biegnitz 8 (Wsch), Gumbinnen 1 (Prasice), Sachsen-Weimar-Eisenach (Cassermann), Schaumburg-Lippe (Demmig), Merseburg (Körbe), Wwe (Reier), Weimingen (Müller), Sagan (Müller), Biegnitz 1 (Wundel), Merseburg 7 (Ritter), Biegnitz 6 (Kaußmann), Biegnitz 4 (Schmieder), Erfurt 1 (Wiemer) und Oldenburg 1 (Vargmann).

Das Aufgeben der liberalen Grundzüge und die beispiellose Unterstützung der Reaktion durch Eugen Richters Truppe verbanen offenbar ihre Ursache der Wahlhacker-Regnung: die Socialdemokraten werden die Freisinnigen ja doch als das kleinere Uebel wählen, die bürgerlichen Parteien und zugleich ein Wahlkartell, insbesondere in der Provinz Brandenburg, gegen die Socialdemokraten muß durch einen weithin sichtbaren Verrat der Interessen der großen Menge des deutschen Volkes erlaubt werden. Hoffentlich macht eine energische Bekämpfung der Socialdemokraten diese Rechnung des Jähres der sich „freisinnige Volkspartei“ nennenden Gruppe zu Schanden. Würdeloser, verächtlicher hat eine Partei, einschließlich der Nationalliberalen, noch nie ihre Grundzüge aus Hunger nach Mandaten verleugnet.

Eisenbahntarif-Reform in Sachsen. Die sächsische Regierung veröffentlicht Vorschläge zur Eisenbahntarif-Reform, die zunächst der Eisenbahnrat begutachten soll, die aber auch den übrigen deutschen Regierungen mit dem Ersuchen um Beitritt zu diesen neuen Ver-

Stimmungen unterbreitet werden. Die wichtigeren der in Aussicht genommenen Bestimmungen sind folgende:

Die Preisermäßigung für Hin- und Rückfahrt wird beseitigt.

Im Binnenverkehr werden gleichzeitig mit den Fahrkarten für die Hin- und Rückfahrt besondere Fahrkarten, nur am Sonntag für die Rückfahrt gültige Fahrkarten ausgegeben.

Die Einheitspreise für die Personenzug-Fahrkarten werden für das Kilometer festgesetzt auf erste Klasse 7 Pf., zweite Klasse 4,5 Pf., dritte Klasse 3 Pf., vierte Klasse 2 Pf.

Für Benutzung von Schnellzügen wird durchgängig ein Zuschlag von 1 Pf. für das Kilometer erhoben.

Freigeiz wird zunächst fortgewährt.

Aufgehoben wird die Preisermäßigung für Gesellschaftsfahrten, für zusammengestellte Fahrpläne, die aber als besondere Kartenform bestehen bleiben. Aufgehoben wird die Ausgabe von Arbeiter-Monatskarten, Arbeiter-Rückfahrkarten, festen Rundreisekarten, Sonntags-Fahrkarten. Bestehen bleiben die Preisermäßigungen für Kinder, Ausflüge zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, Schulfahrten und Ferienkolonien, milde Zwecke, wehrpflichtige Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, Verwaltungsfunktionäre, nach Festlegung in jedem einzelnen Falle. Bestehen bleiben ohne Preisänderung die Schülerkarten, die Arbeiter-Wochenkarten. Bestehen bleiben die Monatskarten; zur Frage steht, ob die Preise nach 22 oder nach 25 Jahren zu bilden sind. —

Ausland.

Die Streikbewegung in Marseille.

Paris, 14. Dezember. (Fig. Ver.) Die Entwicklung des Seelenstreiks zeigt neben der unverwundlichen Kampfkraft der organisierten französischen Arbeiter auch ihre Befangenheit in illusionären Generalstreik-Vorstellungen.

Dass die Seeleute einstimmig den Schiedsgerichtsvorschlag der Regierung, ebenso übrigens wie die Schiffskompanien, verwerfen haben, ist vor allem aufs Konto der Erfahrungen des Vergarbeiterstreiks zu setzen. Dagegen haben dieselben Erfahrungen sie nicht um Haarsbreite in ihrem Generalstreik-Glauben wankend machen können. Trotzdem unmittelbar nach der Rückkehr der Vergarbeiter in die Gruben auch nur von einem nennenswerten Generalstreik-Versuch nicht die Rede sein kann, haben die Leiter der Marceller Bewegung einen Generalstreik-Aufruf an das gesamte französische Proletariat erlassen. Und zwar denken sie dabei an den Generalstreik, d. h. an die unmittelbare Einleitung der sozialen Revolution! Zugleich mit der Ablehnung des Schiedsgerichtsvorschlages wurde von den Streikenden beschlossen, ihre besonderen beruflichen Forderungen aufzugeben, „um nur noch für die vollständige Befreiung der Arbeiter zu kämpfen“. In einer anderen Versammlungsresolution beschloß man, „mit sämtlichen Mitteln zusammen zu schließen für den Generalstreik und die soziale Revolution“.

Ferner hat der Verband der eingeschriebenen Seeleute die allgemeine Konföderation der Arbeit (die gewerkschaftliche Landesorganisation) eingeladen, das Signal zum „befreienden Generalstreik“ zu geben. Die Konföderation steht bekanntlich durchaus auf dem Boden des sozialrevolutionären Generalstreiks. Dennoch hat ihr Vorstand die Marceller Einladung abgelehnt. In der letzten Nummer der „Voix du Peuple“ (Volkstimme), des Wochenblattes der Konföderation, heißt es darüber zutreffend: „Die Konföderation ist kein Jupiter, sie verfügt nicht nach Belieben über den Donner des Generalstreiks. Wollte sie übrigens die Jupiterrolle spielen, so würde sie bald diesen Donner unschädlich machen... Der Generalstreik ist keine soziale Erscheinung, die sich herborzaubert und durch einen bloßen Aufruf dekretieren läßt...“ Weiter wird noch auf die mangelhafte Organisation hingewiesen, sowie auf die ungünstige Situation selbst im Vergleich mit der Zeit des jüngsten Vergarbeiterstreiks. Die Leiter der Konföderation sind also immerhin vom Köhlerglauben an den Generalstreik entfernt, obwohl die Verbreitung dieses Glaubens unter den ungeschulten Arbeitern auf ihren Einfluß zurückzuführen ist.

Die Unruhe der Marceller Bewegung zeigt sich auch sonst drastisch genug. Unter dem Eindruck des von den ministeriellen Sozialisten in entscheidender Weise beeinflussten Vergarbeiterstreiks haben sie — im Gegensatz zu den bisherigen Gespinnstereien — beschlossen, auf jegliche Mitwirkung seitens der „politiciens“ (Politiker) zu verzichten. Damit haben sie also die Sozialisten beider Richtungen von der Bewegung ferngehalten, obwohl ihr Beschluß nur in Bezug auf die ministerielle Richtung gerechtfertigt wäre. Auf der andern Seite aber ließ sich Rivelli, der Generalsekretär des Seelente-Verbandes, dazu verleiten, in einer Streikversammlung eine „revolutionäre“ Solidaritäts-Erklärung seitens eines lokalen nationalistischen Komitees zur Verlesung zu bringen, eine Erklärung, die nicht anders von einem Lockspiegel abgefaßt werden könnte. Es heißt darin: „Das populäre nationalistiche Komitee... hat beschlossen, voll und ganz der Befreiung (sic) des französischen Proletariats durch den Generalstreik beizutreten, der die ökonomische Revolution machen wird. Das Komitee läßt die französischen Revolutionäre ein, sich mit Waffen und Munition zu versehen und erbarmungslos jedermann niederzuschlagen, der im Moment der revolutionären Aktion erlahmen wird...“ Unterzeichnet vom Vorsitzenden des Komitees, Castellani, einem nationalistischen Kandidaten in den letzten Wahlen.

Ueber die Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden hat der Telegraph bereits berichtet. Die Regierung hat die Generalstreikbewegung der Bewegung und insbesondere die nationalistiche Zuspitzung eifrig zu ordnungspolizeierischen Zwecken benutzt. Neben Castellani, der übrigens nach einer bürgerlichen Meldung von den Ausständigen für einen Lockspiegel erklärt wird, wurde auch Rivelli wegen „Auforderung zum Lockspiegel“ verhaftet. Ferner werden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen, um verhafteten militärischen Aufgebot schon gar nicht zu reden. Kurz, die „demokratische“ Regierung treibt die übliche kapitalistische Einschüchterungspolitik, um die Bewegung zu erdrücken, die wenigstens in den Mittelmeer-Häfen um sich greift und Anfänge eines Lokalen Generalstreikes gezeitigt hat. —

Der Streik dauert fort. Der Marineminister Pellecau hat eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die letzten Forderungen der Seeleute gingen weit darüber hinaus, was sie ehemals verlangt hätten, es sei der soziale Kampf, den die Streikenden führten. Er bedauere die Haltung der Leiter des Streiks, die nicht mehr mit den ursprünglichen Motiven derselben zu thun habe. Trotzdem habe er eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse an Bord angeordnet, die Resultate derselben würden einer Kommission übergeben, welche geeignete Reformen in Vorschlag zu bringen habe. — Einige Väter- und Schlägerlieder sind von der Masse attackiert worden; ein Teil der Gefängniswärter hat seine Käden geschlossen. Die Fischer veranstalten eine Urabstimmung ihrer Mitglieder über den eventuellen Anschluß an den Generalstreik. — An Stelle des verhafteten Rivelli haben die Streikenden ihren Genossen Gailand zum Leiter ernannt und im übrigen die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Marseille, 14. Dezember. (W. Z. B.) Eine Versammlung von etwa 6000 Marinerevoluten sprach sich gestern Abend zwar im Prinzip für die Fortsetzung des Ausstandes aus, doch läßt sich viele Marinerevoluten in die Listen der Handelsmarine eintragen, und man glaubt, daß der Ausstand bald sein Ende erreichen werde. Die übrigen Arbeiter-Genossenschaften erhielten eine Aufforderung, die

Arbeit wieder aufzunehmen. Die Frage des Gesamtausstandes soll von dem Ergebnis des Referendums abhängig gemacht werden.

Schweiz.

Ein schweizerisches Anarchistengeheiß? Der Bundesrat hat der Bundesversammlung eine Ergänzung des Bundes-Strafgesetzes empfohlen. Danach wird mit Gefängnis bestraft, wer eine strafbare Handlung, die vorwiegend den Charakter des gemeinen Verbrechens oder schweren Vergehens hat, öffentlich in einer Weise verberlicht, die geeignet ist, zur Begehung solcher Handlungen anzureizen. Durch diese Gesetzesnovelle würde die anarchistische Propaganda, wie Verherrlichung des Königsordes getroffen. —

Frankreich.

Im Ministerrat bestätigte am Dienstag Ministerpräsident Combes die letzten aus Marielle eingetroffenen Nachrichten, welche das Ende des Ausstandes als bevorstehend bezeichnen. Der Minister des Auswärtigen Delcassé brachte die Abmachung zur Sprache, welche mit Venezuela im Februar abgeschlossen und im April genehmigt ist und die die Rechtsansprüche der französischen Staatsangehörigen zum Gegenstand hat. Diese, Äußerer Delcassé, könnten ebenso wie die Garantien, welche sie erhalten hätten, durch die Ereignisse der letzten Zeit nicht berührt werden.

Die Unterstufungskasse der Seeleute. Der Marineminister hat ein Dekret unterzeichnet, wonach die Seeleute vom 1. Januar 1903 ab nur noch ein Drittel in die für sie errichtete Unterstufungskasse zu zahlen haben. Außerdem ist das Maximum, welches für die zwei letzten Klassen pro Monat 2 Fr. betrug, auf 1,33 Fr. reduziert. —

Dänemark.

Wahlrechtsreform für die Järder. Der Justizminister hat am 12. Dezember dem dänischen Landsting 5 Gesetzesentwürfe für die Järder vorgelegt, die zum Teil von großer politischer Bedeutung sind und den Bewohnern jener fernem Inseln im atlantischen Ocean mehr politisches Recht verleiht, als das Volk im Mutterlande besitzt. Zwei der Gesetzesentwürfe beziehen sich auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Gemeindevertretung und das städtische Landsting. Für die Gemeindevertretung der Stadt Thorshavn sollen alle Steuerzahler, Männer sowohl wie Frauen vom 25. Lebensjahr an das gleiche Wahlrecht haben, die Einteilung in Wählerklassen wird aufgehoben. Für die Wahlen zum Landsting wird das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt, alle Censurbestimmungen werden aufgehoben. Für beide Körperschaften soll das Proportional-Wahlrecht maßgebend sein und die geheime Stimmabgabe eingeführt werden. Da das Landsting den Abgeordneten der Järder für das dänische Landsting zu wählen hat so wird in diesem einen Fall das allgemeine Wahlrecht indirekt für das dänische Herrenhaus maßgebend werden. Ein weiterer Gesetzesentwurf handelt von der Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Wahlen zum dänischen Landsting, die bis jetzt auf den Järden öffentlich ist. Schließlich wird noch eine Forderung der Armenbeschaffung vorgebracht, wonach, in Uebereinstimmung mit den im Mutterlande geltenden Bestimmungen, der Preis derjenigen Unterstufungen aus öffentlichen Mitteln, die nicht als Armenunterstützung gelten, auf die Erziehung, Versorgung, Kur und Pflege von Epileptikern, Idioten, Krüppeln, Tuberkulösen, Syrophulösen und Lungenkranken ausgedehnt wird. Allgemeine Unterstufung in strafbrotfällen gilt schon jetzt nicht als Armenunterstützung. — Bekanntlich werden dem Berliner Arbeiter schon Krankenhausschulden, selbst wenn er sie schon bezahlt hat, noch als Armenunterstützung angerechnet. Hier sollte man sich jenen Gesetzentwurf zum Muster nehmen. —

Venezuela.

Der Bankierkrieg vor dem Unterhaus.

In der Montagssitzung des Unterhauses begründete Schwann (liberal) seinen Antrag auf Vertagung des Hauses und beklagt sich über den geringen Umfang der seitens der Regierung über die venezolanischen Angelegenheiten erteilten Auskunft. Er führt aus, daß er die englischen Ansprüche für eine kaum ausreichende Grundlage für ein so drastisches Vorgehen halte. Philipps (liberal) unterstützt den Antrag und ersucht die Regierung dringend, eine schiedsgerichtliche Entscheidung anzunehmen. Cranborne erwidert, die Regierung sei verpflichtet, die notwendigen politischen Maßnahmen, die zwischen den Nationen bestehen, zu erfüllen. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe einen verständigen und vernünftigen Standpunkt eingenommen und eingesehen, daß das Verlangen Englands, die venezolanische Regierung solle ihre Pflichten erfüllen, und die Rechte der britischen Unterthanen achten, keineswegs eine Verletzung der Monroe-Doktrin sei. Kein Land sei mehr darauf bedacht gewesen als England, die Regierung der Vereinigten Staaten in der Aufrechterhaltung dieser Doktrin zu unterstützen. (Beifall.) Die englische Regierung würde solche strenge Maßnahmen nicht unternommen haben, wenn es sich nicht um Angriffe auf die Freiheit und das Bestehen englischer Unterthanen gehandelt hätte. Der Beschlußnahme der Annonenboote wird eine Blockade folgen, wenn Venezuela nicht nachgibt, wir beabsichtigen aber, die Blockade unter aller Rücksichtnahme auf die Interessen Zentraler und soweit wie möglich des Interesses Venezuelas selbst durchzuführen. Campbell Bannerman erklärt darauf, Cranborne habe da Halt gemacht, wo er hätte beginnen sollen, wenn es nach den Wünschen der Opposition ginge. Die Opposition wünscht Kenntnis zu erhalten von den Gründen der Lage bezüglich Venezuelas und den Absichten und Ansichten der Regierung bei der Ausführung der von ihr begonnenen Politik. Redner bedauert, daß nicht Leute, die in Venezuela geschäftlich interessiert sind, vor Beginn der Aktion befragt worden seien. Er sei für möglichst gute Beziehungen zwischen England und Deutschland und freue sich, daß diese beiden Länder gemeinschaftlich vorgehen, aber England sei ein gut Stück über eine gemeinsame Aktion oder ein Zusammenwirken hinausgegangen in dieser Angelegenheit und beide Länder müßten nun zusammen stehen oder fallen. England sei mit Händen und Füßen an Deutschland gebunden, ohne daß das Land auch nur eine Ahnung davon habe, was Deutschlands Forderungen seien. Das entspreche nicht Englands Interesse. Cranborne habe nichts von der äußerst wichtigen Mitteilung der Vereinigten Staaten gesagt, und doch würde liberal Befriedigung herrschen, wenn diese Mitteilung von solcher Beiseitenheit wäre, daß sie zur friedlichen Lösung dieser allen Ansichten nach doch etwas peinlichen Angelegenheit führen könnte.

Premierminister Balfour führt aus, daß die Schwierigkeit der venezolanischen Frage in der gewaltthätigen Weise liege, in welcher die Regierung Venezuelas gegen die Rechte britischer Seeleute und Schiffsbreder vorgegangen sei, sie behandelt habe, wie keine andre Nation der Welt es getan habe, und die englischen Vorstellungen kaum einer Antwort gewürdigt habe. Es habe sich eine unerträgliche Lage herausgestellt, welche ein Vorgehen erforderlich gemacht habe. Er beklagt, daß dieses Vorgehen ungerechtfertigt voreilig sei. Campbell Bannerman scheint gewillt zu haben, daß man mit Deutschland auf Grund seiner (Bannermans) eigenartigen Forderungen zusammenwirke. Aber war das der richtige Weg, mit einem fremden Staate eine Allianz für kriegerische Zwecke einzugehen, wenn Sie sagen, Sie wollen Seite an Seite mit ihm kämpfen, so lange, als es Ihnen gefällt, und daß Sie, wenn es Ihnen nicht mehr paßt, den Bundesgenossen allein den Kampf fortsetzen lassen? (Beifall.) Wenige Verbündete würden genügt sein, mit uns auf der von Campbell Bannerman gemischten Grundlage vorzugehen. Der Minister führt ferner aus, soweit finanzielle Ansprüche in Betracht kämen, sei die Regierung bereit gewesen, in ein Schiedsgericht zu willigen, durch welches die Forderungen genau festgesetzt würden. Die Regierung

der Vereinigten Staaten habe keinen Vorschlag hinsichtlich eines Schiedsgerichts gemacht. Nach seinen Informationen sei der Wunsch einer schiedsgerichtlichen Entscheidung von Venezuela durch die Vermittelung der Vereinigten Staaten ausgesprochen worden.

Wie man sieht, ist in England eine starke parlamentarische Strömung gegen den famosen Feldzug gegen Venezuela vorhanden. Zwar hat die Regierung diesmal einen formellen Sieg davongetragen, aber es ist äußerst wahrscheinlich, daß sie die Mahnungen der Opposition, sobald als möglich ein Schiedsgericht zu acceptieren, nicht in den Wind schlagen wird. — Das Verhalten der englischen bürgerlichen Opposition sieht äußerst vorteilhaft gegen die Stellung unter deutschen Bourgeoisie ab, die bis zur äußersten bürgerlichen Linien in auswärtigen Angelegenheiten mit der Regierung durch Dick und Dünn waten zu müssen glaubt. In England zwingt man die Regierung, Erklärungen abzugeben, in Deutschland spielt in dergleichen Affären selbst die am weitesten links stehende bürgerliche Opposition im Gefühle ihres beschränkten Unterthans-Verhältnisses den freiwilligen Regierungskommissar:

Beweist schon die Haltung des Parlamentes die englische Kriegsmüdigkeit, so kommt in der englischen Presse diese Stimmung noch viel deutlicher zum Ausdruck. So lassen sich dem Sinne nach übereinstimmend die „Pres. Ztg.“ und die „Edin. Ztg.“ aus London melden:

Ein großer Teil, ja fast das ganze Heer der englischen Zeitungen läßt in der Venezuela-Frage zum Nachzuge. Die Aktion ist, man kann nicht recht sehen, aus welchem Grunde, höchst unpopulär. Jedenfalls ist hier mit der allgemeinen Annahme zu rechnen, daß Deutschland England wider seinen Willen in die Affaire verwickelt hat und daß die offiziell allerdings bestrittene, thatächlich aber offenbar vorhandene Gemeinschaftlichkeit der Aktion einen Erfolg der deutschen Diplomatie bildet. Dieses Gefühl hat ohne Zweifel dazu beigetragen, den Standpunkt der Regierung zu erschweren, und es wäre durchaus nicht zu verwundern, wenn die unwürdigen Artikel einzelner englischer Blätter dazu beitragen, die Anhänger des Präsidenten Castro sowie diesen selbst in ihrer Haltung zu befestigen, in der Hoffnung, daß England sich von der ganzen Angelegenheit zurückziehen könne. Die Angst vor einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten macht sich hierzulande immer stärker bemerkbar. So sagt die „Daily Mail“ allen Ernstes: „Man kann nicht leugnen, daß, falls England geneigt ist, strengere Maßnahmen gegen die Venezolaner zu ergreifen, die Gefahr einer Reibung mit den Vereinigten Staaten vorliegt. Nun, wir in England haben keine Ursache, uns mit der englisch sprechenden Rasse, die jenseits des Ozeans herrscht, zu streiten. Wir haben der Monroe-Doktrin zugestimmt, und wir sind entschlossen, uns den guten Willen Amerikas zu sichern. Es wäre unfernseitig klug gehandelt, wenn wir klar machten, daß zwischen England und Deutschland keine Kooperation existiert... Wir werden unseren eignen Weg beim Eintreiben von Forderungen gehen, die weit gefügiger sind als die der Deutschen, und wir werden uns nicht auf große Expeditionen einlassen.“

Wie sehr die englische Regierung trotz ihrer Ablehnung der oppositionellen Parlamentaristik das Zusammengehen mit der deutschen Regierung mangelt empfunden, beweist ihre Erklärung, daß die Zerstörung der venezolanischen Kriegsschiffe lediglich das Werk der Deutschen gewesen sei und daß die Verantwortung für diesen Akt ganz allein dem deutschen Flottenkommandanten resp. der deutschen Regierung zufalle!

Für die Stimmung der englischen Presse ist auch eine Meldung allerneuesten Datums bezeichnend. Die von Dienstag aus London gefahrene, kommentieren die Morgenblätter die gestrigen Reden im Parlament und das Erscheinen des Reichstages. Die „Times“ sagen, die in dem Heftbuche enthaltenen Veröffentlichungen seien sehr mager; alsdann macht das Blatt eine Anspielung auf den Schiedsgerichtsvorschlag der amerikanischen Regierung und erklärt, England werde glücklich sein, wenn der jetzige Konflikt von einem kompetenten und unparteiischen Schiedsgericht gelöst werden könne.

Bezeichnend ist auch die am Dienstag im Unterhaus abgegebene Erklärung Cranbornes, daß die Regierung den Schiedsgerichtsvorschlag Castros noch nicht abgelehnt habe!

Die deutsche Regierung scheint dagegen noch immer bei der Taktik der gepanzerten Faust beharren zu wollen. Wird doch aus Kiel gemeldet:

Am Montagvormittag begann die Besichtigung der Panzerkreuzer „König“, „Krieger“ und „Amazonen“ auf Kriegsbereitschaft durch den zweiten Admiral des I. Geschwaders, Konteradmiral Vorländer. Nach der morgen bevorstehenden Beendigung der Besichtigung werden die Kreuzer sich nach Wilhelmshaven begeben, um dort die letzte Ausrüstung für die Expedition nach Venezuela an Bord zu nehmen. — Ferner hat das Schulschiff „Stoß“, Kommandant Kapit. z. S. Janke, den Befehl erhalten, seine Uebungsfahrten im westindischen Archipel zu unterbrechen und sich mit dem deutschen Blockadegeschwader vor La Guayra zu vereinigen, was inzwischen bereits geschehen ist. Auch das Schulschiff „Charlotte“, Kommandant Kapit. z. S. Mandt, ist dem Schauplatz der Ereignisse nicht fern.

Die Exultation kann aber versucht werden! Hoffentlich beachtet aber die deutsche Regierung noch in letzter Stunde die englischen Warnungssignale, namentlich aber auch die Stimmung in Amerika,

die gegenüber Deutschland immer gereizter wird. So wird dem „Tag“ aus New York gemeldet:

Hier verschärft sich die Stimmung, man verlangt, daß die Union einschreite, und behauptet, daß England schon nachgeben werde, wenn auch Deutschland hart bleiben sollte. Durch Verbreitung derartiger Darstellungen wird eine eifrige Stimmungsmache gegen Deutschland betrieben. — Ferner: Aus Washington wird telegraphiert, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Union ihre passive Haltung aufgeben werde, falls der Versuch gemacht würde, die Friedensblockade gegen amerikanische Schiffe durchzubrechen. Staatssekretär Hay teilte Deutschland mit, amerikanische Schiffe dürfen nicht aufgehalten werden, außer wenn die Behinderung sich auf die gesamte Schifffahrt erwecke. Die Note spricht Mißbilligung jeglicher Anhaltung von Schiffen aus. Da regelmäßige Linien amerikanischer Dampfer venezolanische Häfen in kurzen Zwischenräumen anlaufen, müßte bald ein Probefall erfolgen. Castros Vorschlag einer gütlichen Beilegung des Streites sei von Bowen angeregt worden.

Die Haltung Venezuelas. Nach einer Depesche aus Caracas fand dort, als die Nachricht von dem Bombardement von Puerto Cabello eintraf, eine aufgeregte Demonstration statt. Zehntausend Menschen marschierten durch die Straßen und vor Castros Palast, wo sie Waffen verlangten und Vergeltung gegen Deutsche und Engländer heißten. Castro sagte: „Wir kämpfen gegen keine friedlichen deutschen und englischen Bewohner, nur gegen die bewaffneten Soldaten. Venezuela soll sich gemäß seiner Civilisation benehmen. Der Präsident rief zur Besonnenheit; er werde seine Pflicht thun und wenn nötig sein Leben für die Ehre Venezuelas opfern.“

In Guayaquil (Ecuador) fand eine starke Demonstration für Venezuela statt. Es wurde eine Massenversammlung abgehalten, worauf eine große Menschenmenge vor das venezolanische Konsulat zog und Schreie auf Castro und Venezuela ausbrachte. Es wurde ein Beschluß angenommen, den Präsidenten zu erziehen, gegen das Vorgehen der verbündeten Mächte zu protestieren.

Wie aus Caracas gemeldet wird, werfen die Engländer in der Umgegend von San Felipe Schützengräben auf. Die venezolanischen Truppen verfielen im Falle eines Konfliktes über 32247 Mäuser und 9000 Remingtongewehre sowie über einige Geschütze.

Alle diese Nachrichten beweisen, daß die Situation eine überaus kritische ist und daß es thöricht wäre, mit dem Feuer, das man entfacht hat, auch noch fernherin zu spielen. Wenn demgegenüber auch einige anscheinend günstige Meldungen vorliegen, wonach die von Castro amnestierten Rebellenführer einen neuen Putschversuch zu inscenieren beabsichtigen und sich dem General Macos anschließen, der eine neue Erhebung plane und Castro zu stützen hoffe, so würden diese Nachrichten, vernünftig betrachtet, doch eher für Deutschland ungünstig zu deuten sein. Wird Venezuela in neue revolutionäre Wirren gestürzt, so würden damit Deutschlands Aussichten, seine Zins- und Schadensersatz-Ansprüche beglichen zu sehen, abermals in eine unabsehbare Zukunft verschoben. Man sollte also der Stimme der Vernunft endlich Gehör geben, ehe es zu spät ist.

Haus Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten von Amerika. James J. Hill, der Präsident der Great Northern-Bahn und zugleich mit Morgan Leiter der Northern Securities Company, äußerte nach Meldung der Pariser Ausgabe des „New York Herald“, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten ihren Höhepunkt überschritten habe — und man nicht erwarten dürfe, daß die Verhältnisse fernherin ebenso günstige bleiben werden, wie sie es jetzt seien. Es sei eine ungeheure Ueberproduktion an Fabrikaten entstanden. Das Land habe sich weiter entwickelt, aber die Reaktion setze vor der Thür. Die Lage werde von jetzt an sich schwieriger gestalten.

Die Nachricht bringt nichts Neues. Für den, der die wechselnde Gestaltung des amerikanischen Marktes verfolgt hat, ist es schon seit einigen Monaten klar, daß trotz der außerordentlich günstigen Ernte Amerika vor dem wirtschaftlichen Rückschlag steht; immerhin ist es interessant, daß nun auch Hill, der keineswegs des Pessimismus verdächtig ist, das Ende der glänzenden Aufschwungsperiode, die in den Vereinigten Staaten nach Beendigung des Krieges mit Spanien einsetzte, für gekommen erachtet.

Zugleich berichtet „Wolffs Telegraphen-Bureau“: „Eine Anzahl von Banken in New York und J. P. Morgan bildeten eine Vereinigung mit einem Kapital von 50 Millionen Dollar, um dem Geldmarkt bei der gegenwärtigen Schwierigkeit Darlehen zu gewähren. Die Vereinigung ist von dem Präsidenten der Ersten Nationalbank organisiert. Die Maßnahme ist lediglich ein Schutzmittel. Man fürchtet nicht, daß etwas von dem Kapital zur Zeit sich als nötig erweisen werde, aber es soll für den Fall vorhanden sein, daß sich eine Gelegenheit dafür bieten sollte.“

Die Hochfinanz, die schon seit Wochen durch riesige Interventionen die Kurse der Bahn- und Trustaktien zu halten sucht, macht also eine neue Anstrengung, „die Situation zu retten.“ Aber was sind 50 Millionen Dollar, wenn auch nur einige der vielen noch schwebenden Trustprojekte durchgeführt werden? Die Vereinigungsaktion dürfte kaum einen andern Zweck haben, als Stimmung zu machen und den Markt zu beruhigen.

Börsenreform - Versprechungen. Nachdem der Jollitaris zur Annahme gelangt ist, würde man in gewissen, sogenannten maßgebenden Kreisen es nicht ungern gesehen haben, wenn die Börse daraufhin eine recht kräftige Hausse inszeniert hätte. Die offizielle und offiziöse Presse hätte dann erklären können: „Nichts lächerlicher, als die Behauptung, daß mit dem angenommenen Jollitaris keine günstigen Handelsverträge zu Stande zu bringen seien; die Börse, die Seele der Finanz, das Barometer der Wirtschaftsauffassung, die Industrie und Handel, antwortet mit Kurssteigerungen, demeritert also direkt die Angaben der sozialdemokratischen und liberalen Presse!“

Ganz falsch gerechnet hatte man auch nicht; etwas Haussestimmung war ja gestern thatsächlich an der Börse vorhanden, aber im ganzen doch bitterweinig. So muß denn Schweinburg nachhelfen. Seine „Verf. Vol. Nachr.“ schreiben:

„Daß, abgesehen von dem Reichshaushalts-Gesetz dem Reichstage nur noch die dringlichsten gesetzgeberischen Vorschläge unterbreitet werden, liegt auf der Hand. In diese dürfte aber jedenfalls die Novelle zum Börsengesetz gehören. Sie bildet bis zu einem gewissen Grade eine Ergänzung der Jollitaris-Vorlage; wenn man von ihrer Verabschiedung eine Besserung unseres Erwerbslebens erhoffen darf, so bildet hierfür doch eine entsprechende Berücksichtigung der Bedürfnisse des Handels, insbesondere auch unserer Bank- und Börsenwelt, eine unerlässliche Voraussetzung. Nur wenn auch dieses wichtige Glied unseres heimischen Erwerbslebens mit voller Kraft mitzuarbeiten im Stande ist, wird sich die Befundung unserer Verhältnisse in der gewöhnlichen Weise und in dem erwünschten Tempo vollziehen können. Deshalb ist es unerlässlich, daß in unmittelbarem Zusammenhange mit der grundlegenden Neuordnung unserer Zoll- und Handelsverhältnisse auch dazu geschritten wird, wenigstens diejenigen Bestimmungen des Börsengesetzes einer Revision zu unterziehen, welche dazu geeignet haben, Treu und Glauben, die Grundlagen des ganzen Handels, vielfach in bedauerlicher Weise zu erschüttern, dadurch die Thätigkeit unserer Börsen lahm zu legen und ihre Bedeutung für das heimische Erwerbsleben zu vermindern.“

Ob das helfen wird? Die „Verf. Vol. Nachr.“ scheinen doch die Börse in puncto Verstandskraft etwas niedrig einzuschätzen. Es dürfte wohl nur wenige Geschäftsleute geben, die nicht der Ansicht sind, daß die durch die Jollitaris-Akademie geschaffene Stellung der Konventionen und des Centrums zur Regierung einer gründlichen Börsengesetz-Reform so ungünstig ist wie möglich. Was allensfalls bei der versprochenen „Reform“ herauskommen dürfte, ist eine kleine Beschränkung des Rechts zur Erhebung des Differenz-einwandes.

Die Große Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg. um deren Willen in der Hauptfache Deutschland seine Kriegskoalition gegen Venezuela unternommen hat, ist, wie wenigstens bekannt sein dürfte, ein kruppsches Vermächtnis, denn ein Ober-Ingenieur dieser Firma war es, dem 1887 die venezolanische Regierung die Konzession zum Bau einer Bahn von Caracas nach Valencia verlieh. Im Handbuche der deutschen Aktiengesellschaften, 1900/01, heißt es darüber:

Große Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg.
Abtheilung Nr. 10.
Gegründet: Am 20. November 1888.
Letzte Statutenänderung: 20. Juni 1899.

Zweck:
Erwerbung einer seitens der Republik Venezuela der Firma Fr. Krupp in Essen erteilten und dem Gesellschaftsvertrage vorgebrachten Konzession vom 8. Juli 1887 bezw. 30. Juli 1888 und 8. August 1888 zum Bau einer Eisenbahn von Caracas nach Cagua, Ausbuchtung und Betrieb dieser Eisenbahn sowie der in der Konzession bereits vorgesehenen Fortsetzung der Linie Caracas-Cagua.
Verantwortl. Redakteur: Carl Feld in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckner in Berlin. Druck u. Verlag: Sorowitsch Buchdruckerei u. Verlagsanstalt

über Tocugito nach San Carlos. Außerdem erwarb die Gesellschaft die ursprünglich dem Ingenieur Reginald Veingle erteilte und sodann an die „Venezuela Central Railway Co. Ltd.“ übertragene Konzession vom 2. Februar, 8. und 18. April 1885 für die Teilstrecke Valencia-San Mateo (Cagua) laut des unterm 30. Mai bezw. 7. Juli 1891 seitens der Vereinigten Staaten von Venezuela genehmigten Vertrages vom 17. Dezember 1890.

Nach der Konzession ist die Gesellschaft berechtigt, sich auf jeden Kilometer fertige Bahn (die Gesamtlänge beträgt 179 Kilometer) 100 Hektar Staatsländereien in irgend einem Teile von Venezuela frei überweisen zu lassen, auch verbriefte die Venezuela-Regierung auf die Dauer von 99 Jahren eine Verzinsung von 7 Proz. in Gold für ein Anlagekapital von 12 800 Pfund Sterling pro Kilometer. — Diese Verpflichtungen sind von der Regierung von Venezuela fast nicht erfüllt. Alle Vorstellungen blieben ohne Erfolg und erhielt die Gesellschaft zur Abführung der rückständigen Garantieverpflichtungen der Regierung bis 31. Dezember 1895 im Betrage von 7 229 738 Bolivares und unter Verzichtleistung der Gesellschaft auf die fernere 7 Proz. Garantie laut Vertrag vom 18. April 1890 33 000 000 Bolivares fünfprozentiger Obligationen der laut Gesetz vom 1. April 1890 in Höhe von 50 Millionen Bolivares aufgenommenen Anleihe.

Alle Vorstellungen bei der venezolanischen Regierung, Zahlungen auf die fünfprozentige Anleihe von 1890, auf die Pfandschulden und auf die für die Bahnherstellung reklamierten Beträge zu leisten, blieben bis jetzt erfolglos. Infolge der Revolution von 1899 forderte die Gesellschaft 710 275 Bolivares Schadensersatz. Kapital: 60 000 000 M.

Bemerkt sei noch, daß sich zur Zeit die Forderungen der Bahn an die venezolanische Regierung auf ungefähr 8 Millionen Mark belaufen.

Zur Entwicklung der Elektrizitätsindustrie. Ueber die enorme Steigerung, die die Verwendung der Elektrizität in dem letzten Jahrzehnt erfahren hat, geben die zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendeten Dampfmaschinen in Preußen Aufschluß. Danach wurden ausschließlich zur Erzeugung von Elektrizität benutzt am 1. April 1902 3069 Dampfmaschinen mit 470 854 Pferdestärken gegen 998 Dampfmaschinen mit 55 396 Pferdestärken zu Anfang des Jahres 1892. Ferner dienten teilweise zur Erzeugung von Elektrizität am 1. April 1902 1259 Dampfmaschinen mit 102 551 Pferdestärken, hingegen in 1892 nur 302 Dampfmaschinen mit 13 601 Pferdestärken. Die Zahl der Dampfmaschinen hat sich also in den zehn Jahren vervierfacht, ihre Leistungsfähigkeit ist auf mehr als das Vierfache gestiegen. Auf Berlin entfallen allein 335 zur Erzeugung von Elektrizität dienende Dampfmaschinen mit 79 845 Pferdestärken.

Sociale Rechtspflege.

Die Kurdeckerin D., die das Arbeitsverhältnis zu dem Arbeitgeber Kaszinski selbst gelöst hatte, beantragte trotzdem eine vierzehntägige Lohnentschädigung durch Klage beim Gewerbegericht, indem sie geltend machte, der Beklagte habe sie unzüchtig angefaßt. Der Beklagte bestritt dies und behauptete, er habe sich nur einen Scherz erlaubt, indem er sie einlud, mit ihm in die Nordordische zu gehen. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht wurde festgestellt, daß die Klägerin nicht gleich nach den von ihr behaupteten Vorgängen die Arbeit aufgegeben hatte, sondern noch einige Tage in der Werkstatt verblieben war. — Der Vorsitzende, Gewerbeichter v. Schulz, gab ihr namens des Gerichtshofes den Rat, die Klage zurückzunehmen. Er bemerkte, daß die Sache für die Klägerin, schon weil sie keine Zeugen habe, unglücklich stehe. Dann aber müsse, wenn jemand trotz eigener Aufgabe der Arbeit noch eine Entschädigung verlange, weil er gezwungen gewesen sei, ohne Zurechnung der mündigen Person die Arbeit niederzuliegen, der Beweis hierfür ein zwingender sein. Es müsse die Unmöglichkeit, länger im fraglichen Betriebe zu verweilen, sehr deutlich dargelegt werden. Das Verhalten der Klägerin, die noch einige Zeit bei K. blieb, spreche hier gegen eine solche Unmöglichkeit. Die Klägerin blieb bei ihren Angaben, folgte aber dann dem richterlichen Rate.

Verfassungen.

Die politische Ausdeutung des Todes Krupps durch dienstwillige Handlanger der reaktionären Scharfmacherstipe hat gestern Abend eine scharfe und unzweideutige Zurückweisung seitens der Berliner Metallarbeiter erfahren. Die vier Protestversammlungen, welche der Metallarbeiter-Verband einberufen hatte, um der Öffentlichkeit die wahre Meinung der Arbeiter kund zu thun, waren überfüllt, und bei weitem nicht alle, die gekommen waren, um Protest gegen die schamlose Ausnutzung der Angelegenheit Krupps zu erheben, konnten Einlass finden. Die Meinung, welche in den Versammlungen zum Ausdruck kam, wird denen recht unangenehm in den Ohren klingen, welche glauben, daß sie aus den Reden, die der Kaiser in Essen und Breslau hielt, Kapital schlagen können zur Anbelagerung der Arbeiterbewegung. Bekanntlich hat ein hiesiger Ingenieur-Verein eine mit Schmähungen gegen die Sozialdemokratie verbrämte Kundgebung an die Firma Krupp zur Unterschrift seitens der Arbeiter in verschiedenen Berliner Betrieben der Metallbranche in Umlauf gesetzt. Dieser Umstand mag die unmittelbare Veranlassung zur Einberufung der Versammlungen gewesen sein. Den Veranlasser des Adressen-umsatzes wurde gestern durch die Berliner Metallarbeiter, die darin zweifellos mit der gesamten Berliner Arbeiterschaft übereinstimmen, klar und bestimmt gesagt, daß die Arbeiter, fest davon überzeugt, daß sie nur in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer Interessen sehen, sich durch nichts von dieser Partei abwenden lassen, am allerwenigsten dadurch, daß Handlanger des Unternehmertums „Verleumdungen“ der Sozialdemokratie aufgreifen und zu ihren Zwecken auszunutzen suchen. Unsere sozialdemokratische Ueberzeugung kann uns niemand rauben, von der Sozialdemokratie kann uns niemand trennen. Das ist die Meinung aller verständigen Arbeiter, die in den gestrigen Versammlungen zum Ausdruck gekommen ist.

Die Metallarbeiter besaßen sich am Donnerstag in einer gut besuchten Versammlung eingehend mit der Erörterung ihrer mündlichen Wanderverhältnisse. Es sprachen hierzu u. a. der Branchenvertreter Hartmann sowie Behrend und Cohn. Alle betonten, daß nicht genügend Zusammenhalt unter den Brüdern sei, obwohl mehr wie die Hälfte der gesamten Berufscollegen der Organisation angehörte. Unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mache sich dieser Mangel besonders unangenehm fühlbar. Den seiner Zeit festgesetzten Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde erhalten heute höchstens noch die Ornamentendrucker, die übrigen bekommen 45, 40 Pf. und noch weniger. Arbeitslos melden sich in diesem Jahre 205 Kollegen. 70 davon wurde Arbeit vermittelt; eine große Zahl wurde nur in verfürzter Tagesfrist beschäftigt. Eine Plage für den Beruf ist auch das stetig zunehmende Zwischenmeister-System sowie die Lehrlingszukunft. Es gibt Betriebe, in denen 10—15 Lehrlinge thätig sind. Zur Verringerung dieser Mißstände schlagen die einzelnen Redner vor: Aufnahme einer genauen Statistik zur Orientierung über die thatsächlichen Verhältnisse, und Ausbau der Organisation durch besondere Pflege des Vertrauensmänner-Systems. Eine dahingehende Resolution fand einstimmige Annahme.

Stuccoteure. Ueber „Die Taktik der Gewerkschafts-Kommission in der letzten Zeit“ wurde am Montag in einer Jilial-Versammlung des Centralverbandes der Stuccoteure diskutiert, die in Franz's Feisalan tagte. Der Vorsitzende Krebs leitete die Verhandlungen durch ein Referat ein, worin es ausführlich die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und der Streitigkeiten zwischen den beiden Richtungen schilderte und die Gründe und Um-

stände hervorhob, die geeignet sind, den Beschluß der Gewerkschafts-Kommission, die dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften nicht mehr als gleichberechtigt anzuerkennen, zu rechtfertigen. Der Redner empfahl eine Resolution, worin das Vorgehen der Gewerkschafts-Kommission durchaus gebilligt, „aber Zeit und Form zu diesem Zweck der bisher geübten Lokalität als nicht günstig gewählt“ bezeichnet wurde. — In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner mehr oder minder scharf gegen das Vorgehen der Gewerkschafts-Kommission aus. Bei der Abstimmung wurde die von Krebs eingebrachte Resolution gegen 6 Stimmen abgelehnt und folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Stuccoteure spricht der Gewerkschafts-Kommission für ihr undemokratisches Verhalten gegenüber den Lokalfisten ihre Mißbilligung aus; den Lokalfisten aber ebenfalls wegen ihrer Proklamation, die Wahlenthaltung bei den Gewerbe-gerichts-Wahlen betreffend.“

Für die Meccaner Weber bewilligte die Versammlung aus der Jilialklasse 200 M. —

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter nahm in seiner Mitglieder-Versammlung am 8. d. M. ein Referat Ebenhagens entgegen über das Verhalten der Berliner Gewerkschafts-Kommission in betreff der Gewerbegerichts-Wahlen. Es wurde hierzu eine Resolution angenommen, in der gesagt wird: Die Versammlung verurteilt mit aller Entschiedenheit die Vergewaltigung der im Kartell vereinigten Gewerkschaften seitens der Berliner Gewerkschafts-Kommission, und spricht dem Ausschuss des Gewerkschafts-Kartells ihr volles Vertrauen aus.

Die Freie Vereinigung der Kupfsteure, Faybader und verwandter Berufsgenossen hielt am 14. d. M. ihre General-Versammlung ab. Zunächst gab der Vorsitzende den Jahresbericht, dann erstatete der Kassierer Alopp den Kassenbericht. Eingegangen sind in diesem Jahre 2122 25 M., demgegenüber eine Ausgabe von 916 25 M. stand, demnach bleibt ein Ueberschuß von 1206 00 M. Zu bemerken ist noch, daß sich 175 Kollegen aufnehmen ließen. Nachdem der Gewerkschaftsdelegierte Julius Täubner seinen Bericht erstatet hatte, wurde derselbe einstimmig wiedergewählt. Die Neuwahl des Vorstandes gestaltete sich folgendermaßen: als 1. Vorsitzender wurde Weiglin, als 1. Kassierer Alopp, als 1. Schriftführer Jallenthal, wiedergewählt. Demerschiedt wurde als 2. Vorsitzender, Hartlich als 2. Kassierer, Soppmann als 2. Schriftführer, Banisch und Weder als Revisoren gewählt. Als Bezirkskassierer wurden Bitte, Rathen, Erde, Hübler und Franke gewählt. Ein Antrag, daß den kranken Mitgliedern, die bisher vom Krankengeld abgegangenen 4 Wochenbeiträge unentgeltlich abgestempelt werden, wurde einstimmig angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 16. Dezember. (W. T. V.) Nach einer Meldung des deutschen Konsuls in Korfior ist das Dampfschiff „Wittelsbach“, welches sich auf der Fahrt durch den Großen Belt nach Kiel befand, nördlich von Korfior bei Halsod in dickem Nebel festgelaufen. Der große Kreuzer „Prinz Heinrich“ ist bereits heute Abend 8 Uhr von Kiel aus in See gegangen, um das Dampfschiff bei den Versuchen, wieder flott zu werden, zu unterstützen.

Der venezolanische Konflikt.
London, 16. Dezember. (W. T. V.) Oberhaus. Lord Spencer fragt an, ob für den Fall, daß die Beschlagnahme der venezolanischen Schiffe die gewünschte Wirkung nicht habe, die Regierung weitere Zwangsmassnahmen gegen die venezolanische Regierung plane. Minister des Aeußern Marquis of Lansdowne erwidert: In diesem Falle werden weitere Zwangsmassnahmen zweifellos erforderlich sein. Die Frage ist von der britischen Regierung in Beratung mit der deutschen Regierung erwoogen worden, und es ist bestimmt worden, daß unsere Entscheidung die sein werde, zu dem Mittel der Blockade der venezolanischen Häfen zu greifen, von denen einige von britischen und einige von deutschen Kriegsschiffen zu blockieren sein würden. Es ist nicht beabsichtigt, eine britische Streitmacht zu landen, und noch weniger, venezolanisches Gebiet zu besetzen.

Caracas, 16. Dezember. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Auf die italienische Note hat Venezuela am Samstag geantwortet, die italienischen Ansprüche könnten nicht vor Niederwerfung des Aufstandes in Erwägung gezogen werden. Es seien Gerichte in Venezuela vorhanden, um über die aus der Revolution entstandenen Ansprüche zu urteilen. Der italienische Ministerresident de Riva hat sich telegraphisch um Instruktionen nach Rom gewandt.

Brüssel, 16. Dezember. (W. T. V.) Repräsentantenkammer. Auf eine Anfrage wegen der Verhaftung des belgischen Generalkonsuls in Caracas erwidert der Minister des Aeußern de Habercau, der Beweiser des belgischen Generalkonsuls in Caracas sei gleichzeitig mit einer Anzahl deutscher oder englischer Staatsangehöriger verhaftet, aber, als der Jertum erkannt war, wieder in Freiheit gesetzt worden, und es sei ihm entsprechende Entschädigung geboten worden. Mit dem Schutze der belgischen Interessen sei der belgische Generalkonsul beauftragt und derselbe habe Anweisungen erhalten, die, falls sich neue Thatfachen ergeben, Ergänzung erfahren werden.

La Guayra, 16. Dezember. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) „Quail“ hier eingetroffen. Es entstand große Erregung; der Befehlshaber der Fregate eruchte die Konfuln von Frankreich, Spanien und Holland, im Falle einer Landung englischer Truppen zu intervenieren und einen Angriff auf das Fort zu verhindern, da er Befehle erhalten habe, den Platz zu räumen, aber, wenn er angegriffen werde, das Fort verteidigen würde. Die englischen Kriegsschiffe sind indessen um 5 Uhr nachmittags wieder abgefahren.

Der Seemanns-Ausstand in Marseille beendet?
Marseille, 16. Dezember. (W. T. V.) Alle Arbeiterverbände, mit Ausnahme der eingeschriebenen Seelente haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, auch von den letzteren ist eine große Anzahl bereit, sich wieder ammustern zu lassen. Der Ausstand ist thatsächlich beendet. Die Quaiarbeiter, Kohlenträger und Kollufischer hatten sich heute früh vollzählig zur Arbeit eingefunden.

Bermittelt Boot.
Trief, 16. Dezember. (W. T. V.) Ein Boot, auf welchem vier junge Leute, darunter der Handelsangehörige Lübed aus Breslau, am Sonntag eine Bergnützungsfahrt nach Miramare unternahmen, wird vermißt und dürfte infolge der Wora gefunten sein. Trotzdem mehrere Dampfer ausgesandt wurden, das Boot zu suchen, sind alle Nachforschungen erfolglos geblieben.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. (W. T. V.) Eine Meldung der „N. Fr.“ aus Süddeutschland besagt, daß eine Grenze für Viehhölle unter den Bundesregierungen ausgemacht worden ist. Diefelbe werde sich aus dem Gange der Handelsvertrags-Verhandlungen ergeben, in denen die Viehhölle Compensationen-objekte seien. Die Handelsvertrags-Verhandlungen würden baldigt beginnen. Eine Ständigung der Handelsverträge sei nicht in Aussicht genommen.

Malland, 16. Dezember. (W. T. V.) Der Ausstand der Angestellten der Straßenbahn ist infolge einer Einigung mit der Verwaltung der Bahn beendet.

Barcelona, 16. Dezember. (W. T. V.) In der Nähe von Verga fand auf einem vier Quadratkilometer großen Landgebiet ein Erdbeben statt, durch welches mehrere Häuser verfallt wurden. Die Bevölkerung flüchtete sich. Man nimmt an, daß die Katastrophe auf die durch nahegelegene Kohlengruben verursachte Unterwühlung des Bodens zurückzuführen ist.

Aurillac, 16. Dezember. (W. T. V.) Gestern Abend fand in einer Kohlengrube zu Champagne eine Explosion schlagender Wetter statt, wodurch acht Arbeiter getötet und sechs verletzt wurden.
Banl Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Kischerleben errangen die Partei-Genossen bei der Stichwahl einen erfreulichen Sieg. Unser Kandidat erhielt 682, der Gegner 621 Stimmen. Bei der Hauptwahl hatten wir 684, der Gegner 606 Stimmen. Es ist der erste Socialdemokrat, der gewählt wurde.

Im Königreich Sachsen wurden Parteigenossen gewählt: in Rätznitz 1, Liebethal 2, Pöschappel 1, Weinböhlen 1, Bertsdorf 2, Zonsdorf 4, Ralschendorf 1, Rabenstein 3.

Bei den Stichwahlen zur Bremischen Bürgerschaft eroberten wir, wie uns ein Privattelegramm meldet, noch zwei Mandate, so daß wir jetzt über 19 Sitze gegen elf vorher verfügen. Unsere Stimmengruppen hoben sich noch beträchtlich.

Zu den Bürgerausschuh-Wahlen in Stuttgart teilte die „Tagwacht“ mit, es habe sich herausgestellt, daß der vom Centrum vorgeschlagene und auch gewählte Kandidat eingeschriebenes Mitglied der Volkspartei ist.

Aus den Organisationen. Dem Socialdemokratischen Verein Altona traten am Sonntag 60 neue Mitglieder bei. Vom Socialdemokratischen Verein Kiel teilten wir gestern mit, daß in seiner letzten Versammlung 155 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Aus dem heute vorliegenden ausführlichen Bericht geht hervor, daß der Verein im letzten Jahre überhaupt stark gewachsen ist; die Mitgliederzahl stieg von 1048 auf 1550.

Der socialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend erhöhte den Monatsbeitrag seiner Mitglieder in Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahlen von 20 auf 30 Pf.

Als Reichstags-Kandidaten für die beiden Breslauer Wahlkreise wurden die Genossen Bernstein und Tugauer einstimmig wieder aufgestellt.

Herr Reihäuser fühlt sich „ungeheuerlich verdächtigt“ durch unsere Bemerkungen zu seinem Artikel über die „socialdemokratischen Bierwirt“. Er will „unter Beweis stellen“, daß sein Artikel vor der Breslauer Kaiserrede geschrieben worden ist. Unsere Kennzeichnung seines Artikels soll „zu der Kampfesweise des socialdemokratischen Centralorgans gehören“, über die er zur rechten Zeit quittieren will.

Wir sind ganz erschrocken darüber, daß wir unbedachterweise einen braven und zerküßenden Mann so ungerecht behandelt haben gerade in dem Augenblick, wo er so zur rechten Zeit wieder einmal nützlich für die Interessen der von der Socialdemokratie verratenen Arbeiter eingetreten ist.

Da es Herrn Reihäuser weniger darauf anzukommen scheint, wann er seine Artikel veröffentlicht, als vielmehr darauf, wann er sie schreibt, so entschließt er sich vielleicht in Zukunft dazu, es beim Schreiben bewenden zu lassen. Er würde damit den Arbeitern den größeren Dienst leisten.

Im übrigen scheint Herr Reihäuser Quittieren und Zahlen zu verwechseln.

Lebensliste der Partei. In Breslau starb der Dramaturg des dortigen Stadttheaters, Maximilian Schlessinger. Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt über ihn:

Der Verstorbenen hatte früher eine führende Stellung in der schlesischen Socialdemokratie inne. In jenen Zeiten, als die beiden Richtungen in unserer Partei, die Vollstallener und Eisenacher, sich bitter bekämpften, da spielte Schlessinger die Rolle eines Organisators und Agitators. Scharfe Zusammenstöße gab es in Versammlungen und Reden, und Schlessinger schlug eine scharfe Klinge. Später, als nach der Gothaer Einigung das erste Parteiblatt für Schlesien gegründet wurde, die „Wahrheit“, war Schlessinger ihr erster Redakteur. In dieser Eigenschaft erlitt er, wie bereits früher, mehrere Gefängnisstrafen, abgesehen von vielen Geldstrafen, die gegen ihn verhängt worden sind. Nach Inkrafttreten des Socialistengesetzes gründete er die sogenannte alte „Breslauer Gerichtszeitung“, von der aber von der Partei schließlich ganz jurid. Die Breslauer Parteigeschichte aus jener Zeit hat einige dunkle Blätter, und volle Klarheit wird sich über manche Vorgänge jener Zeit heute kaum noch verbreiten lassen. Jedenfalls spielte auch Schlessinger damals eine nicht ganz einwandfreie Rolle. Bis in seine letzten Tage aber bewachte er sein Interesse für unsere Partei und aus seiner parteigeschichtlichen Erinnerung gab er uns bereitwilligst Material für unsere „Kommunen“, die wir zum Tage des zehnjährigen Bestehens der „Volkswacht“ herausgaben.

Dem Anbeken Alfred Desjussaux. Am vergangenen Sonntag wurde auf dem Friedhof von Votures unter großer Beteiligung das Denkmal enthüllt, welches die Socialisten der Vorinnage zu Ehren des vor einem Jahre verstorbenen bekannten socialistischen Deputierten Desjussaux errichtet hatten.

Russisches Arbeiterleben. Fern von den Schlachtfeldern der russischen Revolution, in einem östlichrussischen Eisenbergwerk Minussinsk, Goubenement Jenissei, verstand an der Schwindsucht ein herbortwunder Agitator des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes, A. er Drablin. Der Verstorbenen war jahrelang ein ebenso unermüdlicher wie tapferer Soldat der russischen Revolution, — Soldat im wahren Sinne des Wortes, denn nicht nur unter Arbeitern agitirte er, sondern auch im Heere, zur Zeit seines Militärdienstes (in Dwinsk), hat er der russischen revolutionären Bewegung große Dienste geleistet.

Das erste Mal wurde er in Kremenstschug verhaftet; er wurde im dortigen Gefängnis ein ganzes Jahr hindurch in einer feuchten und finsternen Zelle gehalten und erkrankte daher an der Schwindsucht. Aus dem Gefängnis entlassen, beachtete er wenig seinen Zustand, widmete sich von neuem der aufopferungsvollen revolutionären Thätigkeit, bis er 1900 wiederum in die Hände der Zarenherrscher fiel. Diesmal wurde er ein Jahr im Homler Gefängnis gehalten und 1901 nach Minussinsk auf 5 Jahre verbannt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Polizeikampf gegen Arbeiter-Gesangsvereine.

Die Polizeiverwaltung von Bülster (Provinz Schleswig-Holstein) verbot ein geschlossenes Ballvergügen, das der Arbeiter-Sängerbund „Philomela“ zu Bülster für den 1. Juni 1902 geplant hatte. Sie erklärte einfach den Verein, der seine Mitglieder durch Gesang, theatralische Aufführungen und bellamatorische Vorträge bilden will, für einen politischen Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, d. h. für einen Verein, welcher bezweckt, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Das Ballvergügen wurde im Sinne berühmter Gesetzesauslegung zu einer „Versammlung“ umgeprägt und folgender auch schon bekannte Weisheitspruch gezogen: Ist der Verein ein solcher im Sinne des § 8, dann dürfen an allen seinen Versammlungen Frauen nicht teilnehmen, also nach nicht an seinen Ballvergügen, und da ein Ball ohne Frauen nicht denkbar ist, so muß man ihn von vornherein verhindern. Und das alles trotz Hammerstein und dem famosen Segment. Ein politischer Verein sollte „Philomela“ sein, weil 25 seiner aktiven Mitglieder die Kaiserin durch einige Liebes, die nur ganz allgemein dem Freiheitssehnen Ausdruck geben, verschont hatten.

Philomelas Vorsitzender beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Schleswig. Der Vorsitzende Krüger klagte dann gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht und machte folgendes geltend: Der Gesangsverein „Philomela“ sei lediglich ein Vergnügungsverein. Seit seiner Gründung im Jahre 1896 habe er noch nie politische Gegenstände in Versammlungen erörtert. In seinen Versammlungen werde nur über rein gesellschaftliche Dinge gesprochen, wie sie das Leben eines Gesangs- und Theatervereins mit sich bringe: Ueber die Klassenverhältnisse,

Klassenverhältnisse, Vergnügen, Gesangsangelegenheiten etc. Die Polizei habe nie Anlaß genommen, seine Versammlungen zu überwachen. Der Vereinsball sei auch keine Versammlung.

Der Regierungspräsident beantragte die Abweisung der Klage und verstieg sich zu folgender wunderbaren Logik: Der Verein habe bei der Kaiserin mitgewirkt, die die Form einer socialdemokratischen Versammlung hatte und in der der Socialdemokrat Deinert aus Hamburg einen politischen Vortrag im Sinne der socialdemokratischen Partei hielt. Durch seine Mitwirkung habe der Verein die Ziele der socialdemokratischen Partei gefördert. Dieser Beteiligung des Vereins „müsse“ aber ein Vereinsbeschluss in einer Vereinsversammlung und diesem Beschlusse wieder eine Erörterung des fraglichen Antrages zur Beteiligung vorausgegangen sein. Diese Erörterung eines Antrages auf Beteiligung an einer politischen Demonstration sei aber — eine Erörterung politischer Angelegenheiten. Somit bezwecke der Verein gemäß § 8, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, und das Verbot des Ballvergügens sei wegen der vorausgesetzlichen Teilnahme von Frauen nach § 8 des Vereinsgesetzes gerechtfertigt. Auf diese Weise demonstrierte der Regierungspräsident gegen die Segmentausfassung seines höchsten Vorgesetzten, des Ministers v. Hammerstein.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab der Klage Krügers statt, hob den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die Verbotsverfügung der Polizeiverwaltung außer Kraft. Gründe wurden nicht publiziert.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterstand. Aus Deuthen in Oberschlesien meldet ein Volksliches Telegramm vom Dienstag: Heute früh sind in einem Schachte der Hohenzollerngrube 150 Mann wegen zu langer Schichtdauer und geringen Verdienstes nicht eingefahren. Durch Vermittelung der Direktion fuhren später 80 Mann ein, während 70 im Ausstand verharren.

Gewerbegerichts-Wahlen. In Düsseldorf wurden in voriger Woche die Wähler zum Gewerbegericht gewählt. Die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Arbeitnehmer erhielten 3333, die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften 2020 Stimmen, so daß also die freien Gewerkschaften mit einer Mehrheit von 1317 Stimmen gesiegt haben. Der Wahlkampf wurde auf beiden Seiten mit großer Lebhaftigkeit geführt. Er wurde weit über die unmittelbar beteiligten Kreise mit einem Interesse verfolgt, wie man es sonst wohl bei Reichstagswahlen, aber nicht bei Gewerbegerichts-Wahlen zu finden pflegt. Es sind aber auch, wie sich unsere Leser erinnern werden, besondere Verhältnisse, die gerade den Wahlen zum Düsseldorf-Gewerbegericht eine besondere Bedeutung geben. Unsere Genossen hatten schon vor Jahren Siege am Gewerbegericht inne, sie wurden dann aber durch die Anhänger des Centrum verdrängt, und als diese im Besitz der Mandate waren, legten sie es durch, daß die Wahlperiode von vier auf sechs Jahre verlängert wurde. Diese Frist lief im Dezember vorigen Jahres ab und bei den Neuwahlen siegten die Kandidaten der freien Gewerkschaften, die ihre ganze Kraft gegen die Centrumskräfte einsetzten, auf der ganzen Linie. Die Christlichen legten Protest gegen die Wahlen ein, es wurde auch eine unbedeutende Unregelmäßigkeit festgestellt, an der aber, wie wir seiner Zeit ausdrücklich feststellten, unsere Genossen keinen Teil hatten, aber die Christlichen erzielten ihre Absicht: Die Wahlen wurden für ungültig erklärt und ein neuer Wahltermin angesetzt, aber auf Grund des alten, schon zu jener Zeit nicht mehr geltenden Gewerbegerichts-Gesetzes. Die freien Gewerkschaften legten dagegen Protest ein, dem aber erst kurz vor dem Wahltermin, nachdem alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, stattgegeben wurde. Nunmehr fand die Ausschreibung der Wahl nach dem neuen Gesetz statt, und die Wahl selbst hatte den oben angegebenen Erfolg. Die Christlichen hatten in der Agitation kein Mittel verstanden, die Kandidaten der freien Gewerkschaften und unsere Partei in der schamlosesten Weise zu verunglimpfen, aber der erwartete Erfolg blieb aus, die Centrumskräfte erlitten eine empfindliche Niederlage und das zu derselben Zeit, wo das Centrum im Reichstage den Jöllnern half, den das Volk ausbeutenden Wundertariff durchzubringen. Unser Düsseldorf-Parteiblatt spricht die Hoffnung aus, daß die Niederlage des Centrum bei den Gewerbegerichts-Wahlen eine gute Vorbedeutung sei für die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Witten (Westfalen) siegten die freien Gewerkschaften, indem ihre Kandidaten 198 Stimmen erhielten, während die christlichen Gewerbevereiner auf ihre Kandidaten nur 156 Stimmen vereinigen konnten.

In Elberfeld wurde ebenfalls in der vorigen Woche gewählt. Hier erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften 3023, die der Christlichen nur 350 Stimmen. — Im Jahre 1899 erhielten die freien Gewerkschaften 4007, die Christlichen und Christ-Dumderfchen zusammen 600 Stimmen. Im Jahre 1907 wurden für die freien Gewerkschaften 4217, für die Christlichen 1230 Stimmen abgegeben.

Bei den Wahlen für die Arbeitnehmer-Besitzer zum R a n n e n e r Gewerbegericht ergab sich folgendes Resultat:

Table with 2 columns: Candidate Name, Votes. Lists names like Riste des Gewerkschaftsartells and their respective vote counts.

Somit haben die christlichen Gewerkschaften um 17,6 Proz. die freien Gewerkschaften aber um 69,9 Proz. an Stimmen gewonnen.

In Leipzig-Land wurden bei der am Samstag vorgegenommenen Wahl 8001 Stimmen abgegeben. Es ist eine recht ansehnliche Wahlbeteiligung zu konstatieren gewesen, obwohl gegnerische Kandidaten nicht aufgestellt waren. Die Arbeiter von Leipzig-Land haben um so deutlicher zu erkennen gegeben, daß sie auf das neue Gewerbegericht hohen Wert legen.

Die Wahlen zum Berg-Gewerbegericht im Ruhr-gebiet haben, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, ein glänzendes Resultat für den Bergarbeiter-Verband gebracht, dessen Kandidaten, abgesehen von einigen besonders schwarzen Vögeln, überall gewählt wurden. Eine unangenehme Lieberatsung für die Gegner, welche mit nicht gerade schönen Mitteln gegen die freie Gewerkschaft agitirten hatten.

Eine Empfehlung nach „oben“. Kürzlich hatten wir mitgeteilt, daß im Bezirk der Eisenbahn-Direktion Altona einige Angestellte zu der Erklärung veranlaßt worden seien, daß sie dem Verbands deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter (Sig. Trieb) nicht angehören, woraus auf ein Verbot des genannten Verbandes durch die Eisenbahn-Behörde geschlossen wurde. Eines unserer Parteiblätter, welches diese dem „Werk“ der Eisenbahner“ entnommene Mitteilung gleichfalls gedruckt hatte, ist von der Eisenbahn-Direktion mit einer Verurteilung bedacht worden, worin das Verbot des genannten Verbandes bestritten wird. Damit könnte nun die Angelegenheit auf sich beruhen, wenn nicht die Zeitung des Verbandes deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter“ die Gelegenheit ergreifen würde, um ihren Verband nach oben angelegentlich zu empfehlen. Obgleich unsere Mitteilung, soweit der Triebische Verband in Frage kommt, durchaus sachlich gehalten war und ihre Tendenz dahin ging, die vermeintliche Beschränkung des Koalitionsrechts der Eisenbahner zu kennzeichnen, schüttet die Zeitung des genannten Verbandes eine Flut von Schmähungen gegen die Socialdemokratie und deren Organe aus, und empfiehlt den Triebischen Verband als einen allezeit königstreuen, patriotischen und für das „wahre Wohl“ der Arbeiter bedacht Organisation. Daß dieser Verband mit der Socialdemokratie oder überhaupt mit der modernen Arbeiterbewegung auch nicht das mindeste zu thun hat und deshalb auch bisher von den Eisenbahnbehörden geduldet wurde, ist allgemein bekannt. Wenn das Verbandsorgan diese Thatsache gerade jetzt so offensiv hervor-

hebt, so kann das nur geschehen in der Absicht, sich bei den Behörden in empfehlende Erinnerung zu bringen, und sich von diesen als Instrument gegen die Bestrebungen der Klassenbewachten Eisenbahner benutzen zu lassen. Es scheint hiernach begreiflich, daß die Eisenbahn-Behörden keine Ursache haben, eine solche Organisation zu unterstützen.

Die Lohnbewegung der Zwickauer Brauerei-Arbeiter hat mit dem Abschluß eines zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbarten neuen Tarifs ihren Abschluß gefunden, der für die Arbeiter als vorteilhaft bezeichnet werden kann. Der Tarif gilt vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1906.

Tischler werden vor Juzug nach Ausburg gewarnt. Dort sind Differenzen ausgebrochen, weil die Innungsmeister die Arbeitszeit verlängern und noch andre Verschlechterungen einführen wollen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter hat durch Abstimmung die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt. Für die Einführung stimmten 12 502, gegen dieselbe 12 888 Mitglieder, so daß sich für die Ablehnung nur eine Mehrheit von 376 Stimmen ergiebt.

Ausland.

Aus Holland. Der Dodarbeiter-Streit in Amsterdam ist durch einen Schiedsspruch der Arbeitskammer für das Transportgewerbe bedingungslos zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Es handelte sich bei diesem Streit nicht um Lohnforderungen, sondern lediglich darum, durch Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitsteilung den Dodarbeitern, die immer nur nach Bedarf beschäftigt und nicht fest angestellt werden, die bisherige Arbeitsgelegenheit zu sichern. — Der Blei- und Zinkarbeiter-Streit in Amsterdam dauert fort. Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, auf einen Minimallohn von 28 Cent einzugehen, die Arbeiter aber halten an ihrer Forderung von 25 Cent Stundenlohn fest. Da die Zahl der Meister, die diese Forderung anerkannt haben, im Wachsen begriffen ist, kann man erwarten, daß der Streit einen günstigen Ausgang nimmt. — Die Tapezierer und Dekorateur in Amsterdam haben ihren Arbeitgebern Forderungen auf Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingereicht, die sie bis zum 1. Januar durchgeführt haben wollen. — Die Neutrale Kattunarbeiter-Vereinigung“ hat kürzlich zu Ungehode einen Songreß abgehalten, auf dem über Verschmelzung mit dem Allgemeinen Niederländischen Legitimations-Verband“ beraten wurde. Es kam jedoch nicht dazu, weil man die Zeit noch nicht für gekommen erachtete.

Eine internationale Seemannskonferenz

fand am 1. und 2. Dezember in London statt. Anwesend waren 16 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Holland, Schweden und Dänemark. Amerika, Australien und Oesterreich hatten schließlich ihre internationale Solidarität bekundet. Ferner nahmen an der Konferenz teil: Tom Chambers und Dr. Bell vom Generalrat des internationalen Transportarbeiter-Verbandes, sowie ein Vertreter des englischen Dodarbeiter-Verbandes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie fördern wir die Agitation und durch diese die Organisation der seemannischen Arbeiter aller Charen und aller Länder?“ referierte Paul Müller (Deutschland). In einer längeren vom Referenten der Konferenz unterbreiteten Resolution wird zunächst die Herausgabe eines einheitlichen internationalen Manifestes an die Seeleute in allen Landesprachen, mit Ausnahme der chinesischen und indischen, empfohlen. Weiter wird allen Hafenorten, wo es möglich, die zeitweilige Abhaltung von internationalen Seemanns-Meetings empfohlen. Gegenseitige Unterhütung bei statistischen Erhebungen, der Austausch der Fachliteratur, sowie die Einsetzung eines internationalen Aktionskomitees wird ebenfalls dringend empfohlen. Außerdem werden die Organisationen aufgefordert, ihre finanziellen Verhältnisse durch Festsetzung eines entsprechenden Vertrages zu regeln. Die Unterstützung der verwandten Verufe bei der Agitation soll nachgesucht werden. Endlich wird die internationale Föderation für eine dringende Notwendigkeit erklärt.

Die Diskussion über das Referat und die Resolution war eine sehr rege. Während Lindley (Schweden) die genannte Berufsorganisation der Seeleute, das internationale Manifest und internationale Meetings bekämpfte, traten familiäre englische Delegierte mit Wilson an der Spitze, sowie Petersen (Dänemark) und Mac (Frankreich) entschieden für die Müllerschen Vorschläge ein, die denn auch einstimmig angenommen wurden. Auf Vorschlag von Müller und Wilson wurde noch beschlossen, das Manifest im April 1903 erscheinen zu lassen. In das Aktionskomitee wurden P. Müller (Deutschland), J. H. Wilson (England) und Chr. Petersen (Dänemark) bestimmt. Auf Antrag Wilson wurde weiter noch beschlossen, daß fortan jeder organisierte Seemann, einerlei welcher Nation und welcher nationalen Organisation er angehöre, seine Beiträge bei allen bestehenden seemannischen Organisationen der Welt entrichten könne, unter der Voraussetzung, daß der gezahlte Beitrag an die resp. Organisation abgeführt wird. Hilfe und Beistand sollen die Seeleute bei allen Nationen beanspruchen können.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautet: „Wie fördern wir den Schutz für Leben und Gesundheit der seemannischen Arbeiter aller Länder, sei es durch eigene Kraft, sei es durch die parlamentarische, gesetzgebende Aktion?“ Der Referent Wilson (England) vertrat die bekannten, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Seeleute aufgestellten Forderungen und forderte deren gesetzliche Anerkennung. — Paul Müller (Deutschland) trat für die Aneignahme an der parlamentarischen und politischen Aktion ein. Als Vertreter der seemannischen Arbeiterinteressen in den Parlamenten könnten allerdings nur die socialistischen Abgeordneten betrachtet werden. Er beantragte, die auf dem Pariser Socialistensongreß aufgestellten Forderungen zum Schutze der seemannischen Arbeiter zu wiederholen und abermals in geeigneter Form einen Appell an die socialistischen Arbeitervertreter aller Staaten zu richten, im Sinne dieser Forderungen mit entsprechenden Vorklagen in den Parlamenten vorzugehen. Außerdem beantragt Müller, ein Memorandum an alle Regierungen zu richten, mit der Aufforderung, eine internationale Konferenz unter Teilnahme von Vertretern der Seeleute und Redner zu arrangieren, wo der Versuch unternommen werden soll, eine Basis für die internationale Durchführung der von den Seeleuten aufgestellten Forderungen zu schaffen. Er macht weiter längere Einwendungen gegen die gesetzliche Festlegung einer Minimallohn auf internationaler Basis. Er führt dafür die Verschiedenartigkeit der Lebenslage und Lebensweise der seemannischen Arbeiter in den verschiedenen Ländern an, dringt aber mit dieser seiner Auffassung nicht durch, obwohl Lindley-Schweden sie verteidigt, nachdem Wilson-England sie bekämpft hatte.

Wilson-England forderte noch besondere Vertretung der Seeleute in den Parlamenten, weil nur vereinzelte Abgeordnete die Verhältnisse in der Schifffahrt und im seemannischen Leben kennen. Diese Auffassung wird von Müller-Deutschland und Lindley-Schweden bekämpft. Beide erblicken in einem Socialisten, einerlei, welchen Verufe er auch hat, einen Vertreter der allgemeinen Arbeiterinteressen.

Schließlich wurde eine im Sinne der Ausführungen Müllers gehaltene Resolution einstimmig angenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Stellung der Seeleute zu den Trust- und Kartellbildungen im internationalen Schifffahrtsverkehr. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, welche ausdriickt, daß gegenüber den Unternehmer-Vereinigungen eine starke Organisation der Seeleute notwendig sei und daß deshalb den Seeleuten aller Nationen das unbeschränkte Koalitionsrecht eingeräumt werden müsse.

Die nächste internationale Konferenz soll im August '03 in Amsterdam abgehalten, und zu derselben besonders Amerika und Australien herangezogen werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Theater.
Mittwoch, 17. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Die Einführung aus dem Gefängnis.
Schauspielhaus. Das dunkle Thor.
Neues Opern-Theater. Die Glocke vom Hohenstein.
Deutsches. Donna Anna.
Verliner. Ill-Deibelberg.
Nachmittags 3 Uhr: Der Struwwelpeter.
König. Madame Sans-Gêne.
Central. Madame Sherry.
Neues. Lebige Leute.
Weißens. Seine Kammerzofe. (Nolly Rozier).
Westen. Don Juan.
Nachmittags 3 Uhr: Hildebrand.
Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassio Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Ballner-Theater).
Sappho.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater).
Welfe. Alliance-Theater. Die Schroederischen.
Carl Weisk. Anton's Erben.
Luise. Stadtrompeter.
Casino. Berlin N. - Berlin W.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Ruffis Hochzeit.
Buntes Theater. Konz. - Die Tänzer. - Übergläubig. - Er und Sie.
Kleines. Erdgeist.
Palast. Der Dorfbarbie. Spezialitäten.
Trianon. Die Liebeshaudel.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Fixsterne und Weltnebel.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 105.
Das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweiße Negerin!!
Kasperle-Theater.
Illusion. - Lebende Bilder.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.
Anfang: Wochentags 8, Sonntags 3 Uhr.
Das Elite-Weihnachts-Fest-Programm.
Liane Leischner
in ihrem Repertoire.
Bajerri als Beethoven
sensationale musikalische Recitationen.
Kinematograph:
Krupps Leichenzug.
14 erstklassige Nummern.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage:
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)
Schwank in drei Akten von Villand und Hennequin.

Belle-Alliance-Theater.
Gastspiel d. Münchener Ensemble
Heute und folgende Tage
abends 8 Uhr:
Die Schröderischen.
Bürgerliches Volksstück in 3 Akten von H. Schrotenbach.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr. Zum erstenmal:
Erdgeist.
Eine Tragödie in 4 Akten von Frank Wedekind.
Morgen: Erdgeist.

Casino-Theater.
Lehringer Straße 37.
Ganz neue Spezialitäten.
Kurzes Gastspiel Corradini,
Jørgensen, Mimiker etc.
Berlin N. - Berlin W.
8 Uhr: **Stille Nacht.**

Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Das Riesen-Dezember-Programm.
8 1/2 Uhr: **Der Dorfbarbie**
Oper-Parodie mit Gesang u. Tanz von Gumbert.
Folgende Nummern sind gänzlich neu: Soeurs Blanche, Opium, Reliance, Charles Merino, Champion Equilibrist, Ylang You, Japanischer Gaufler, Mr. Montani, Dressurakt, Aniola Koncewicz, Soubr-Dina, Schwestern Montani, Doppel-Drahtseil, Miss Nobula, mysteriöser Nidjat.
Das Theater ist durchaus geholt und mäßig warm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Cirkus Schumann
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Das vorzügliche Programm.
12 Nummern d. Repertoires.
Jeden Abend 9 1/2 Uhr
stürmisch. Beifall d. grösst. Sensation

Looping the Loop
sowie die unerreicht dastehende beliebteste Pantomime:
Die lustigen Heidelberger.

Wintergarten
Kolossaler Erfolg:
Geschwister Andersen, Fuss-Equilibristinnen, Vortrags-Soubrette, Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch. Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische Gesangs- und Tanz-Szenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Perzina's dressierte Affen.
Mason und Forbes, Excentrics.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bicycle-Rennen.
Eugenie Fougere, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Barthe.
Pariser Luft, Ballett-Divertissement.
„Biograph“.

Metropol-Theater.
Die zwölf Frauen des Japhet.
Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallieres. Lieder und Text von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi, Henry Bender, Hermann Haak.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci
Jed. Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Ganz neu:
Unterm Weihnachtshaum.
Charakterbild mit Gesang. Der Bildeverkauf für die Feiertage hat begonnen.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
Dress. Elefanten, Zebras u. Strausse.
Neue Debuts.

Steidl-Theater
Dramen- u. Opern-Theater
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Gintre 50 Pf.
Steidl-Sänger.
(Fritz Steidl, Schauerl, Müller, Lipart, Reising, Wohling, Corvinus, Haas und Munkel.)
Neu: Am Weihnachtsabend.
Lebensbild von Fritz Steidl.
Gintre 50 Pf. (Bordel. 16 Pf.) bei Rühle, Friedrichstr. 115.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Dornenweg.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Donnerstag: Letzte Wochenlgs-Vorstellung vor Weihnachten: Der Goldbauer.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageshalle 11-1 1/2 Uhr.
(Wespe, Petro, Britton, Wang, Seibel, Arone, Bohme, Bode, Mann, Schlichter etc.)

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variete
Konnenndantenstraße 77/79.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante **Dezember-Programm.**
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: **TANZ.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Sappho.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Freitagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelm-Städtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Renaissance.**
Freitagabend 8 Uhr:
Renaissance.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle Chausseestr. 103.
Neben Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sänger.
Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.
Stets wechselndes Programm.
Anf. 8 Uhr. Dons gelten. Eintritt 30 Pf.
Jeden Donnerstag: **Bergter-Konzert** und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**
8 große und kleine Säle unter coulantem Bedingungen zu vergeben. 5602*

Krug zum grünen Kranze.
Im Grand Hotel am Alexanderplatz.
Tägl. humoristisches Künstler-Konzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeister Lübcke.
Sehenswürdigkeit der Residenz.
Vorzüglicher Frühstücks- u. Mittagstisch zu billigen Preisen.
Entree frei! [55792*] Entree frei!

Charivari-Theater
Alte Jakobstr. 37
(Telephon Amt IV. Nr. 7687).
Großer Saal mit Bühne für Vereinsehrlichkeiten, Kommerzien- und Versammlungen noch frei. Vereinszimmer für 30-60 Personen. [10495]

Vorwärts-Buchhandlung
69 Lindenstrasse 69.
Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir als

Weihnachts-Geschenke
unser reichhaltiges Lager in
Bilderbüchern, Jugendschriften, Märchenbüchern, Gedichtsammlungen, illustrierten und nichtillustrierten Klassiker-Ausgaben, naturwissenschaftlichen und Geschichts-Werken.
Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die reichhaltige Auswahl unserer
im Preise bedeutend herabgesetzten Werke aus allen Wissensgebieten, die, in ihrer tadellosen Ausstattung, ein selten günstiges Kaufobjekt bilden.
Special-Weihnachts-Verzeichnisse
auf Wunsch gratis und franco.
Bilderbücher im Preise von 10 Pf. bis 5 M.
Märchenbücher für Kinder von 6-8 Jahr. 25 Pf. bis 6 M.
Märchenbücher und kleine Erzählungen für Kinder von 8-12 Jahren 50 Pf. bis 5 M.
Erzählungen für die reifere Jugend 25 Pf. bis 10 M.
Vereinen zur Weihnachtsbescherung empfehlen wir die im Gewerkschaftshaus ausgestellt gewesenen **Jugendschriften etc.**

Arkonabad Lohtannin-Bäder.
34, Anklamerstr. 34 (Schräger der Zionikirche).
Wannen u. medizinische Bäder (sowie russisch-römische u. vorzügliche Kalkbäder (Kohlensäure) mit Einpackung, Massage etc. Annahme ärztlicher Verordnungen für Bäder der Ord., Sanungs-, Jadril- und freien Hilfs-Krankenkassen Berlins und Umgegend. **Neu renoviert!**

Seidenstoffe
Mein diesjähriger Weihnachtsverkauf bietet ganz ungewöhnliche Vorteile. Viele hundert prachtvolle Reste von 10-15 Meter von schwarzen Damasten und glatten Seidenstoffen halt für die Hälfte.
Ueber 300 hübsche, weiche Brautroben, glatte und Damast-Reste, bis 20 Meter, bedeutend unter Preis.
Hübsche Seidenstoffe zu Roben und Blusen, um damit zu räumen, tausend billig.
Der Weihnachtsverkauf erfolgt ausschließlich im Engros-Wustlager
Jerusalemstr. 14, 1. Etz. Leipzigerstrasse. (Rein Laden.)
Seiden-Mayer.
Unbestritten die beste und billigste Bezugsquelle für Seidenstoffe. Fabriklager von schwarzen und grauen wollenen Kleiderstoffen. 2L*
Sonntag geöffnet.

Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Mittwoch:
Militär-Konzert
3. Garde-Regim. zu Fuß (Herr Goerisch.)

Königstadt-Casino.
Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Auf. Sonntag 8, Sonntag 6 Uhr.

Total-Ausverkauf
guter Kleiderstoffe, Blusen u. Röcke w. vollst. Geschäftsauflös. **stauend billig.** [482*]
Laden-Einrichtung, elektrische Bogenlampen u. andres billig zu verkaufen.
Alwin Körner vorm. Gehr. Körner, Münzstrasse 7.

Nur für 50122*
Händler u. Wiederverkäufer!
Christbaum schmück. Dbd. von Lametta, 100 Couverts 2,50 R.
Aufhalter, 100 Bad 75 Pf.
Weihnachts-Postkarten 100 Stück von 10 Pf. an.
Jahreszahl-Postkarten 100 Stück von 60 Pf. an.
Abreiskalender mit PatentMot c 15 und 5 Pf.
Suchkalender u. Bilderbücher in größter Auswahl zu billigen Preisen.
L. Cohn, 42. Grenadierstr. 42, im Laden.

Konkursmassen-Ausverkauf
Winterfeldtstrasse 7.
Nur noch wenige Tage!
Paletots, Joppen, Anzüge, Hosen für Herren und Knaben.
Schlafrocke, Mäntel, sämtliche Arbeitsachen.
Die Ges- und Ledereinrichtung ist zu verkaufen. Der Laden zu vermieten. 42L*

Seidenstoffe
Weltbekannt
ist unsere 59681*
Schwarze
Reinseidene Robe
in glatt und gemusstert.
10 Meter Mark 25,00.
Seidenhaus
Pauldrach & Ott,
I. Geschäft: Oranienstr. 153,
II. Rosenhainstr. 20-21.
Man verlange Proben.

Die 59182*
schönsten Herren
Paletots, Anzüge, Joppen in neu, sowie speziell
Wionatsgarderobe
von Kavaliereu zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl stets zu haumend billigen Preisen zu haben.

J. Wand,
nur Prinzenstrasse 17,
an der Wasserhorstrasse.
Bitte auf Hausnummer zu achten!
Brillanten
als Spezialität empfiehlt zu außer-gewöhnlich billigen Preisen Max Brinner vorm. Otto Robain, Jerusalemstr. 42. 59082*
Gegründet 1863.
Der Ruf der Firma bürgt für strengste Realität.
Ringe, maß. Gold, m. 1 Brill. n. 8 R. an
Ohrringe, 2 16
Broche, 1 18
Shipssad. 1 14
ufo. bis zum feinsten Genre.
Vorteilhafte Gelegenheitskäufe!



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Vorzugs-Preise

soweit der Vorrath
reicht.

Spielwaaren

- Lenkbares Luftschiff 45 Pf.
- Clown m. Ball mechanisch beweglich . 45 Pf.
- „Sissa“ orientalisches Räthelspiel 38 Pf.
- Puppensportwagen, Eisen 95 Pf.
- Feuerwehr-Löschzug, 4 Wagen, mech. beweglich 2,95 M.
- Phonograph in Holzkasten mit grossem Aluminium-Trichter 10,00 M.
- Phonographen-Walzen Meisterrolinger Record 1,00 M.
- „Imperator“ Musikwerk mit auswechselb. Notenplatte 20 Pfg. 6,50 M.
- „Orginal“ Musikwerk mechanisch spielend 10,00 M.
Notenplatte 20 Pfg.
- Weihnachtsbaum-Ständer mit Musik 2 Stücke spielend 19,00 M.
- Kinderschulpult, verstellbar 14,00 M.

Herren-Artikel

- Kragen, Leinen, 4fach 5 u. 6 1/2 cm hoch, Dtz. 3,60 M.
- Manschetten, Leinen 4 fach, Paar 2 Knopf, 65, 50 Pf.
- Oberhemden, Leinen-Einsatz mit dopp. Seitenthellen 3,00, 4,25, 5,75 M.
- Oberhemden, farbig, Prima Percal 2,50, 3,90 M.
- Ein Posten Scarfs, reine Seide 90 Pf.
- Kragenschoner neueste Dessins m. Steppfutter 1,45 85, 70 Pf.
- Kragenschoner, weiss Moiré, doppelseitig 85 Pf.

Bücher

- Moderne Kunst, gebunden, statt 18,00 nur 9,00 M.
- Theden, Auf der Höhe, Pracht-Gedichtsammlung, statt 18,00 nur 7,50 M.
- Auerbach's Volksbücher, 8 Bände, geb. statt 12,00 nur 3,90 M.
- Bismarck-Denkwürdigkeiten von Dr. Liman, statt 3,50 nur 60 Pf.
- Gumpert, Herzblättchens Zeitvertreib, frühere Bände, statt 6,00 nur 2,25 M.
- Gumpert, Töchteralbum, frühere Bände, statt 7,50 nur 3,00 M.
- Pensions-Geschichten } jeder Band 2,25 M.
In weiten Zonen } statt 5,00 nur

Handschuhe

Als Weihnachtsgabe besonders geeignet!

- 3 Paar Damen-Glacé Farben und Grössen nach Wahl Mk. 2,50 3,90 4,75 5,50, Ziegenleder 7,25 8,50
- Ein Posten Herren- und Damen-Glacé mit Futter 1,35 M.

Regenschirme

- Damen-Schirm m. Nickel- & Metall-Griff 2,75 M.
- Damen-Schirm Halbbeide, Eleganter Griff 4,50 M.
- Herren-Schirm Prima Halbbeide m. Silbergriff 8,25 M.
- Herren-Schirm Reine Seide m. Silbergriff 10,95 M.

Grosses Lager

in Brillant-, Opal-, Türkis-, Simili-, Korallen- und Granat-Schmucks.

Goldene Ketten nach Gewicht und billigster Fagonberechnung.
Dukaten-Trauringe in jedem Gewicht am Lager. 5936L*

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier. Oranienstr. 206

Gold- u. Silberwaren-Fabrik.

Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur. Telephon: Amt IV No. 6549.

Uhren-Grosshandlung. Glashütter-Uhren.

Grösstes Lager in goldenen und silbernen Uhren.

Goldene Damen-Uhren Mk. 15,75 an.
Silberne Herren-Uhren mit Kette Mk. 10.
Goldene Herren-Uhren Mk. 30 an.

D. Doberstein's Festsäle

Prinzenstr. 94 und Wasserthorstr. 68
sind noch am Sonnabend im März, April etc. zu Vereins-Festlichkeiten und an andern Tagen zu Versammlungen zu vergeben. Bestellungen erbitte Prinzenstr. 94 abends von 8 Uhr ab.
D. Doberstein.

Weihnachts-Anverkauf!
Puppenwagen
Kinderwagen
Sportwagen
aufserordentlich billig!
Max Brinner, Jerusalemerstr. 42.

Für Maurer und Zimmerer!
Maurermeister giebt Unterricht im baulichen Zeichnen etc. Specialität: Ausbildung zum Polier. Dauer ca. 2-3 Monate. Honorar monatlich 20 M. Unterricht allabendlich und Sonntagvormittags.
C. Karras, Maurermeister, Scuffelstr. 71, II. 0445

Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inh.: Albert Mörner. 5876L*

Neues Konzert-Repertoire

des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einödshofer.
Heute: Populäres Konzert. Anfang 8 Uhr.
Entree 20 Pf.

Im Februar und März 1903 ist der grosse Konzertsaal an einigen Tagen der Woche für Privatfestlichkeiten und Versammlungen zu haben.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine!

Durch Hinzunahme weiterer Räume habe ich meine Säle bedeutend vergrößert. Die selben fassen jetzt:
Saal I. (mit Bühne) ca. 700 Personen
" II. " 300
" III. " 100

Ich empfehle sie zu Versammlungen wie Festlichkeiten jeder Art, ebenso stehen Vereinszimmer verschiedener Größe für Vorstands- und Kommissions-Sitzungen jeder Zeit zur Verfügung.
11. Lager- und Versandbüro a. Glas 10 Pf. Weissbier, gr. 20, kl. 10 Pf. Speisen und sonstige Getränke in bester Qualität zu soliden Preisen.
Garderobe bei Festlichkeiten nur 10 Pf.

Um geneigten Zuspruch bittet
Robert Voigt, Ritterstr. 75.
Restaurateur. 58812*

G. R. Zöffel

en détail Schirmfabrik en gros
BERLIN

Gegründet 1873. Tel.: Amt VIIa, 8040.

- 1.: NO., Gr. Frankfurterstr. 106. Schirme, Stöcke sowie Herren-Artikel, Hüte, Handschuhe.
- 2.: NO., Landsbergerstr. 83. Schirme. — Stöcke.
- 3.: O., Grüner Weg 39, Schirme. — Stöcke.
- 4.: C., Gertraudenstr. 10/12. Schirme. — Stöcke. 5992L*



Anker-Brikets

Hinaus in die Ferne!

Ist die Lösung für viele Menschen, sobald es ihre Zeit erlaubt. Ein Ausflug, ebenso der Besuch eines Theaters gewinnen aber erst an Interesse, wenn man sich dabei eines guten Fernglases bedienen kann. Hervorragend schöne und praktische Modelle, mit nur scharfen Gläsern, bietet in selten großer Auswahl zu billigsten Preisen das altbekannte Institut für Präzisions-Optik von
Carl Buttendorff,

in Firma Ernst Rieck, Berlin N., Weinbergsweg 15 b, v. Rosenhaler Thor.

- Theatergläser: mit schwarz. Körper, nur scharfe Gläser, von Mk. 4,50 an.
- do. m. Perlmutter-Körper, v. Mk. 7,50 an.
- Triumph: Reife-Glas mit Glas und Riemen Mk. 8,00
- Merkur: wie nebenstehende Abbildung mit 8 Gläsern, Kompak und Glas mit 2 Riemen Mk. 12,00
- Monopol: sehr scharf Mk. 12,00
- Rapid: große Lichtstärke Mk. 16,00
- Reife: Theater. Extra scharf. Nr. I. 18,00. Nr. II. 22,00. Nr. III. 28,00.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 15b achten.

Die Antwort der Bestie.

Ueberaus zahlreich laufen noch aus allen Orten die Nachrichten über Protestversammlungen ein. Wir können in Anbetracht der ungeheuren Zahl dieser Versammlungen nur in gedrängter Kürze über den Empörungszustand des werktätigen Volkes berichten.

Zornigen Protest gegen die agrarischen Kländer haben am Sonntag die Arbeiter in Seltan, Marwitz und Hennigsdorf in je einer Versammlung eingelegt. Die Versammlungen waren von 600, bezw. 300, bezw. 150 Personen besucht; es referierte in Seltan und Marwitz Genosse Dr. Liebmacht, in Hennigsdorf Genosse Rieger. Der letzte Gewalttät der Volksverräter in der Sonntagnacht rief bei den Versammelten stürmische Entrüstung hervor. In einer Resolution gelobten die Versammelten, bei der nächsten Reichstagswahl Beteiligung zu leisten.

Am Sonntag, den 14. Dezember, tagten zwei gut besuchte Volksversammlungen in Alt-Rauß und Fricenwalde a. Ober. Genosse Koste-Berlin referierte über den Umsturz im Reichstag. Derselbe fand drastische Worte, um die Gewaltstreich der Mehrheitsparteien im Reichstag zu kritisieren; nicht endenwollender Beifall lohnte den Referenten am Schluß seiner Ausführungen. In beiden Versammlungen wurde die bekannte Berliner Resolution einstimmig angenommen.

In Stolpe a. d. Nordbahn fand am Sonntag ebenfalls eine Volksversammlung statt, die sich zu einer Protestversammlung gegen den Staatsstreik im Reichstag gestaltete. Genossin Emma Jhrer entwarf in fesselnder Weise ein Bild über Hölle im allgemeinen und diese Vorlage im besonderen. Scharf gezielte die Referentin das Verhalten der Mehrheitsparteien. Der reiche Beifall am Schluß bewies die Zustimmung der Versammelten.

In Forth, Frankfurt a. O., Fürstenwalde und Kirchhain demonstrierten glänzend besuchte Massenversammlungen gegen den schmachvollen Jollbezug. Sie zeigten zugleich, daß Wilhelm II. irrt, wenn er glaubt, die deutschen Arbeiter würden jemals zu bewegen sein, der Socialdemokratie den Rücken zu kehren. Die Vorgänge der letzten Zeit haben, das beweisen die massenhaft besuchten Versammlungen deutlich, den Gedanken des Socialismus nur noch tiefer in die Herzen des arbeitenden Volkes geprägt und Tausende neue Kämpfer der Socialdemokratie zugeführt.

Auch im Dorado der Junker selbst regte sich die Entrüstung der ausgepöbelten Massen. In Roggitz und Tüschitz nahmen überfüllte Versammlungen einstimmig die Protestresolution an. In Tüschitz sprach vor 1000 Personen — die größte Versammlung, die Tüschitz bisher erlebt — der socialdemokratische Großgrundbesitzer Hofert mit feurigen Worten gegen die Brutalitäten der Junker und Junkerengenossen.

Wilhelmshaven. Eine von über 2000 Personen besuchte Versammlung nahm nach Referaten von Schulz, Bremen, Hug und Duden-Bant einstimmig eine Protestresolution an. Es herrschte große Begeisterung für die nächsten Wahlen.

Sier imposante Volksversammlungen fanden in Hannover statt. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Auch die in Ebersfeld und Barmen stattgefundenen Protestkundgebungen gegen den Umsturz im Reichstag waren außerordentlich zahlreich besucht und von der feurigsten Kampfesstimmung befeuert.

In Witten fand eine von 500 Personen (viele mußten wieder umkehren, weil der Saal zu klein war), besuchte Protestversammlung statt, mit dem Thema: „Der Umsturz im Reichstage“. Das Referat hielt Genosse Fr. Kahl-Dortmund. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen.

In zwei stark besuchten Volksversammlungen protestierte am gestrigen Sonntag die Arbeiterschaft in Weimar und Apolda gegen die bekannten Vorgänge im Reichstage, sowie gegen die der Socialdemokratie entgegengekehrten Angriffe. Die Versammlungen nahmen einstimmig die bekannte Berliner Resolution an.

Gera. Eine Volksversammlung, wie sie Gera seit der Reichstags-Versammlung im Jahre 1884 nicht wieder erlebt hat, fand gestern statt. Der große Saal, Speisesaal und Galerie, alles war überfüllt und Hunderte von Personen mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz fanden, um sich dem flammenden Protest gegen den Umsturz im Reichstage anzuschließen. Das war eine Massen-Versammlung, ein spontaner Ausbruch der Entrüstung über die Vergeßlichkeit der socialdemokratischen Volksvertreter im Reichstage, zugleich aber auch ein impulsiver Ausbruch der Entrüstung über das brotverheerische Attentat auf die Volkswohlfahrt.

Auch die in Svidwan, Grimmisshan und Werbau abgehaltenen Protestversammlungen waren überfüllt und wichtige Brandmarkungen der Sünden des Protowucher- und Scharfmacherklingels.

Tegau. Eine starkbesuchte Protestversammlung, zu der sich auch eine große Zahl ländlicher Bewohner eingefunden hatte, fand in der Vörsenhalle statt, um Stellung zu den Vorgängen im Reichstage zu nehmen. Als ein Diskussionsredner die Bemerkung machte, daß kein Wähler bei der zukünftigen Wahl den Volksvertretern seine Stimme geben dürfte, forderte der die Versammlung überwachende Stadtschreiber den Redner auf, zur Tagesordnung zu sprechen, und als ihm der Vorsitzende der Versammlung erwiderte, daß der Redner zur Tagesordnung spräche, löste er die Versammlung auf. Schon den Referenten, Genossen Seger-Leipzig, rief er einmal zur Ordnung, als er das Verhalten des Centrumsabgeordneten Spahn im Reichstage kritisierte. Offenbar hat der Herr Stadtschreiber, ein noch ziemlich junger Mann, nicht die nötigen Kenntnisse über die Verhältnisse eines Versammlungs-Neberwachenenden.

Düsseldorf. Eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Umsturz im Reichstage“ fand Montag statt. Grimpe-Ebersfeld referierte. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Viele mußten umkehren. Die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen. Rund 120 neue Mitglieder für den socialdemokratischen Verein und eine Anzahl Abonnenten für die „Volkzeitung“ waren der Erfolg.

Aus dem Wahlkreisort Zell in Baden ging dem Genossen Ged folgende Erklärung zu: „Der socialdemokratische Verein in Zell i. B. erklärt sich mit der Haltung der Reichstags-Fraktion im Kampfe gegen den Jollstark vollständig einverstanden. Wünschen, daß unsre Abgeordneten in diesem Sinne weiter kämpfen, bis der Jollstark seine wohlverdiente Ruhe bekommt. Zum Dank für die aufopfernde Thätigkeit dieses Löwenkampfes verpflichten sich die Parteigenossen von Zell, recht kräftig in die Agitation für die nächsten Reichstagswahlen einzutreten.“

Eine imposante Protestversammlung gegen die Schandthaten der Volkswucherer fand am Freitag in Freiburg statt. Rabe 800 Personen hatten sich zu dem eindringlichen Referat unfers Parteigenossen Koll-Karlruhe eingefunden, viele mußten wieder umkehren, weil kein Platz mehr zu finden war. Die Versammlung war ein schlagender Beweis dafür, daß auch in Freiburg unfre Partei, trotz Kaiserreden und Krupphege, nichts verliert, wohl aber viel gewonnen hat.

Sociales.

Beirat für Arbeiterstatistik.

Am 13. Dezember d. J. fand im Kaiserlichen Statistischen Amt eine Sitzung des Beirats für Arbeiterstatistik statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Die Erhebung betreffend die Arbeitszeit in Comptoren. Bericht des Ausschusses; 2. die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abteilung für Arbeiterstatistik. Bericht des Ausschusses; und 3. geschäftliche Mitteilungen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden nach dem Vortrag des Referenten, Geheimen Rats Dr. Fischer, die von dem Ausschuss

für die Comptoirerhebung vorgeschlagenen Fragebogen, welche an die Verbände und Vereine der Kaufleute und Handlungsgehilfen sowie der Packer, Hausdiener usw. und an die Handelskammern verandt werden sollen, nach längerer Debatte mit einigen redaktionellen Veränderungen vom Beirat angenommen. Bezüglich der Auswahl der zu befragenden Verbände wurde beschlossen, in der Weise zu verfahren, daß zunächst eine beschränkte Anzahl von Verbänden vorgeschrieben werden soll, alle ihnen bekannten Verbände und Vereine zu bezeichnen und daß dann aus diesem Material seitens des kaiserlichen Statistischen Amtes mit Hinzuziehung des Referenten des Beirats eine Auswahl getroffen werden soll. Bezüglich der Handelskammern war der Beirat der Ansicht, daß zunächst alle Handelskammern zur Neuerung aufgefordert werden sollen.

Zum 2. Punkt berichtete Geheimner Regierungsrat Reimann über die Beratungen des Ausschusses für die herauszugebende Zeitschrift. Es schloß sich daran eine eingehende Erörterung über die Beteiligung der Naturalverpflegungs-Stationen und der gewerblichen Stellenvermittler sowie auch der Gewerbe-Aufsichtsbeamten an der geplanten Arbeitsmarktstatistik und sodann eine längere Debatte über die Methoden der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt an.

Zum letzten Punkte der Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß von dem Reichsanzler dem kaiserlichen Statistischen Amt die Resolution des Bundesrats zur Erledigung überwiesen sei, nach welcher dem kaiserlichen Statistischen Amt die Zusammenstellung des Materials bezüglich der Frage der Arbeitslosen-Versicherung übertragen werden soll. Zur Beratung darüber, in welcher Art bei dieser Zusammenstellung vorzugehen sei und zur Feststellung der Gesichtspunkte, nach welchen die Zusammenstellung des Materials zu erfolgen habe, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Ausschuss gewählt.

Die stehenden Lohnslaven. Die Arbeitsnachweisstelle der Landwirtschaftskammer für Ost- und Westpreußen unterhält einen eignen Detektivdienst, um die stehenden Lohnslaven, die unter Kontraktbruch davonlaufen, ihren Sklavenhaltern wieder zuzuführen. Nach dem Geschäftsbericht über diese eigentümliche Art von Arbeitsnachweisstätigkeit wurden im letzten Jahr durch die Nachweisstelle 121 Arbeiter wegen Kontraktbruch verfolgt, darunter 80, also 66% ausländische. Es wurden 6 bestraft, 7 in den Dienst zurückgeführt; in einigen Fällen verzichteten die Unternehmer auf weitere Verfolgung. Die Verfolgung der 80 Ausländer blieb resultatlos; sie waren nicht aufzufinden.

Es ist ein unheilvoller Zustand, daß die Arbeiter den Unternehmern so ohne weiteres davonlaufen können. Der Staat müßte verpflichtet werden, die Güter unserer Agrarier militärisch zu bewachen, damit dieses freie Davonlaufen endlich aufhöre.

Städtischer Arbeitsmarkt. Der Gemeinderat von Straßburg im Elsaß beschloß eine Reform des bestehenden städtischen Arbeitsnachweises und sah zu diesem Zweck unter anderem den Beschluß, sämtlichen Unternehmern städtischer Arbeiten die Verpflichtung aufzuerlegen, zum Zwecke der Reueinstellung von Arbeitern sich vorerst an die Arbeitsnachweisstelle zu wenden.

Aus der Frauenbewegung.

Rixdorf. In der Versammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Rixdorfs, welche am 8. Dezember bei Jädel, Walterstr. 27, tagte, sprach Herr Dr. Silberstein über: Einiges aus der Entwicklung der höheren Lebensweisen. Anhaltender Beifall lohnte dem Redner. An der Diskussion beteiligten sich Frau Jeeko und Frau Raensch.

Die Brandtische Millionen-Erbischaft vor Gericht.

Dritter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Dpiz wird in der Beweisaufnahme fortgefahren.

Lehrerin Marie Semler befragt die gestrige Behauptung des Grafen Douglas, daß sie, die sich auch für erberechtigt aus der Schwägerin Vintle hält, auf Wunsch der Brandtschen Erbschaft bezw. der Frau Brandt, bei dem Grafen Douglas wegen Jurisdiction der Klage wider Schönleucht und Brandt vermittelt habe. Bei diesen Verhandlungen habe Graf Douglas gesagt, daß er, wenn die Leute ruhig und verständlich sein würden, er viel eher im Auswärtigen Amt für ihre Angelegenheit etwas thun könne, als wenn sie solche unbegründeten Angriffe gegen ihn richteten. Er habe vor allen Dingen unbedingte Abbitte verlangt. — Der Angekl. Brandt erklärt dies für unwahr, die Zeugin bleibt aber dabei. — Auf eine Frage des H. A. Dr. Thiele befragt die Zeugin, daß sie auch in der Timmischen Angelegenheit eine Vermittlerrolle gespielt habe, das sei aber keineswegs im Auftrage des Grafen Douglas, sondern aus eigenem Antriebe geschehen, sie habe auch keineswegs den Timms 800 000 Thaler als Abfindung im Auftrage des Grafen Douglas geboten. Bei einer Unterredung sagte Brandt, ihm seien 10 Millionen Mark für die Erbschaftsangelegenheit geboten, er habe dies Angebot aber abgelehnt; darauf habe sie gesagt: wie kann man denn mit solcher großen Summe rechnen? Sie könnten zufrieden sein, wenn Sie 800 000 Thaler erhalten. — Angeklagter Brandt bestreitet diese Darstellung der Zeugin und hält dieselbe alle möglichen Momente vor, die die Zeugin aber sämtlich als unwichtig bezeichnet. Die Zeugin behauptet ferner, daß die verstorbene Frau des Angeklagten Brandt ihr einmal gedroht habe, daß sie meinediege gemacht werden würde, wenn sie mit ihren Klagen allein gegenüber anderen Ansagen stehen würde. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Simons verneint die Zeugin, daß sie für ihre Bemühungen in der Timmischen und Schönleuchtischen Angelegenheit vom Grafen Douglas Belohnungen erhalten habe. Der Angeklagte Betshe behauptet, daß die Zeugin

für ihre Thätigkeit 1000 M. erhalten

habe; die Zeugin bestreitet auch dies. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Schwandt erklärt Graf Douglas: Er habe seiner Zeit, noch ehe die Zeugin in der Brandtschen Angelegenheit thätig war, auf deren Ansuchen sich für sie verwendet und ihr eine Stelle in Rixdorf verschafft. Später habe er ihr einmal aus einer gewissen Verlegenheit herausgeholfen, indem er ihr durch seinen Sekretär ein kleines Darlehen gewährt ließ. Das sollte aber keineswegs eine Belohnung für die Thätigkeit des Fräulein Semler darstellen. Das Darlehen mochte etwa 1000 M. betragen. — Zeugin Semler betont, daß sie das Darlehen mit 4 Proz. verzinsle. — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dpiz: Aus den 1000 M. sind in der Prokläre gleich 100 000 M. geworden. Man sieht daraus, wie die Dinge entstellend werden, wie es gleich mißbraucht wird, wenn ein vielfacher Millionär, bei dem so etwas wahrscheinlich häufiger vorkommt, einem armen Fräulein seine Hilfe leiht.

Zeugin Frau Anna Timm geb. Brandt behauptet, daß Frä. Semler sie und ihren Ehemann bezogen habe, die Berufung gegen das vom Civilgericht in der Klage auf Herausgabe der Urkunden ergangene Erkenntnis zurückzunehmen. Sie habe ihnen gesagt, daß Graf Douglas ihnen dafür 800 000 Thaler geben würde. — Zeugin Semler bestreitet dies nochmals entschieden.

Zeuge Hypothekemakler König aus Alkersleben, gleichfalls ein Erbinteressent, ist in der Erbschaftsangelegenheit mehrfach nach Holland gereist und hat von dort einmal die gestern erwähnten beiden Urkunden, die später beim Justizrat Krüger deponiert wurden, mitgebracht. — Präsi.: Wer hat Ihnen denn die Urkunden gegeben? — Zeuge: Ein Beamter der Staats-Grundschuldamt. — Präsi.: Wie hieß denn der Beamte? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Er nannte sich, wenn ich nicht irre, van der Welde. — Präsi.: Ist Ihnen schon jemals vorgekommen, daß ein deutsches

Geriät jemand eine Urkunde in holländischer Sprache ausgestellt hat? Und hier sollte ein holländisches Gericht eine Urkunde in deutscher Sprache ausstellen. Wieso kam man überhaupt dazu, Ihnen auf dem Grundschuldamt Urkunden zu übergeben, die den Stempel eines Kantonalgerichts trugen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Was haben Sie denn für diese beiden für Sie so sehr wichtigen Urkunden bezahlt? Haben Sie überhaupt etwas dafür bezahlt? — Zeuge: Das weiß ich wirklich nicht. Ich glaube, ich habe wohl etwas bezahlt, ich weiß aber wirklich nicht was.

Auf weitere Vorhaltungen des Vorsitzenden und des Justizrats Dr. Krause giebt der Angeklagte eine höchst mystifizierte Antwort, wie er zu den beiden Urkunden gekommen. Er giebt an, daß er eines Tages in dem Hotel, wo er logierte, einen Kaufmann, dessen Namen er nicht wisse, kennen gelernt habe und mit diesem habe er eine

Unterhaltung über die Erbschaft

gepflogen. Der Kaufmann habe ihm dann einem Herrn vorgestellt, der sich als Beamter des Grundschuldamts bezeichnete, mit den Verhandlungen sehr vertraut thät und ihm versprach, ihm die erste, in holländischer Sprache abgefaßte Urkunde zu beschaffen. Der Mann, den er für einen Beamten halten mußte, habe ihm dann die erste Urkunde gebracht. Die zweite Urkunde in deutscher Sprache habe er später von demselben Mann, den er nicht weiter kenne, den er aber wieder in dem Hotelrestaurant traf, erhalten. Er habe demselben auch bei dem Gebäude des Grundschuldamts begleitet und dieser sei dort hineingegangen. — Justizrat Dr. Krause: Der Zeuge hat also die beiden Urkunden beidemal nicht im Grundschuldamt, sondern in einer Scheibe von einem Manne erhalten, den er nicht kenne und der ihm von einem unbekanntem Manne vorgestellt worden. — Präsi.: Herr Zeuge! Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Belundung den Verdacht erregt, daß Sie falsche Urkunden zu verbrecherischen Zwecken bezogen haben. Sie können auf Fragen, die Sie befragen, die Aussage verweigern, müssen sonst aber die reine Wahrheit sagen, damit Sie nicht meinediege werden. Wir werden jetzt Ihre Aussage protokollieren.

Aus der protokollierten Belundung des Zeugen König ist noch nachzutragen, daß der Beamte, der sich van der Welde oder van der Wehr nannte, gesagt habe: er wisse, daß Geld aus der Brandtschen Erbschaft nach Deutschland gekommen sei und könnte ihm darüber eine Urkunde beschaffen. Der Mann habe gesagt, er sei Beamter des Grootboel (Grootboel der Niederländische Verleichte Schuld). Er, Zeuge, habe das Anerbieten natürlich dankbar angenommen, da er vorher schon gehört hatte, daß Graf Douglas Geld bekommen haben solle. Die Urkunden sind auf echten

niederländischen Stempelbogen

gezeichnet, der Zeuge weiß aber auch nicht einmal, ob er Stempelbogen bezahlt hat. Er kann auch keine Auskunft darüber geben, wie es kommt, daß in der ersten Urkunde vom 16. November 1900 der dort bezeichnete Geldempfänger Douglas mit Vornamen als Heinrich bezeichnet ist. Was er bei der Deponierung der Urkunden dem Justizrat Krüger erklärt hat, will er nicht mehr wissen. Er habe eine Abschrift der Urkunden den beiden Angeklagten nicht zukommen lassen. Der Zeuge hat im „Anhaltischen Generalanzeiger“ vom 21. September 1902 eine Publikation betwirft, in welcher der Graf Douglas aufgefordert wurde, das Geld endlich herauszugeben. Er erklärt auf Befragen, daß die beiden Angeklagten von dieser Publikation nichts gewußt haben.

Polizei-Inspektor Veder, der nach der Beendigung der Protokollierung vernommen wird, sagt auf Befragen aus: Zeuge Breithaupt habe ihm eines Tages gesagt, jetzt sei eine Urkunde da, wonach Graf Douglas Geld erhalten habe. Ihn habe das sehr interessiert und er habe sich eine Abschrift der Urkunden geben lassen. Er sei damit nach Berlin gefahren und habe diese Abschrift dem Grafen Douglas gezeigt. Dieser habe sofort gesagt, daß die Urkunde Schwindel sei, da sie den Vornamen Heinrich trug und erklärt, er werde die Schwindler verfolgen. Als dann der Zeuge König einmal nach Alkersleben gekommen sei, habe er ihm mitgeteilt, daß die Echtheit der Urkunde sehr zweifelhaft sei, König habe aber gesagt: Die Urkunde sei ein amtliches Schriftstück, und er stehe dafür ein, er würde auch auf Grund der Urkunde sofort gegen den Grafen Douglas vorgehen. — Die Rechtsanwalte Simons und Dr. Schwandt suchen durch Befragen des Zeugen festzustellen, daß der Zeuge nach seiner ganzen Darstellung im Interesse des Grafen D. thätig gewesen sei, während die Angehörigen der Familie Brandt davon überzeugt gewesen, daß er ihre Interessen wahrnahm. — Die Verteidiger weisen namentlich auf Briefe hin, die der Polizei-Inspektor an den Angeklagten Brandt geschrieben und die in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt waren. In einem solchen Briefe hieß es u. a.: es müßte geradezu wahnsinnig zugehen, wenn nicht in allernächster Zeit die

Anzahlung des Geldes

erfolgte. — Der Zeuge Veder erklärt auf Vorhalt dieses Briefes: das sei auch heute noch seine feste Meinung, er glaube bestimmt, daß Geld da sei und über kurz oder lang zur Anzahlung gelangen werde. Er denke dabei immer an das Negat, welches Eva v. Weins gemacht haben soll. — Rechtsanwalts Simons verweist nochmals auf die Behauptung des Angeklagten Brandt, daß eines Abends der Zeuge Veder mit der Familie Brandt hier im Palais zusammen gekommen sei und dort sich geäußert habe, Graf Douglas sei zu Vergleichsverhandlungen bereit. — Zeuge Veder bestreitet dies ganz entschieden. — Rechtsanwalts Dr. Schwandt: Die Angeklagten behaupten, daß gerade Ihr ganzes Verhalten und Auftreten in den Erbinteressenten die größten Hoffnungen erregt und sie zu der Ueberzeugung gebracht habe, daß das Erbschaftsgeld vorhanden sei und bald ausgezahlt werde. Es wird noch ein anderer Brief des Zeugen Veder an den Zeugen Schwarzaupt produziert, in welchem gesagt wird: „Angelegenheit sofort erledigt, ich habe angeboten, daß Sie im Stande sind, die Sache geräuchlos und schnell für 1/2 Millionen bezorgen zu können. Halten Sie an diesem Tage event. fest.“ — Zeuge Veder erklärt, sich

gar nicht daran besinnen

zu können, was es mit den 1/2 Millionen für eine Bewandnis hat. — Zeuge Schwarzaupt bemerkt hierzu, er habe nach den ganzen Vorbereitungen und Unterhandlungen mit Veder den Eindruck von dem Briefe erhalten, daß Graf Douglas, der die Größe des Nachlasses kannte und verdienen wollte, 1/2 Millionen als Vorschuss hergeben wolle, um die ganze Sache vollständig zum Abschluß zu bringen. — Der Zeuge Timm wird auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwandt nochmals vernommen und erklärt: Bei der Zusammenkunft im Palais habe sich Veder gewissermaßen als Unterhändler des Grafen Douglas hingestellt und auf das bestimmteste die Aussicht eröffnet, daß es zum Oktober Geld geben werde. Die Sache liege doch ganz einfach. Graf Douglas habe seiner Zeit 25 000 holländische Gulden erhoben und sich gesagt: wo so viel Geld sei, sei auch noch mehr. Er habe dann mit Hilfe des Auswärtigen Amtes bewirkt, daß 80 Millionen nach Berlin gekommen seien, und davon habe er 5 Millionen abbekommen. Im „Palais“ habe man den Zeugen gefragt, was er denn nun für seine Thätigkeit bekomme, und Herr Veder habe gesagt: „Schwamm drüber! Wenn erst das Geld ausgezahlt wird, dann

bin ich nicht mehr Polizei-Inspektor

in Alkersleben, sondern Besitzer einer Villa bei Berlin. (Große Heiterkeit). — Der Zeuge Veder wird vom Vorsitzenden befragt, was er hierzu zu sagen habe, und darauf hingewiesen, daß falls er etwa etwas Verleibendes über den Grafen Douglas gesagt haben sollte, er die Aussage verweigern könnte. Zeuge Veder erklärt, daß er sich gar nicht entsinnen könne, etwas dem Wehnlisches gesagt zu haben, aber unter diesen Umständen die Aussage verweigern wolle. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Thiele wird Graf Douglas über seine etwaigen Verhandlungen mit dem Polizei-Inspektor Veder

gehört. Er behauptet, daß er den Zeugen Weder von Aufscherschleichen her kenne und von ihm einige Aufzeichnungen zu der Erbschaftsangelegenheit erhalten habe. Eines Tages habe ihm Weder geschrieben, daß er die Abschrift eines sehr wichtigen Dokumentes erhalten habe. Ihm, dem Zeugen, sei es natürlich interessant gewesen, zu erfahren, welche neue erbschaftsrechtliche Erfindung und welcher neue Erpressungsversuch wieder gegen ihn vorliege und deshalb habe er den Zeugen Weder hierüber gebeten. Dieser habe ihm dann die Abschrift der angeblichen Urkunde vorgelegt, die er sofort als Schwindel erkannte. Im übrigen habe er niemals mit dem Zeugen Weder irgend welche Verhandlungen gepflogen, welche auch nur die Vermutung erwecken könnten, daß er zu „Vergleichen“ bereit sei. Er könne sich gar nicht erklären, wie so etwas angedeutet werden konnte, denn er habe den Polizeikommissar Weder bis dahin immer für einen ernstlichen Mann gehalten.

Ein Meineid?

Hierauf wird Zeuge König aus Halberstadt noch einmal vorgefragt und befragt, ob er nun seine protokollierte Aussage beschwören wolle. Er erklärt zunächst, daß er wünschen müsse, daß seine Verurteilung so lange unterbleibe, bis die Echtheit oder Unechtheit der hier in Rede stehenden Schriftstücke festgestellt sei. Der Vorsitzende eröffnet ihm, daß er die Aussetzung der Verurteilung nicht verlangen könne, daß er aber auch jetzt noch seine Aussage insoweit ablehnen könne, als er sich durch seine Aussage der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. Der Zeuge erklärt hierauf: er verweigere mit Rücksicht hierauf seine Aussage insoweit, als sich dieselbe darauf bezieht, wie und unter welchen Umständen er in den Besitz der Urkunden gekommen ist.

Abgesehen hiervon bejaht der Zeuge König seine Aussage, Staatsanwalt Liebenow nimmt ihn aber sofort wegen Verdachts der schweren Urkundenfälschung und Erpressung fest und läßt ihn durch den Gerichtsdienster zur Untersuchungshaft abführen.

Rechtsanwalt Dr. Schmidt beantragt, die holländische Gesandtschaft zu ersuchen, einen Herrn an Gerichtsstelle zu entsenden, der über Echtheit oder Unechtheit der Urkunden sich äußern möge. Der Gerichtshof beschließt, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes ein derartiges Ersuchen an die holländische Gesandtschaft zu richten.

Es folgt die Uebertragung der Aussagen der in Holland vernommenen Zeugen durch die Dolmetscherin Fräulein v. d. Bloeg. Diese sämtlichen Zeugen, beamtete und nichtbeamtete Personen, haben ausgesagt, daß ihnen absolut nichts davon bekannt sei, daß aus der Brandischen Erbschaft dem Grafen Douglas Beträge von 25 000 Gulden und 5 Millionen Gulden zugeflossen seien.

Eine Anzahl der vernommenen Zeugen wird vom Vorsitzenden entlassen und die Sitzung um 5 Uhr geschlossen.

Mittwoch fällt die Sitzung aus. Die Verhandlung wird Donnerstag 9^{1/2} Uhr fortgesetzt werden.

Lokales.

Der einfache schlichte Mann aus der Werkstatt

Ist wohl nie so sehr als Objekt der Haussepekulation in Anspruch genommen worden als in diesen Tagen des strupp-sturkes. Während er früher bedenklich unter pari stand, ist er nach den Vorgängen der letzten Zeit ungeahnt in die Höhe geschossen und bietet augenblicklich den besten Börsenwert der Spitze. Besonders sind es Großunternehmer und Vertreter der hohen Politik, die sich lebhaft für diesen Gegenstand interessieren; aber auch kleine Leute, wie Mitglieder konservativer Wahlvereine werfen ein Auge auf ihn. Was bis dahin unmöglich schien, kommt heute alle Tage vor: königlich preussische Staatsminister steigen von ihren stolzen Höhen herab, lassen den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt um sich herum gruppieren und preisen ihm seine Vorzüge ins Angesicht. Auch Eisenbahnminister D u d d e ist, wie wir gestern schon kurz berichtet haben, dahergelommen, hat den einfachen schlichten Mann in seiner nächsten Nachbarschaft Platz nehmen lassen und ihm zum frohlichen Weihnachtsfest gleich einen ganzen Karton voll Leben mitgebracht. Auf dem von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in der Brauerei Friedrichshagen veranstalteten Fest zeigte sich aber auch deutlich, daß diese Ehrenbezeugungen nicht so ganz aus dem Handgelenk herauskommen. Vorausgesetzt ist vor allem, daß der einfache schlichte Mann kein Sozialdemokrat ist, ebenso darf er sich selbstverständlich nicht mit feinedgeleiten zur Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich koalieren haben. Dann hat er beigesteuert in die Höhe auf den Kaiser einzustimmen. Diese drei Bedingungen glaubte der Minister bei seinem vorgezogenen Besuch augenblicklich erfüllt. Jeder sollte geloben, den Versuchen des Umsturzes gegenüber fest zu bleiben, jeder solle auf die Nebenarbeiten, die der Kaiser in Essen und Breslau gehalten hat, und die den Beweis erbracht hätten, daß bei uns für die Arbeiter mehr getan sei als in irgend einem andern Staate. Da für, so sagte Herr D u d d e weiter, haben wir unsern Monarchen Dank zu sagen. Auf geforderte Aufforderung erhoben die versammelten Straßenbahn-Angestellten gemeinschaftlich den rechten Arm, stimmten in das Hoch auf den Monarchen ein und sangen unter Musikbegleitung „Heil dir im Siegerkranz“. Hierauf verteilte der Minister an den Direktor b. Kahlstein einen Kronenorden dritter Klasse, an den Ober-Ingenieur Pfeifer einen Roten Adler-Orden vierter Klasse, an vier Subalternbeamte der Gesellschaft Kronenorden vierter Klasse, an 12 Angestellte Medaillen zum Kronenorden und an 23 andre Angestellte das Allgemeine Ehrenzeichen. Vorher hatte die Gesellschaft jedem Mann einen Gutschein überreicht, der für acht Glas Bier, drei Butterbrote und eine Vorkur mit Salat galt. Zum Schluß verkündete Ministerialdirektor R i d e a. D. den Versammelten, daß der Aufsichtsrat dem Witwen- und Waisenfonds der Angestellten 100 000 M. überwiesen habe. Dann wurde das übliche **Unbündigungstelegramm an den Kaiser** geschickt, dessen Wortlaut wir nicht kennen.

Unser Erachtens beruht die heute beliebte Werteheschätzung des einfachen schlichten Mannes nicht auf gesunder Basis. Gewiß sind die Straßenbahn-Angestellten im Unternehmertum noch ein ziemlich brauchbares Material. Zumeist vom Lande hergekommen, haben sie ihre paar Jahre beim Kommissar gedient und sind dann, soweit sie nicht Schumann werden konnten, bei der Großen eingetreten, haben inzwischen von dem sozialen Befreiungskampf des Proletariats zumeist nur ziemlich schwache Begriffe erlangen können. Es gehörte die ganze kapitalistische Stumpfheit der Großen dazu, diese harmlosen Massen vor 2^{1/2} Jahren in den Generalstreik zu peitschen, und wir verlernen durchaus nicht, daß die Straßenbahner selbst nach den schlimmen Erfahrungen, die sie damals machten, die Pflicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, nur zum Teil begriffen haben. Aber so unerfahren ist keiner, um nicht einzusehen, daß er die Schmeicheleien der Herren, die sich früher den Dummheit um ihn gekümmert haben, ohne die Existenz der Sozialdemokratie nicht einheimen würde. Wer als Proletarier bei solcher Sachlage von einem Streben erfüllt ist, ringt sich tapfer zur Sozialdemokratie durch, wer aber die Sache auf die leichte Achsel nimmt, wird von der eigenen Scham getrieben, im innersten Schrein seines Herzens der Sozialdemokratie ein weiteres Gebelien zu wünschen, damit sie auch hinfür das Unternehmertum in Furcht und Zittern erhalte und so die Herren über ihm zwingt, des Scheins halber ihrer sozialen Pflichten nicht ganz zu vergessen. Es ist aber von da kein großer Schritt mehr bis zu der Erkenntnis, daß eine soziale Pflichtenfüllung moralisch wertlos ist, wenn sie vom Arbeiter als Gegengabe Aufgeben der eigenen Meinung und eine den Nachhabern gefällige Gesinnung fordert. Auch das Unternehmertum wird bald wieder in Kassenstimmstimmung zu der Einsicht kommen, daß eine künstlich forcierte Wertspekulation gründlich verfehlt war.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über die Vorlage,

betr. den Entwurf einer Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels in Berlin. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung zu vorstehender Vorlage. — Vorlagen, betreffend die Kirchenbaulast der politischen Gemeinden nach märkischem Provinzialrecht. — die Festsetzung von Pludtlinien für die Südbeile der Bullenweberstraße und für eine 15 Meter breite Uferstraße in der Verlängerung des Widinger- und Hansa-Ufers, — die Erwerbung eines Grundstücks in der Ederstraße zu Gemeindefulwegen. — die Festsetzung der Feuerlochsbeiträge für das Geschäftsjahr 1. Oktober 1901/1902. — die Mietung von Räumen im Fuhmannschen Stiftungshaus, Mohrenstr. 41, für die erste städtische Fleischhalle, — den Etat der Fleischbeschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch für das Etatsjahr 1903 — und dauernde bzw. vorübergehende Beschränkung der zur Herstellung der Ueberführung der Bellermann- und Swinemünderstraße über den Bahnhof Gesundbrunnen erforderlichen Flächen, sowie Erwerb des Eigentums des zur Anlegung der Bellermannstraße und der Ueberführung erforderlichen Geländes im Wege der Enteignung. — Berichterstattung, betreffend der Wahl eines Mitgliedes in die Deputation zur Verwaltung des Gesinde-Belohnungs- und Unterstützungs-Fonds, eines Mitgliedes in das Kuratorium der Dietrich-Thora-Stiftung, von zwei Bürgerdeputierten in die städtische Karl-Deputation, sowie von zwei Beisitzern und zwei Beisitzer-Stellvertretern für den Wahlvorstand zu der am 30. d. M. im 13. Gemeinde-Wahlbezirk der 1. Abteilung stattfindenden Stadtverordneten-Ersta-Wahl. —

Graf Pückler kämpft zur Zeit gegen ein neues Objekt seiner Wohnvorstellungen, nachdem die roten Ratten anscheinend aus seiner kranken Phantasie verschwunden sind. In der am Montag in der „Konfordia“ abgehaltenen Versammlung sprach der unglückliche Mann über das Verhalten der Obstruktion im Reichstage und forderte diesmal die Zuhörer auf, durch Gesang die Juden aus dem Lande zu treiben; vor dem kräftigen Gesange habe das Scheusal, der rote Kanasse, furchtbare Angst. Das Scheusal könne nicht singen, warum, weil es ein schlechtes Gewissen habe. Schwarz wie die Kerle seien, seien auch ihre Seelen, darum müssen die Deutschen singen, daß den Juden Angst und Bange würde und sie schließlich nach Jerusalem zurückwandern. Diese wirren Ausführungen fanden bei der des Amüsements wegen gekommenen Zuhörerschaft großen Beifall.

Lehrlingsabrechnung. Der Gewerbe-Deputation des Magistrats ging im Jahre 1901/02 über 8 Gewerbetreibende die Anzeige zu, daß von ihnen eine übermäßig große Zahl Lehrlinge gehalten werde. Aus dem Jahre 1900/01 hatte die Deputation noch 3 Anzeigen der gleichen Art zu erledigen, sodas im ganzen in 11 Fällen das Verfahren aus § 128 der Gewerbe-Ordnung durchzuführen war. In 3 Fällen ergaben die angelegten Ermittlungen, wie die Gewerbe-Deputation in ihrem Bericht über das Jahr 1901/02 mitteilt, keinen Anlaß zum Einschreiten. 2 Fälle wurden als unerledigt in das nächste Jahr mit hinübergenommen. In den übrigen 6 Fällen stellte die Gewerbe-Deputation überall fest, daß die Zahl der Lehrlinge (15—25) zu Art und Umfang des Betriebes im Verhältnis stand, und daß die „Ausbildung“ dieser Lehrlinge fast nur dem Betriebsinhaber oder einem Werkmeister oblag. Die Gewerbe-Deputation schränkte in den einzelnen Betrieben die Zahl der Lehrlinge auf 3 bis 8 ein. Gegen ihre Anordnungen wurde in 3 Fällen Klage beim Stadtausschuß erhoben, der in allen 3 Fällen im Sinne der Deputation entschied. Das Urteil des Stadtausschusses wurde in 1 Fall rechtskräftig, in 2 Fällen wurde es angefochten durch Berufung beim Bezirksauschuß, über dessen Entscheidung die Gewerbe-Deputation noch nicht berichten kann. Der Bezirksauschuß hatte auch aus dem Vorjahre noch einen Fall zu erledigen, der besonders standalös ist. Einem Betriebsinhaber war von der Gewerbe-Deputation aufgegeben worden, von seinen 26 (!) Lehrlingen 20 (!) zu entlassen. Der Mann klagte, aber vom Stadtausschuß wurde die Anordnung der Deputation bestätigt. Er legte Berufung beim Bezirksauschuß ein, wurde aber hier wegen Fristveräumnis zurückgewiesen. Dieser weitere „Lehrherr“ war Inhaber einer Mechaniker-Werkstatt. Auch von den oben erwähnten 6 Fällen, die die Gewerbe-Deputation erledigte, betrafen 5 eine Mechaniker-Werkstatt, während es sich in dem 6. Fall um eine Maschinen-Schlosserei handelte. Der Mechaniker-Beruf ist bei uns in der Schule verfallenden Jugend mit am beliebtesten. Man sieht, was der bedauernden Jungen zuweilen in einer solchen Mechaniker-Werkstatt wartet.

Der Kampf gegen die Maschinenbauer-Krankenkasse. Zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Behörden hat die Streitfrage, welche zwischen der Reuen Maschinenbauer-Krankenkasse und der von dieser abgezwigten Betriebs-Krankenkasse der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft entstanden ist, Veranlassung gegeben. Bei dem Widerstreben der erstgenannten Krankenkasse blieb der Aufsichtsbehörde nichts anderes übrig, als die Funktionen der Kassensorgane selbst wahrzunehmen. Dies geschah dadurch, daß am 9. und 10. Mai durch 2 Kommissare ein Geldbetrag von 173 M. 42 Pf., sowie Depot-scheine über, bei der Reichsbank deponierte, den Reservefonds bilden den Wertpapiere über 270 000 M. aus dem Gewahrsam des Vorstandsvorsitzenden entnommen wurden. Erträgniswert, namentlich in juristischer Hinsicht, sind im Anschluß hieran stattgehabte Erörterungen darüber, ob die gegen die Vorstandsmitglieder der Reuen Maschinenbauer-Krankenkasse von der Aufsichtsbehörde wegen Nichtbefolgung der an den Kassenvorstand ergangenen Anweisung vom 12. März 1901 zu Herausgabe des Vermögensanteils unter dem 17. April 1901 festgesetzten Ordnungsstrafen von je 100 M., in einem Falle auch die substituierte Haftstrafe, nach Vornahme der Handlung vom 9. und 10. Mai noch vollstreckbar gewesen seien. In den Strafverfügungen war bemerkt worden, daß diejenigen Vorstandsmitglieder einer Strafe nicht unterliegen würden, die binnen drei Tagen eine Erklärung abgeben würden, daß sie bereit seien, der Anordnung vom 12. März nachzukommen. Auf eine Beschwerde von 5 Vorstandsmitgliedern über die Vollstreckung der gegen sie festgesetzten Geldstrafen nach der Handlung vom 9. und 10. Mai 1901 ordnete der Oberpräsident durch Erlass vom 5. Oktober 1901 an, daß das Vollstreckungsverfahren eingestellt, die festgesetzten Geldstrafen zurückgenommen und die eingezahlten Strafen zurückgezahlt werden sollten. Der Oberpräsident ging dabei von der Erwägung aus, daß das Vorgehen der Aufsichtsbehörde nicht berechtigt gewesen sei, denn Zwangsmittel dürften wohl nacheinander, aber nicht nebeneinander angewendet werden. Gegen diesen Erlass des Oberpräsidenten erhob der Magistrat bei dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe Einspruch. Der Magistrat führte aus, daß eine unzulässige Häufung von Zwangsmitteln überhaupt nicht vorliege. Das unmittelbare Eingreifen der Aufsichtsbehörde in die Kasserverwaltung stelle sich nicht als ein fogenanntes executiv ad faciendum, ein Zwangsmittel, dar. Aber auch bei entgegengekehrter Ansicht sei das Verfahren der Verwaltungsbehörde begründet, denn es handle sich um bereits vor dem 9. und 10. Mai rechtskräftig festgesetzte, von dem Herrn Oberpräsidenten bestätigte Strafen. Der Magistrat nahm Bezug auf ein analoges, früher vom Oberverwaltungsgericht gefälltes Erkenntnis. Der Minister eröffnete dem Magistrat hierauf durch Erlass vom 24. Mai 1902, daß er geneigt sei, der Auffassung des Magistrats über die rechtliche Seite der Angelegenheit beizutreten, daß er es indessen aus allgemeinen Erwägungen nicht für angemessen erachte, die Vollstreckung der Ordnungsstrafen fortzusetzen, nachdem der Vorstand erreicht sei. Eines der in Ordnungsstrafe genommenen Vorstandsmitglieder, bei dem die substituierte Haftstrafe schon am 5. Oktober 1901 zur Vollstreckung gelangt war, reichte darauf gegen den Magistratskommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung ein. Die strafrechtliche Verfolgung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß kein Anhalt dafür vorhanden sei, daß der Magistratskommissar eine Strafe habe verhängen lassen, von der er getruht habe, daß sie nicht habe vollstreckt werden dürfen. Selbst wenn man die Frage, ob die Vollstreckung der Strafe zu Recht angeordnet worden sei, ver-

neinen wolle, hierfür eine gesetzliche Grundlage indessen nicht vorhanden sei, würde dem Magistratskommissar nicht einmal eine Fahrlässigkeit vorzuwerfen sein, weil ihm daraus, daß er einer andern, mindestens ebenso begründeten Rechtsauffassung gefolgt sei, ein Vorwurf nicht gemacht werden könne.

Prof. Dr. Wilhelm Förster, der bekannte Astronom, hat gestern seinen 70. Geburtstag begangen. Am den geplanten Rundgebungen zu entgehen, hat der Direktor der Sternwarte eine Reise zu seinem in Jülich lebenden Sohn unternommen. Eine Anzahl seiner früheren Schüler haben ihm vor der Abreise folgende Adresse eingehändigt: „Ihrem hochberechneten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Wilhelm Förster, bringen zu seinem 70. Geburtstag die unterzeichneten Schüler, die er in vierzigjähriger begeisterten Lehrthätigkeit für Wissenschaft und Leben ausgerüstet hat, die herzlichsten Glückwünsche dar. Möge Sie beim Anblick der Bilder, die wir Ihnen überreichen, die Erinnerung an langenschwundene Stunden heißer, aber erfolgreicher Arbeit und der Gedanke, daß von der mit Liebe gesäeten Saat ein gut Teil aufgegangen, am heutigen Tage beglücken. Nehmen Sie die tiefgefühlte Versicherung, daß wir alle die Stunden, da wir Ihren Worten lauschen und uns Ihrer nicht nur mit dem Verstande, sondern auch mit dem Herzen gebotenen Belehrung erfreuen durften, immer zu den beglückendsten unserer Jugend zählen werden. Uns allen waren Sie das Vorbild eines gründlich forschenden, unermüdet thätigen Gelehrten, eines stets gütigen und geduldigen Lehrers und, nicht zuletzt, eines warm-sühnenden und getreuen Freundes. Wir fühlen uns glücklich, Ihnen für alle diese reichen Gaben heute unsern innigen Dank auszusprechen zu dürfen. . .“ (Folgen die Unterschriften.) Die Adresse war begleitet von großen Photographien der Unterzeichneten, vereinigt in einem losbar geschnittenen Eichenkasten.

Ungültige Landespolizei-Anordnung des Berliner Polizei-Präsidenten. Am 6. November 1898 hat der Berliner Polizei-Präsident eine landespolizeiliche Anordnung erlassen, die Maßregeln zur Verhinderung der Verschleppung von Viehseuchen vorschreibt. Hiergegen sollten sich die Schlächter Ludwig und Schulz dadurch vergangen haben, daß sie in Rummelsburg ein totes Schwein aus der Eisenbahn auszuladen suchten, ohne zur Unterzucht des Schweines den beamteten Tierarzt heranzuziehen. Das Landgericht in Berlin sprach sie jedoch frei und das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Die landespolizeiliche Anordnung des Berliner Polizei-Präsidenten vom Jahre 1898 sei formell und materiell rechtlich ungültig. Sie schreibe Maßregeln vor, die nach dem Viehseuchengesetz und der Ausführungs-Anweisung die Genehmigung der obersten Landesbehörde, des Ministers bedürfen; diese fehle ihr aber, wiewegen sie formell ungültig sei. Aber sie sei auch materiell ungültig, weil sie nicht eine bestimmte Seuchengefahr festsetze. Die Behauptung, daß im Gebiet des Berliner Viehhofs dauernd eine Seuchengefahr bestünde, sei nicht in der landespolizeilichen Anordnung zum Ausdruck gekommen, sie würde auch nicht als Feststellung einer bestimmten Seuchengefahr angesehen werden können. Eine landespolizeiliche Anordnung im Sinne des Viehseuchengesetzes sei nicht nur unzulässig, wenn eine bestimmte Seuchengefahr nicht bestünde, sie sei auch dann nicht rechtsgültig, wenn sie nicht selber in ihrem Text eine solche bestimmte Seuchengefahr feststelle. Das sei hier nicht geschehen, so daß sich auch daraus die Ungültigkeit ergebe.

Die Schönholzer Heide wird trotz aller Bemühungen der im Betracht kommenden Gemeinden leider vom Erdboden verschwinden. Zwischen der Gemeinde Panlow und der Igl. Regierung zu Potsdam ist nämlich ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach die Gemeinde ein 6 Hektar großes Stück Land, das mitten in der Heide belegen ist, zur Anlage eines Gemeinde-Friedhofes erwirbt. Der Kaufpreis beträgt 300 000 Mark. Von drei zu drei Jahren wird ein anderthalb Hektar großes Terrain in Benutzung genommen; das Kaufgeld wird in Jahresraten von 25 000 Mark bezahlt, das Restkaufgeld muß verzinst werden. Die Gemeinde Panlow übernimmt die vom Fiskus eingegangene Verpflichtung, das nach dem Rieselgut durch führende Kanalisations-Druckrohr der Stadt Berlin gegen eine Anerkennungsgebühr von fünf Mark durchzulassen. Ferner verpflichtet sich der Fiskus, eine sieben Meter breite Zufahrtsstraße nach dem Friedhofe der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, die Pflasterung und Unterhaltung übernimmt die Gemeinde. Die Kaufverträge zwischen dem Fiskus und einem Bankkonsortium wegen Ankaufs des übrigen Teiles der Heide sind ebenfalls dem Abschluß nahe.

Kindesunterziehung? Der Polizeipräsident teilt mit: Am 20. September d. J. hat sich aus einer hiesigen Privat-Entbindungsanstalt eine Dame, anscheinend besseren Standes, ein neugeborenes Kind männlichen Geschlechts abgeholt, um dasselbe in Pflege zu nehmen. Die Dame, welche sich Frau Dietrich genannt hat und in Köln a. Rh. wohnen wollte, ist bis jetzt ebenso wie das Kind nicht zu ermitteln gewesen, und wird vermutet, daß das letztere in Berlin oder Umgegend in einer Familie als „eignet“ untergehoben worden ist. — Die Unbekannte wird wie folgt beschrieben: ca. 32 Jahre alt, hellblondes Haar, dunkle Augenbrauen, vollständige Zähne, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, große kräftige Gestalt, rheinländischer Dialekt. — Diejenigen, welche über den Verbleib des Kindes sachdienliche Mitteilungen machen können, werden ersucht, diese schriftlich zu 9291 IV 3. 02. oder mündlich während der Vormittags-Dienststunden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 246, zu erstatten.

Der „König der Schlafstellenbedie“ hat die Kriminalpolizei endlich erwischt, nachdem sie ihn lange gesucht hatte. Aus der ganzen Stadt liefen seit einigen Monaten Anzeigen von einem Schwindel ein. Ein junger Mann, der sich für einen Postassistenten oder Sekretär ausgab, mietete ein Zimmer und erzählte der Wirtin, daß er, soeben von Magdeburg, Braunschweig oder sonst woher an das nächstgelegene Berliner Postamt verkehrt, gerade von der Bahn komme und den größten Teil des Gepäcks noch erwarde. Einen schweren Karton brachte er mit. Sobald die Koffer kämen, sollte die Wirtin seine beste Uniform etwas zurecht machen, da er sich dem Ober-Postdirektor vorstellen müsse. Wenn er die Frau sicher gemacht und ihr den Koffer schlüssel überreicht hatte, hat er sie, sich zurückziehend, da er sich zu einem Besuch bei dem Vorsteher des Amtes etwas umkleiden müsse. War die Wirtin etwas schwachhaft und wollte sie das Gespräch nicht abbrechen, so vertrieb er sie auf die einfachste Weise dadurch, daß er anfang, sich auszukleiden. Dann riegelte er die Thür ab, suchte sich im ganzen Zimmer die Wertsachen zusammen, die er ohne Aufsehen mitnehmen konnte, verschwand mit der Beute und ließ sich nicht mehr sehen. Die Koffer blieben natürlich aus. Wenn die Wirtin schließlich den Karton öffnete, um sich an seinem Inhalt schadlos zu halten, fand sie nichts als altes Papier und einen schweren Stein. Die Kriminalpolizei scheute keine Mühe, des Diebes habhaft zu werden. Sie machte sich sogar die Feldarbeit, alle Vermieterrinnen zu warnen, aber auch das half noch nicht. Der Mann trat so ruhig und sicher auf, daß sogar Frauen, die erst wenige Stunden vorher auf ihn aufmerksam gemacht worden waren und ihm selbst ihren Verdacht äußerten, daß er der Dieb sei, vor dem die Polizei warne, ihm auf den Heim gingen. Erst gestern gelang es, den Gesuchten bei einem Pfandleiher endlich festzunehmen. Sein Konto ist bisher mit 53 Fällen belastet. Er räumt seinen Schwindel jetzt offen ein und wurde festgesetzt als ein Klempergeselle Paul Magnus aus der Prinzenstraße. Der Verhaftete spricht jetzt mit einer Art Galgenhumor von seinem Treiben. Man könne es ihm, meint er, eigentlich nicht verdenken, daß er so lange bei dem „Geschäft“ geblieben sei. Es bringe noch etwas ein und mache nicht viel Schwierigkeiten, denn die Weiber seien zu dumm; selbst mit der Warnung der Polizei in der Hand hätten sie ihm noch aus Wort geglaubt. Magnus hatte so viel zusammengestohlen, daß er sich kürzlich verheiratet und in der Prinzenstraße eine Wohnung mieten konnte. Da die Hochzeit so schon viel Geld kostete, so begnügte er sich vorläufig mit tombadenen Ringen, nach dem nächsten „Geschäft“ aber erzieht er diese durch goldene. Seine junge Frau war sehr unangenehm überrascht, als gestern Kriminalbeamte sie besuchten und sich alles ansahen, was sie in der Wohnung hatte.

Obermeister Volkshäger †. Gestern abend 7 1/2 Uhr ist der Vorsitzende des Bundes deutscher Freiseur- und Perückenmacher-Jünglinge und der Obermeister der Berliner Barbier-, Freiseur- und Perückenmacher-Jungung Fritz Volkshäger gestorben. Er stand seit 32 Jahren an der Spitze der Jungung.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist der Fabrikarbeiter **Reumann**, der in der Eisengießerei von Steffens u. Kalle vom Süd-Ufer 16 beschäftigt war. Ein schwerer eiserner Träger, den er mit mehreren Arbeitern von den Böden auf den Wagen schaffen wollte, fiel ihm auf den rechten Oberschenkel und zerschmetterte ihn. Der Verunglückte wurde mit einem stoppschen Rettungswagen nach dem Roßbiter Krankenhaus gebracht.

Ein Taschendieb mit einer neuen Methode wurde gestern in einem Warenhaus von der Kriminalpolizei festgenommen. Der Mann hat gar lange, aber auch dicke Finger. Daher kann er sie nicht gut in fremde Taschen stecken, ohne daß deren Eigentümer es merken. Er wußte sich aber zu helfen. Sobald er von außen gefühlt hatte, daß eine Dame, an die er sich im Gedränge herannahm, ein Portemonnaie in der Tasche trug, schnitt er diese und das Kleid mit einem haarharten Messer von oben nach unten auf, so daß er bequem in die Tasche hineinlangen konnte oder das Portemonnaie herausfiel. Kriminalbeamte haben, wie er mit seinem Messerchen einer Dame folgte, und nahmen ihn fest, als er ihr Portemonnaie ergriff. Trotzdem behauptet nun der Verhaftete, er habe nicht stechen wollen, sondern die Kleider nur zu seinem Vergnügen aufgeschnitten, und daß in den letzten acht Tagen etwa zwanzigmal ausgeführt.

Zwischen den Buffern zweier Eisenbahnwagen wurde in der Nacht zu gestern der 26 Jahre alte Rangierer Paul Weinde aus der Kammerstraße 49 zermalmt, der seit fünf Jahren im Bahndienst stand. Weinde hatte die letzte Nacht auf dem Schlesiens Güterbahnhofe zu thun. Als er gegen 12 Uhr zwei Wagen eines Güterzuges, der zusammengestellt wurde, tappen wollte, setzte sich der Zug plötzlich in Bewegung und der Unglückliche geriet zwischen zwei Buffern, die ihn den Brustkasten zermalmten. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, so wollte man ihn in ein Krankenhaus bringen, aber schon ehe man mit der Ueberführung beginnen konnte, starb er. Der Verunglückte, der mit zwei noch schulpflichtigen Geschwistern bei seiner Mutter, einer Arbeiterwitwe wohnte, wollte sich im nächsten Monat verheiraten.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in der Zwischenzeit zu verzeichnen. In der Nacht zum Dienstag wurde sie nach der Spandauer Brücke 12 gerufen. Hier war durch Ausströmen von Gas in einem Schaufenster ein Brand entstanden, der Regale und Waren ergriffen hatte. Die Wehr konnte aber die Flammen in kurzer Zeit erlöchen, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Zur selben Zeit mußte in der Oranienstr. 7 ein Kellerbrand beseitigt werden, der in der Hauptkammer Berg einäscherte. In der Klaffenstr. 50 hatten der Fußboden und die Kalkenlage Feuer gefangen, während in der Rosenkalerstr. 4 in einer Küche ein Feuer ausgebrochen war, das im wesentlichen Küchenschränke beschädigte. Auch in der Mulackstr. 55 hatte die Wehr einen Küchenbrand abzuschließen. Außerdem hatte die Wehr Montagabend längere Zeit in der Demeinowstr. 19 zu thun. Durch Unvorsichtigkeit war hier in einer im vierten Stock belegenen Wohnung ein Brand ausgebrochen, der bei Anknüpf des ersten Lösungsversuchs schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Möbel, Kleidungsstücke, Thürten u. wurden hauptsächlich zerstört.

Aus den Nachbarorten.

Amtliche Lokalaufreibung. Es wird uns geschrieben: Schon jetzt erhielten unsere Genossen im Wahlkreis Spandau-Potsdam Osthavelland einen kleinen Vorgeschmack davon, mit welcher Kampfesweise sie bei unsren Gegnern für die nächsten Wahlen zu rechnen haben werden. Am vergangenen Sonntag sollten u. a. in den Orten Marwitz und Hennigsdorf in dem Amtsbezirk des Herrn v. Dredow, Gutsbesizers und Major a. D., je eine Protestversammlung stattfinden. Der Herr Amtsvorsteher, dessen Verdien um den gegenwärtigen Staat erst vor kurzem durch einen Orden gelohnt worden ist, glaubte sich zu einer hervorragend staatsretterischen That verpflichtet, und so machte er sich, ungeachtet seiner 70 Jahre, zu Wagen auf den Weg, um unsrer Partei in beiden Orten die Versammlungssäle abzutreiben. Dem Wirt Pöschel in Marwitz eröffnete er ungefähr folgendes: „Ich verleihe es Ihnen, die Versammlung stattfinden zu lassen, der Kaiser will das nicht haben.“ Herr v. Dredow hatte aber bei diesem Wirt das Pech, daß er über eine ausreichende Kenntnis des Versammlungsbegriffs verfügte, um zu wissen, daß niemand im deutschen Staate ohne andre als die angegebenen Gründe ein solches Verbot anzusprechen ein Recht hat. In Marwitz war's also nichts. Herr v. Dredow begab sich nun nach Hennigsdorf zu den sämtlichen drei Gutsbesitzern, deren Fälle unsrer Partei dort zur Verfügung stehen, um zu veranlassen, unsre Partei dauernd obdachlos zu machen. Bei dem Wirt Wöhmer hatte der Herr Amtsvorsteher mit seinen staatsretterischen Argumenten auch Glück, dieser erklärte sich bereit, den Saal für die geplante Versammlung im letzten Augenblick zu verweigern. Dem Gen. Säger, der in Unkenntnis dieses amtsoberherrlichen Erfolges die Anmeldung der Versammlung bewirkte, antwortete der Herr Amtsvorsteher auf der Rückseite des Anmeldeformulars: „Bezüglich des Lokals bemerke ich, daß Gastwirt Wöhmer meines Wissens kein Lokal nicht zur Verfügung stellen wird. Der Amtsvorsteher, gez. v. Dredow.“

In den beiden Fällen hatte Herr v. Dredow so erfolgreiches Pech, und unsern Genossen gelang es schließlich doch, im letzten Augenblick geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß die Versammlung stattfinden konnte. In einer geharnischten Protestresolution wurde dem Amtsvorsteher für seine staatsretterische That quittiert. Den Schaden aber hat allein der treulos gewordene Wirt, Herr Wöhmer, denn bereits am Sonntag wurde von der empörten Hennigsdorfer Arbeiterschaft über sein Lokal die Sperre verhängt. Mag er sich dafür bei Herrn v. Dredow bedanken.

Aus der Schönberger Stadtverordneten-Sitzung. Auf die von unsern Genossen vor nahezu fünf Wochen an den Magistrat gerichtete Anfrage, was er zu thun gedenke, um Unglücksfällen, wie dem kürzlich an dem sogenannten Seegraben an der Erfurterstraße erfolgten, vorzubeugen, ist in der Sitzung am Montag eine schriftliche Antwort eingegangen. Genosse Döbft bezweifelte, daß u. a. der Hinweis in den Schulen, wodurch die Kinder auf die Gefahren des Grabens aufmerksam gemacht werden sollen, wirksam sein wird. Die das Leben und die Gesundheit der Mitbürger gefährdenden Stellen des genannten Terrains müßten vielmehr von der Polizei eingegrenzt werden; bei der bestehenden Absicht, auf jenen Wiesen den sogenannten Stadtpark anzulegen, müßte dieser Frage schon jetzt näher getreten werden. — Sodann wandte sich die Debatte einem interessanten Thema zu, in deren Verlauf sogar dem Magistratsbetreuer Dinge „entschlüpfen“, die in den meisten ähnlichen Fällen auch verdienen, an die Öffentlichkeit zu kommen. Der selten in Opposition zum Magistrat stehende Stadtv. v. Frankenberg hatte mit Unterstützung einiger gleichgesinnter Beamter, die in voriger Sitzung angemessene Magistratsvorlage, betreffend Einleitung des Enteignungsverfahrens der an der Diagonalstraße A (an der Höhenstaufenstraße) belegenen Grundstücke, durch einen neuen Beschluß umzuwerfen. Nach seiner Ansicht sollen durch die Enteignung einige „gewisse“ Interessierte zum Nachteil einiger anderer bevorzugt werden. Stadtsyndikus Wankenstein wies auf die eventuellen „Interessierten“ hin und Stadtv. Küter (Soc.) bezweifelte, daß die Antragsteller die wirklichen Antragsteller sind. Gegen die Stimmen derselben wurde die „Umsetzung“ abgelehnt. — In nächstöffentlicher Sitzung wurde sodann der Bericht des Ausschusses über den Vertragsabschluss mit dem Herrn Wadowitz-Pfendendorff betreffend Legung von Druckröhren durch das Gebiet desselben verhandelt.

Treptow-Baumschulweg. Die Wahlvereins-Versammlung fällt heute zu Gunsten der Volksversammlung aus. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Auf die am 1. Januar in Kraft tretende Vertragserhöhung wird hiermit hingewiesen; es ist erforderlich, die restierenden Vereinsbeiträge an dem am Sonntagabend 8 1/2 Uhr im Restaurant Staffeld stattfindenden Jahlabend zu entrichten.

Ober-Schönweide. Wie schwer es den Parteigenossen hier gemacht wird, harnulose Gefelligkeit zu pflegen, das läßt sich aus dem Vorgehen gegen den Wahlverein am Orte erkennen. Auf Grund einer kunstvollen Kammergerichts-Entscheidung, welche jede Zusammenkunft von Arbeitervereinen als Versammlung ansieht und so die Beteiligung von Frauen an Festlichkeiten unmöglich macht, waren der sozialdemokratischen Organisation die Vereinsfestlichkeiten konsequent verboten worden. Nun glaubte der Verein, sich die Vorteile der Circus-Busch-Versammlung zu nütze machen zu können. Doch es sollte anders kommen. Obgleich ein zum 6. September angelegtes Vereinsvergügen anfänglich die „Genehmigung“ des Amtsvorstehers erhielt, wurde das Fest wenige Stunden, bevor es stattfinden sollte, vom Landrat mit der Begründung verboten, daß es ein öffentliches Vergügen sei. Hierfür mußte der Umstand herhalten, daß im „Vorwärts“ eine Anzeige stand, wonach Eintrittskarten bei den Mitgliedern zu haben waren. Das Fest fand nun doch statt, nachdem der Vereinsvorsitzende dargelegt hatte, daß der nichtöffentliche Charakter des Vergügens streng gewahrt bleibe. Als es nun der Finzigkeit eines Polizeibeamten gelang, doch zu einer Eintrittskarte zu kommen, erhielt der Vorsitzende ein Strafmandat über 10 M., das vom Amtsgericht bestätigt wurde.

Jetzt hat der Wahlverein für den 1. Weihnachtstag eine Matinee veranstaltet, gegen welche mit der Begründung von der Behörde Einwendungen erhoben wurden, daß dem ernsten Charakter des Festtages im Programm nicht überall Rechnung getragen sei. Ein ausgesinnter Turnverein darf dagegen am selben Tage und im selben Festlokal ein Vergügen mit ausgesprochen humoristischem Programm abhalten. Schaden bringt uns solche Behandlung ja nicht, wohl aber trägt sie dazu bei, die Arbeiterbevölkerung immer mehr zu verbittern.

Verfammlungen.

Der Verband der Tapezierer hielt am 9. Dezember bei Feuerstein seine Mitgliederversammlung ab, um Stellung zu der am 28. d. M. in Steintin stattfindenden Gaunferenz und zu den Vorgehens anlässlich der letzten Gewerbegerichts-Wahlen zu nehmen. Beim ersten Punkt wurde nach längerer Diskussion über die Agitation in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Brandenburg auf Antrag des Gauvorstandes beschlossen, der Gaukasse 100 M. zu überweisen. Als Delegierte wurden Wels und Pönitz gewählt. — Beim zweiten Punkt wurde — nach einer Berichterstattung durch Leo Schmidt — einstimmig die Zustimmung der Versammlung zu dem Verhalten der Berliner Gewerkschaftskommission bei den Gewerbegerichts-Wahlen ausgedrückt.

Die wirtschaftliche Lage des Badeanstalts-Personals wurde am Sonntag im Königsstadt-Rasino einer eingehenden Besprechung unterzogen. Bademeister Grande führte in seinem Referat aus: Die Dauer der Arbeitszeit hängt völlig von der Laune der Badeanstalts-Besitzer ab, sie beträgt im Durchschnitt täglich 15 Stunden. Dabei giebt es allgemein keine geregelte Essenspause. Nach den Vorschriften der Arbeits-Ordnung darf er nicht einmal die Anstalt verlassen, um sich Lebensmittel zu kaufen, falls er solche nicht mitbringen konnte. In einem regulären Lohnverhältnis seien nur die allerbesten Badewärter. Die übergroße Anzahl ist auf das demoralisierende Trinkgeldsystem angewiesen. Hierdurch werde nur Arielei und laienhaftes Benehmen großgezogen. Obwohl die Anstaltsbesitzer in den meisten Fällen keinen Pfennig für Lohn ausgeben, verbieten sie es noch obendrein den Angestellten, die Gäste auf ein Trinkgeld aufmerksam zu machen. So findet sich in der Dienstvorschrift für die Badewärter des „Vereins der Wasserfreunde“, der den Wätern keinen Lohn zahlt, ein Passus, welcher besagt: Die Wäter dürfen durch ihr Verhalten den Badegästen gegenüber nicht zu erkennen geben, daß sie Trinkgeld beanspruchen. — Falls Wäter sich über die erzwungene Auftragslosigkeit eines Badeväters beschwerten, so wird dieser meistens entlassen. Sobald aber das Wartepersonal um Zahlung eines Lohnes vorzittelt, so antworten die Arbeitgeber einfach, das Trinkgeld sei der regelrechte Lohn für die den Badegästen geleistete Arbeit. Daß die Reinigung der Anstalt, mit welcher der Badegast an sich doch nicht das mindeste zu thun hat, ebenfalls umsonst gemacht werden muß, lassen die Arbeitgeber dabei geflissentlich außer Acht. Ja sie verlangen sogar noch, daß der Badeväter zum Reinigen der Anstalt selbständig ein oder zwei Frauen beschäftigt und diese mit 12 oder 15 M. pro Woche aus seiner Tasche bezahlt. Wohin eine solche Mißwirtschaft führen muß, ist klar. Der Badeväter bezw. Wäterin sucht aus den Gästen durch allerhand Kunststücke ein möglichst hohes Trinkgeld herauszufischen, andererseits verfehlt er den Lohn der armen Reinigungsfrauen wieder zu drücken; und das alles, damit für ihn am Schluß der Woche auch ein Verdienst übrig bleibt, der häufig auch nur sehr kärglich ausfällt. In den städtischen Badeanstalten sind diese Mißstände, besonders das Trinkgeldsystem, bereits abgeschafft, doch die überlange Arbeitszeit mißraut der Sonntagsarbeit herrschen auch dort noch. Dagegen sieht es in den Privat-Badeanstalten — herabgezogen wurde besonders das „Admiralgarten-Bad“ — auf diesen Gebieten sehr traurig aus. — Als einziges Abhilfsmittel empfahl der Referent den Anschluß sämtlicher Badeanstalten an den „Verband des Massages-, Bade- und Krankenpflege-Personals“, der nur allein im stande sei, den Uebergriffen des Verbandes deutscher Badeanstalts-Besitzer ein Paroli zu bieten. Die gut besuchte Versammlung stimmte diesen Ausführungen rückhaltlos zu.

Kupferschmiede. Am 13. d. M. fand im Gewerkschaftshause eine Vereinsversammlung der Kupferschmiede statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Neuwahl des Präsidiums. Gewählt wurden: A. Korbowitz erster, P. Schrader zweiter Vorsitzender; R. Dacht erster, O. Bauer zweiter Kassierer; P. Gerwig erster, C. Forster zweiter Schriftführer; E. Kugen und E. Weisbal als Revisoren; S. Reiner, Aufsichtsmittglied. — Den Rezerant Webern wurden 30 M. aus dem Dispositionsfonds bewilligt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 11. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Wort zur Sozialistendebe. — Die terroristische Strömung in Rußland. Von Herra Galsulisch. I. — Socialismus und Anarchismus in Spanien. Von Heinrich Gumbow. (Schluß). — Unversität und Volksschullehrer. Von Otto Rühle. — Im Jünglings der Revolution. Von Friedrich Stampfer. — Berliner Theater. — Splitter. — Literarische Rundschau: Besprechung von acht Arbeiteralendern. — Notizen: Aus dem Ausgabebuch der Ränderger Blochergesellschaft 1906 bis 1905. Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresse der Postanstalten ist die „**Neue Zeit**“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„In freien Stunden“, die illustrierte Romanbibliothek, die von der Buchhandlung **Bornarts** in Wobensleben zu 10 Pf. herausgegeben wird, ist jetzt bis Heft 47 und 48 erschienen. Neben dem Roman **„Die drei Missetäter“** von Alexander Dumas begegnen wir wieder unserm alten Veteran Robert Schweigel. Seine „**Perdrossene Ketten**“ ist eine kleine, aber ergreifende Geschichte eines Schulmeisters. Als Hauptprotagonist des kommenden Jahrganges wird der **„Goldmensch“** von R. Zola angekündigt. Wir machen unsre Leser schon jetzt auf das Resonanzmoment aufmerksam. Jede Buchhandlung und jeder Kolpo. zur nimmt Bestellungen entgegen.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag), ist uns soeben die Nr. 36 des 12. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Weihnachtsbesühung. — Die geistliche Ein-

chränkung der Kinder-Ausbeutung vor der Reichslandkommission. — Aus der Bewegung. — Zeitschriften: Monolog. Von Ernestina Rejina. — Mutter Jones. (Schluß). — Notizen: Vom Ausstand der Weber und Weberinnen in Mexiko. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenbewegung.

Die **„Gleichheit“** erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungssliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jankow, Verlag von Georg Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 6 des 6. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau und Hütten (Bergbauwesen in Oberschlesien und im Siegerland); Metalle und Maschinen (Austausch der Geschäftslage in den Maschinenfabriken. Uebernahme der beschäftigten Arbeiter); Textilgewerbe (Beschäftigungsgrad in Süddeutschland). — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht. — Arbeitsnachweise. — Krankenlisten. — Streikverzeichnis für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Preussischer Ministerial-Erlass betreffend Arbeitsnachweise in mittleren Städten. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweises-Verbänden: Amtliche Bekanntmachungen; Verband deutscher Arbeitsnachweise. Schriftvermittlung. — Sonstige Mitteilungen: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Einheitsches statistisches Formular. — Württembergischer Verwaltungsvertrag. — Verband bayrischer Arbeitsnachweise. Bestand und bisherige Tätigkeit. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über November 1902.

Die **„Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“** ist soeben erschienen. Das vorbereitende farbige Bild „**Samuel Müller**“ zeigt uns ein passendes Weihnachtsgeschenk für kleine Ironistler. Das andre farbige Bild **„Weihnachtsabend“** ist nach einer Radierung der Wiener Malerin **Herminie Heller-Oberseker** hergestellt und stellt eine allein blinden Musikanten und sein Weib dar. **Clara Müller** hat zu diesem Bilde ein Gedicht geschrieben. Dem Weihnachtshefte ist sodann noch das Bild **„Weihnachtsnacht“** sowie ein Gedicht „**Dies ist der Tag, den Gott gemacht**“ von **Clara Müller** und die humorvolle „**Weihnachtsüberzeugung**“ gewidmet. Der politischen Situation im Kampfe um den Reichstag wird die Nummer durch die Zeichnungen „**Das Föhlein der Unentwegten**“, „**Parlamentarische Diner**“, „**Der Schweinehund**“ für die Wäter und „**Waisen**“ sowie durch die Gedichte „**Die Durca-Jöllner**“, „**Die Kollidenen**“, „**Politische Langsamkeit**“ (illustriert) und die größeren Zeitschriften „**Stirn**“ und „**Drum**“ eines reichen und fröhlichen Brotwuchses“ gereicht. Zahlreiche weitere **Bilder** wie **Lehrerträge** beschäftigen sich mit andern politischen oder sozialen Vorgängen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. W. 43. 1. Realschule. 2. Fragen Sie den Rektor. 3. Nein. 4. Fragen Sie den Rektor. 5. Nein. 6. Läßt sich generaliter nicht sagen. 7. Die am nächsten gelegene Realschule.

S. A. 66. Wir sind leider nicht in der Lage, Ihrem Wunsch entsprechen zu können.

G. Kommilit. Der „General-Berg- und Hütten-Anzeiger“ ist uns nicht bekannt, auch kein andres Blatt dieser Art. Die eingehende Briefmarke stellt zu Ihrer Verfügung.

G. P. 50. Dafür ist keine Anzahl vorgeschrieben. **H. S.** Können Sie sich in Ihren Vertrag läßt sich nicht beantworten, welche Rechte und Pflichten aus demselben Ihnen zustehen. Sprechen Sie mit dem Vertrag in der juristischen Sprechstunde vor. — **Museum.** 1. 157. Millionen Mark. 2. Wenden Sie sich schriftlich an das Institut. — **S. W. 3.** Soweit aus Ihrer Anfrage ersichtlich: ja. — **C. 50.** Bei Zeichnung des Offenbarungseides muß das gesamte Vermögen, also auch die Unfallrente, angegeben werden. Pfändbar ist die Rente nicht. — **G. W.** Lassen Sie die Wohnung durch einen Arzt untersuchen, fragen dann auf Aufhebung des Bezugs, überreichen gleichzeitig mit der Klage das Urteil und beantragen Erlass einer einstweiligen Verfügung. — **H. W. 3.** Sie haben Recht. — **G. S. 1.** Zweckmäßig ist es, direkt an den Wirt zu schreiben und Ihre Frau mitunterziehen zu lassen und in dem Brief anzugeben, zu welchem Zeitpunkt.

Witterungsübericht vom 16. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hmb mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. p. G.	Stationen	Barometer hmb mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. p. G.
Zwinnende	766	SW	2	Nebel	-2	Saparanda	760	SW	6	bedeckt	0
Hamburg	767	SW	3	Nebel	2	Petersburg	756	SW	6	bedeckt	12
Berlin	765	SW	1	Nebel	0	Tort	756	SW	6	bedeckt	12
Konst./M.	773	SW	2	Wolken	1	Kberden	773	SW	6	bedeckt	1
München	773	SW	2	Wolken	1	Paris	773	SW	6	bedeckt	1
Wien	774	SW	2	bedeckt	1						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. Dezember 1902.
Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unsrer unerschlichen Tochter sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. 10415
Carl Kerber nebst Frau und Geschwister.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Metallarbeiter
Albert Guderley
am 14. d. M. gestorben ist. Seine Hinterbliebenen!
Seine Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. M., um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
168/13 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden u. der Parkettbodenlegern zur Nachricht, daß der Tischler 10475
Julius Victor
nach schweren Leiden im Alter von 83 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes aus statt.
Frau Agnes Sommer, Pflegtochter.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden u. der Parkettbodenlegern zur Nachricht, daß der Tischler 10475
Julius Victor
nach schweren Leiden im Alter von 83 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes aus statt.
Frau Agnes Sommer, Pflegtochter.

Verband der Möbelpollerer.
Am 14. d. M. verstarb unser treuer und langjähriger Kollege
Georg Heckel
im Alter von 47 Jahren. 147/19
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes in Friedrichshöhe statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Für die zahlreiche, herzliche Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Eisenrehers
Karl Nabaum
sage ich allen Verstorbenen, Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Firma **C. F. H. H. H.** meinen tiefgefühltesten Dank.
10405 **Louise Nabaum.**

Danksagung.
Für die zahlreiche, herzliche Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Eisenrehers
Max Winkler
sage ich allen Verstorbenen, Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Firma **C. F. H. H. H.** meinen tiefgefühltesten Dank.
10405 **Erw. Bertha Winkler.**

Todes-Anzeige.
Am 16. d. Mts. verschied nach kurzen Leiden unsre gute Frau und Mutter
Caroline Zerbock
geb. Matthes.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 19. d. Mts., um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes, Samariterstr. 6, nach dem Central-Friedhof Friedrichshöhe. 10506
Heinrich Zerbock nebst Kindern.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer.
(E. H. 36, Filiale Berlin II.)
Am 14. Dezember verschied nach schweren Leiden unser Mitglied
Karl Bath
im 47. Lebensjahre.
Er gehörte unser Kasse seit dem Jahre 1891 an.
Seine Hinterbliebenen!
Seine Beerdigung: Mittwoch, den 17. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshöhe aus.
10405 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Für die zahlreiche, herzliche Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Eisenrehers
Karl Nabaum
sage ich allen Verstorbenen, Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Firma **C. F. H. H. H.** meinen tiefgefühltesten Dank.
10405 **Louise Nabaum.**

Danksagung.
Für die zahlreiche, herzliche Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Eisenrehers
Max Winkler
sage ich allen Verstorbenen, Freunden und Bekannten sowie dem Personal der Firma **C. F. H. H. H.** meinen tiefgefühltesten Dank.
10405 **Erw. Bertha Winkler.**

**Preise
streng fest!**

**Riesen-
Auswahl.**

Kaufhaus Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2
(Nähe Bahnhof Börse und Hackeschen Markt).

**Bekannt
Billig und Gut!**

Herren- und Knaben- Garderobe

Winter-Paletots v. Mk. 12-48
Lodenjoppen 5-20
Herren-Jackett-Anzüge 12-50
Herren-Rock-Anzüge 24-60
Herren-Gehrock-Anzüge 29-60
Beinkleider 2.50-15

Schuhwaren für Damen, Herren u. Knaben

Herren-Stiefel von Mk. 5.50-18.50
Herren-Schuhe 3.90-10.50
Damen-Stiefel 3.90-14.00
Damen-Schuhe 2.75-8.75
Knaben-Schuhe u. Stiefel v. Mk. 3.50-6.90
Kinder-Schuhe 2.50-7.75

Anfertigung nach Maass.

Burschen-, Jünglings- und
Knaben-Paletots,
Anzüge
und Joppen
**enorm
billig.**

Grosse Auswahl in
warm gefütterten Schuhen,
Stiefeln
und Pantoffeln
**sehr
billig.**

**Garantie-
Scheine.**

**Rabatt-
Bücher.**

Weihnachts-Prämien für die Abonnenten des „Vorwärts“.

Zu unseren früher erschienenen Kunstblättern in Kupfer-Radierung, auf chinesischem Papier, 85x65 cm gross,

Marx und Engels, haben wir jetzt als Mittelstück hinzugefügt

Lassalle-Radierung,

Knetstück, nach der einzigen in New York befindlichen Originalphotographie.

Um diese Kunstblätter, die im Kunsthandel nicht unter 15-20 Mk. geliefert würden, auch den Arbeitern zugänglich zu machen, liefern wir

diese 3 Radierungen Marx-Lassalle-Engels

zum Vorzugspreise von 7,50 Mk. (statt Mk. 12,-)

Denjenigen Abonnenten, welche bereits in den Vorjahren die beiden Radierungen Marx und Engels bezogen haben, liefern wir auf Wunsch Lassalle-Radierung zum Vorzugspreise von 2,50 Mk. (statt Mk. 4)

Ferner liefern wir unsern Abonnenten zum Vorzugspreise von Mk. 5,- (statt Mk. 6,-) die herrliche Kupfer-Gravüre

Die Freiheit führt das Volk an

auf Chinapapier (95x72 cm), nach dem Gemälde im Pariser Courve von Delacroix.

Sämtl. Radierungen, auch die Porträts Bebel, Liebknecht, Singer in gleicher Ausführung zum Preise von à Mk. 1,50, sind durch die

Expedition, Lindenstr. 69,

sowie auf Bestellung auch durch die Parteispediteure zu beziehen.

H. Heine's poetische und dramatische Werke
Reich illustriert. Herausgegeben von G. Karppeis
Preis 2 Mark + Porto 50 Pfg., für Berlin 20 Pfg.

Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“ Lindenstrasse 69, Caden.

Im Uebrigen halten wir bestens empfohlen unser reichhaltiges
Lager in Weihnachtsbüchern und Festgeschenken.

Reste

zur
Damen-Mäntel-Konfektion
und Kindergarderobe.
Futterseiden, Besatzartikel
fertige Mäntel
in grosser Aus-
wahl zu bill. Pr.

C. Pelz,
4. Kottbuser-Strasse 4.

Portemonnaies

Rindsleder, unverwundlich.

2 Mark pro Stück

Cigarrentaschen mit gestickt. Monogramm 5 Mk.

Berlin, Beuthstr. 11

Gegründet 1828.

Hermann Howe & Co.,

Berlin, Gr. Frankfurterstr. 39, am Strausberger Platz.

Empfehlen ihr reichhaltiges Lager aller

Musik-Instrumente, Musikwerke, Guitarr-Zithern,

Phonographen, Harmoniums.

Reparaturen für sämtliche Instrumente. 57042°

Honig! Unverfälscht. Deutscher
Bienenhonig, best. Qualität.
verf. die 10 Pfundbottle zu 7,00 Mk., 5 Pfd.
4,00 Mk. franco. Garant. Rücknahme.
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof
Auguststr., Lindenb.**

Dr. Simmel, Prinsen-
Str. 41.
Specialarzt für [50/11°
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5. Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigenstellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Lindenstr. 69,
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gordianhaus Große Frankfurter-
strasse 9, partiere. 737°

**Diesjährige elegante Herren-An-
züge und Paletots** aus den modernsten
Stoffen in guter Verarbeitung und
Aussehen von 18 bis 45 Mark.
Julius Lindenbaum, Große Frank-
furterstrasse 141, 6te Stockstrasse.

Hochbornische Herrenanzüge,
Winterpaletots, aus feinsten Ma-
stoffen herabgehend, 15-38 Mark.
Seitliche 7-11 Mark. Deutsches
Verkaufshaus, Hagenstrasse 63 I. 10255

Vorjährlige elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Eichen 21. 12058°

**Vorjährlige zurechtgehehte Herren-
anzüge, Winterpaletots** aus aller-
feinsten Stoffen, bedeutend unter
Preis, verkauft A. Ziemlisch, Schneider-
meister, Alexanderstrasse 14a. 14475°

Winterpaletots, Anzüge, Joppen,
Hosen, fertig und nach Maß, Große
Frankfurterstrasse 16, August Köhler.

**Winterpaletots, Anzüge, Re-
montschuhen** spottbillig Verkaufshaus,
Neanderstrasse 6. 50/10°

**Tricotagen, Massenanzug, fabel-
haft billige Gelegenheitskäufe.**

**Kleiderstoffpreise, bedeutend unter
Preis.**

Gardinen, Teppiche, Vase, etc.,
ausserordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Deutscher
mit Feuerzeug, Rasier-, Reinkan-
dorierstrasse 7a. 14425°

Teppiche, Betten, Steppdecken,
Gardinen, Spiegel, Regulatoren,
Kostümräder, Stühle (spottbillig) Ver-
kaufshaus Neanderstrasse 6, Teilzahlungen
gestattet. 52/10°

Steppdecken (spottbillig, Feder-
kissen) Weinstrasse 20. 492°

Bettensabrik, Haidecker Markt 1,
erste Etage, allerbilligste Bezugsquelle
für neue Betten, Bettfedern, Matratzen,
Bettstellen, Steppdecken zu Engros-
preisen, Soliden Familien Teil-
zahlung gestattet. 14538°

Zahnenträume, geschliffen, 40 Stk.,
Etrauhdergerstrasse 6a, I. 146/10°

**Teppiche mit farbenreinem Feder-
mattendeckel** Große Frankfurterstrasse 9,
partiere. 737°

Violinen (sofort verkauflich, Mittel-
strasse 120, I. 45/8°

Violinen, Mandolinen, Gitarren,
Sibern, Rundharmonika, Zughar-
monika, Trommeln, selbstspielende
Musikwerke, Leierkasten, große Aus-
wahl und sehr billig, Sparfeld, Berlin-
bergerstrasse 50. 784°

Gelegenheits-Käufe: Paletots,
Herren- und Knabenanzüge, Hosen,
Bett-, Koffer, Opernblätter, Teppiche,
Kissen, Reserver, Leierkasten, Musik-
werke (spottbillig). Lude, Dranien-
strasse 131. 10243

Goldsachen, Brillanten, Uhren,
Ketten, Ringe, Regulatoren, Reiz-
zeuge, Harmonika, Geigen, Sibern
(spottbillig). Lude, Dranienstrasse 131.

**Goldsachen, (spottbillig, Kantenfel-
strasse 78, partiere. 10305°**

Rahmmaschinen ohne Anzahlung,
wöchentlich 1,00. Ringelich, Bobbin,
Wider, Schneidmesser, Gebrauchte
(spottbillig). Reparaturen billigst.
Ludwigstrasse 30, 2. Geschäft Bernauer-
strasse 47 B. 13328°

**Rahmmaschinen kaufen Sie nur
beim Fachmann am zweckmäßigsten.**
Spendende Geschenke von 25 Mark an.
Ludwigstrasse 30, 2. Geschäft Bernauer-
strasse 47 B. 13328°

Ringelich, Bobbin, Schneidmesser,
schönste Weihnachtsgeschenke, ohne
Anzahlung, Höhe 1,00, vermiest
geteilt. (spottbillig) Ringelich,
Ludwigstrasse 30, 2. Geschäft Bernauer-
strasse 47 B. 13328°

1000 neue Rahmmaschinen gebe an
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiffchen, hocharmig, Wheeler Billon,
kompakt, mit allen Apparaten, keine
Auszahlung, drei Jahre volle Garantie.
Für die Güte meiner Rahmmaschinen
sprechen Laufende meiner Kunden.
Vierkant hoher Bekörden. Ernst
Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe
der Landsbergerstrasse. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. 13892°

**Wasserpfeife, Cigaretten, Zellen-
strasse 15.**

Kanarien, Spindel, Hochroller,
Billa, Kramer, Riglerstrasse 136
(Balkenplatz). 743°

**Gasparheizöfen! 6,00, Gasfö-
heröfen! 7,00, Petroleumöfen! billig!**
Wohlbauer, Ballnerstrasse 32.

Weihnachtsbäume, 50 Schod
Lammen sind in Schod, Hochschod
und mandelweisse billig zu verkaufen.
Grossmaderstrasse 41/42, Schulze
Gebäude. 10425

Weihnachtsbäume, billig, 50 Pf.
an Dranienstrasse 9. 10185

Damenbüsten, Herrenbüsten,
Figuren, Wachsfiguren billig. Wälten-
fabrik Jerusalemstrasse 7. 1031b

**Wappel, (sprechend, preiswert, groß-
artig, Stahl, Nibor, Gehe-
strasse 15.**

**Ketten, verstellbare, goldene und
prima Double-Getriebe- und Damen-
ketten, großartige Mutter, von 2,50
an. Verkaufshaus, Neue Schönhauser-
strasse 11. 125/17**

**Fahrräder, verstellbare, Riesen-
anzug! Qualitätsmarken, Brennabor-
räder, Kletterer, Bandenräder. Ge-
brauchte Fahrräder 20,00, 30,00.
Käufung! Winterpreise! Fahrrad-
Leihhaus Neue Schönhauserstrasse 11.**

**Offen-Gesetz für Säle und Bauten,
gut erhalten, billig zu verkaufen.
Carl Kaufmann, Rulandstrasse 16
und 19. 53/12°**

Steppdecken billigt Fabrik Große
Frankfurterstrasse 9, partiere. 737°

Blüchlofa verkauft Dame, bein-
gend. Marienstrasse 18, partiere,
Wilmsh. 80/10

**Prachtvolle Teppich, zwei Stepp-
decken, Blüchlofa, zwei Fenster-
Vorhänge, billig. Raumstrasse 33, I
links. 10543**

**Damenanzüge, verstellbare, (säl-
schlich) Sportkleid. Riesenanzug
hochmoderner Damenanzug, goldene
10,00 an. Verkaufshaus, Neue Schön-
hauserstrasse 11. 125/20**

**Nieder zu verkaufen, 60 Bogen,
9 Mark. Görlitz, Prenzlauer Allee 19.**

**75 Pennige! Eingabengefuge,
Zählungsfefelle, Materietung, aller-
billig! Ersatzschloß, Geheidehaus,
Interventionen, Beleuchtungs-, Ab-
mententlagen, Unfallwagen, Snaben-
gefuge, Wulfen, Stahlerstrasse 141.
Abends bis 10 Uhr geöffnet. 1052b**

Patentbureau Dammann, Dranien-
strasse 57, Kottb. Bis abends
neue. 10435°

Rechtsbureau Neue Jakobstrasse 16,
Langjähriger Gerichtsekretär, Ge-
hängnis-Anwalt. 1045b

**Platina, Gold, Bruchgold, Silber,
Gedülte, alte Uhren, Blatgold, Rehr-
gold, sowie sämtliche Metalle** fault
Groß, Brangstrasse 4. 53/11°

Stellenangebote.

Sofort Hausierer zum Silbervertrieb
gehucht. 2 Mark hierfür erforderlich.
Kunze, Berlin, Reichendergerstrasse 153.

**50 Frauen, jüngere, gewandte,
verlangt sofort Reinigungsmittel
Reinigungsstrasse 14. 125/19**

Tüchtige Belegerin verlangt Ad.
Berkmeister, Schindlerstrasse 5a. 1044b

**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck herborgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.**

Verschiedenes.

**Unfalllofen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puhger, Stiegher-
strasse 65. 10190**

Rechtsbureau Gruner Weg vier-
undneunzig (Andreasplatz), Gerichts-
beistand, Eingabengefuge, Mater-
teilung. 10325°

**Rechtsbureau, Grozgebäude,
Eingabengefuge, Materietung, Reil,
Frammentstrasse vierzig. 1031b°**

Kunstkopferlei von Frau Kostoff,
Steinwegstrasse 48, Cuergebäude
hochpartiere. °

Brochhauslegikon und alle anderen
Bücher, leicht, leicht Antiquariat
Rochstrasse 56, I. Amt VI. 3397. °

**Fahrräder, Rahmmaschinen, Be-
leuchtung** Paulstrasse 7, Lagerpeicher. °

Fahrrad lauft Kaplatz, Schön-
hauser Allee 163a. 122/1°

Metallbruch aller Art lauft Bro-
der, Doppelstrasse 18. 418°

Divulktion! Wer sich über diese
wunderbare Gräulichkeit unter Zeit
unterrichten will, verlange die Flug-
blätter des Reichsbundes gegen Divul-
ktion, welche unentgeltlich versendet
werden vom Berliner Tierdrehverein,
Röntgenstrasse 108. Um gütigen
Abdruck wird gebeten. 1913°

Vereinzimmer zu vergeben
Rulandstrasse 36. 1025°

Wohnungen.

**Rummelsburg, Kantstrasse 38,
1, 2, 3 Stuben nebst Küche, zum
1. Januar. Auch Herdhaß oder
Berkstatt. 10065°**

Mietsgesuche.

Einfach möbliertes Zimmer ge-
sucht, Nähe Jerusalemstrasse.
Offerten unter H. W. Postamt
NW. 21. 10535

Junger Mann sucht möbliertes
Zimmer (sofort oder 1. Januar, Nähe
Bahnhof Schöneberg, Adressen, Preis-
angabe, H. H. Postamt 2, Schöne-
berg. 4124

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bilder Stillschreiber Mittel am
Arbeits. Stühle werden zu den billig-
sten Preisen gefachert, werden ab-
geholt und unentgeltlich zurückgeliefert.
Adresse: Rulandstrasse 27, H. Gläler.

Zimmerpolier.

Zude möglicht zum sofortigen An-
tritt einen tüchtigen, energiegelben und
erfahrenen Zimmerpolier.
Angebote unter P. 8 an die Expedition
des „Vorwärts“. 472°

Achtung, Holzarbeiter!

Geldwert sind folgende Werkstätten
für Tischler, Tischler, Holzwaren-
arbeiter und Polierer:
Gemeinlich, Drosselstr. 33,
Lug u. Engelstr. 10, Götlicher Ufer,
Bayer, Kraußtr. 52 (Gewerhof),
Schäfer, Rastanstr. 10,
Bauschler & Walter, Holzteiner
Ufer 15/16.

Die Crüderverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Wegen ständiger Ueberstundenarbeit
haben die organisierten Tischler der
Röbdtischler von
Hahn & Metzow,
Weihenfer, König-Charfice 71,
die Arbeit eingestellt. — Ueberfall-
ten werden die Möbelpolierer wegen
ihrer Zugehörigkeit zum Möbelpolierer-
Verbande entlassen.
Der Betrieb ist somit für Tischler
und Polierer gestoppt.
Zugig ist fernzuhalten.
Die Crüderverwaltung.

Die Crüderverwaltung.

Die Crüderverwaltung.

Die Crüderverwaltung.

Die Crüderverwaltung.

Die Crüderverwaltung.

Die Crüderverwaltung.